



Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF 2007



Monatsbericht des BMF Oktober 2007

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2007	30
Termine	32
Analysen und Berichte	35
Ausbau der Kindertagesbetreuung	37
Eindämmung der Normenflut im Steuerrecht	43
Konferenz „Humanvermögen in Europa: Eine finanzpolitische Herausforderung“ in Berlin	49
Die EU-Richtlinie zur Besteuerung ausländischer Zinserträge	51
Geldtransfers von Migranten in ihre Heimatländer – Remittances –	57
Statistiken und Dokumentationen	71
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	74
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	97
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	101

Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Deutschland ist weiterhin sehr erfreulich. Wir gehen davon aus, dass wir in diesem Jahr einen fast ausgeglichenen Staatshaushalt erreichen werden. Der Finanzierungssaldo wird laut der jüngsten sogenannten „Maastricht-Meldung“ des Bundesministeriums der Finanzen 2007 voraussichtlich noch – 0,1 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen. Die Schuldenstandsquote wird voraussichtlich um 2½ Prozentpunkte auf 65,1 % des BIP sinken. Hierbei muss allerdings beachtet werden, dass der Bund trotz der aktuellen Konsolidierungserfolge weiterhin ein Defizit aufweist, während Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen bereits im laufenden Jahr mit Überschüssen rechnen können. Der Bund wird nach der aktuellen Finanzplanung erst 2011 seine Nettokreditaufnahme auf null zurückführen können.

Mit dem am 17. Oktober vom Bundeskabinett beschlossenen Nachtragshaushalt 2007 wird die erfolgreiche Doppelstrategie aus Konsolidierung und gezielten Investitionen in Zukunftsbereiche fortgesetzt. Zum einen werden die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um dem Sondervermögen „Kinderbetreuungs- und -ausbau“ 2,15 Mrd. € aus dem Bundeshaushalt zuzuführen. Damit leistet der Bund seinen Anteil, um die nach übereinstimmender Auffassung von Bund und Ländern bestehenden Mängel in diesem Bereich abzubauen. Zum anderen bildet der Nachtragshaushalt die sich aus der aktuellen Entwicklung ergebenden Veränderungen bei den Steuereinnahmen ab. Die Mehreinnahmen von rund 12 Mrd. € dienen neben der Finanzierung des Sondervermögens auch zur Absenkung der Nettokreditaufnahme im Jahr 2007 um über 5 Mrd. € und zur Reduzierung der Einnahmen aus der Veräußerung



von Beteiligungen. Sie ermöglichen damit eine deutliche Rückführung der strukturellen Lücke im Bundeshaushalt.

Die Einrichtung des Sondervermögens „Kinderbetreuungs- und -ausbau“ macht den Weg frei für einen bedarfsgerechten Ausbau der Betreuung für unter dreijährige Kinder. Bis 2013 sollen 750 000 Plätze zur Verfügung stehen, damit der vorgesehene Rechtsanspruch der Eltern erfüllt werden kann. Der Bund wird sich bis zum Jahr 2013 mit insgesamt 4 Mrd. € und ab 2014 dauerhaft mit 770 Mio. € pro Jahr an der Finanzierung beteiligen. Das Ergebnis dieses Engagements wird vor allem eine deutliche Verbesserung der frühen Förderung von Kindern sein. Nicht weniger bedeutsam ist, dass es künftig für die Eltern leichter wird, Familie und Beruf in Einklang zu bringen.

Konzepte zur Verbesserung der Qualität von Bildungsinvestitionen waren auch Thema der Konferenz „Humanvermögen in Europa: Eine finanzpolitische Herausforderung“ am 18. September in Berlin. Wer in der Wissensgesellschaft mithalten und von ihr profitieren will, muss sich dem internationalen Wettbewerb um kluge Köpfe stellen. Natürlich dürfen wir die diesjährigen Nobelpreise für deutsche Forscher als Ermutigung und Bestätigung mit Blick auf das hier vorhandene Potenzial betrachten, aber sicher nicht als Einladung, uns auf den Lorbeeren auszuruhen. Aus ökonomischer und finanzpolitischer Perspektive gilt: Eine Stärkung des Humanvermögens einer Volkswirtschaft generiert positive Wirkungen nicht nur für die

einzelnen Menschen und ihre Einkommenschancen, sondern auch für den Wohlstand der Gesellschaft insgesamt, nicht zuletzt für die öffentlichen Finanzen. Das dadurch mögliche höhere Wachstum führt zu entsprechend steigenden Steuereinnahmen, zudem werden die öffentlichen Haushalte weniger durch Ausgaben für Korrektur- und Hilfsmaßnahmen belastet.

Die Bundesregierung will den Steuervollzug effektiver, effizienter und vor allem bürgerfreundlicher gestalten. Der Steuerzahler soll seinen steuerlichen Pflichten mit möglichst wenig Aufwand nachkommen können. Die Entbürokratisierung des Steuerrechts setzt daher nicht nur bei Verwaltungsabläufen und -strukturen an. Ziel der Bundesregierung ist es auch, überflüssige Verwaltungsanweisungen zu entfernen, die aus verschiedenen Gründen heute keinen Anwendungsbereich mehr haben, um die Rechtsanwendung für den Steuerbürger zu erleichtern.

Ein effektiver Steuervollzug kann in einigen Bereichen weit besser auf europäischer Ebene als im rein nationalen Rahmen erreicht werden. Die 2003 erzielte Einigung der Finanzminister der Europäischen Union auf eine Richtlinie zur Besteuerung von Zinserträgen erweist sich heute als wichtiger Beitrag im Kampf gegen die grenzüberschreitende Steuerflucht. So wurden 2006 für Deutschland Quellensteuereinnahmen in Höhe von 145 Mio. € erzielt und weitere 1,5 Mrd. € Zinserträge dem deutschen Besteuerungsverfahren zugeführt. Die EU-Zinsrichtlinie

stopft Steuerschlupflöcher und sichert deutsche Steuererträge. Sie ist ein eindeutiges Bekenntnis zu mehr Steuergerechtigkeit in Europa.

Geldtransfers von Migranten in ihre Heimatländer sind vor dem Hintergrund zunehmender internationaler Arbeitsmobilität von steigendem ökonomischen und entwicklungspolitischen Interesse. Aktuelle Studien zeigen, dass diese Transfers in den Empfängerländern die Armut wirksam bekämpfen, die Gesundheitsversorgung verbessern und zu einer höherwertigen Ausbildung beitragen. Im Rahmen der deutschen G8-Präsidentschaft organisiert das Bundesministerium der Finanzen Ende November ein hochrangiges Treffen in Berlin, auf dem diskutiert werden soll, wie die Bedingungen für derartige Transfers verbessert werden können und inwieweit die multilateralen und nationalen Maßnahmen zur Förderung der Migrantentransfers umgesetzt sind. An der Konferenz werden neben Repräsentanten der G8-Länder auch Vertreter bedeutender Sender- und Empfängerländer, Vertreter internationaler Organisationen, des Privatsektors, der Nichtregierungsorganisationen und der Wissenschaft teilnehmen.



Dr. Thomas Mirow
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2007	30
Termine	32

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich September summierten sich auf 205,9 Mrd. €. Sie lagen damit um 6,9 Mrd. € (+ 3,5 %) über dem Ergebnis bis einschließlich September 2006. Wie

bereits in den Vormonaten war die im Zusammenhang mit der Erhöhung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes in diesem Jahr eingeführte Beteiligung des Bundes an den Kosten der

Entwicklung des Bundeshaushalts

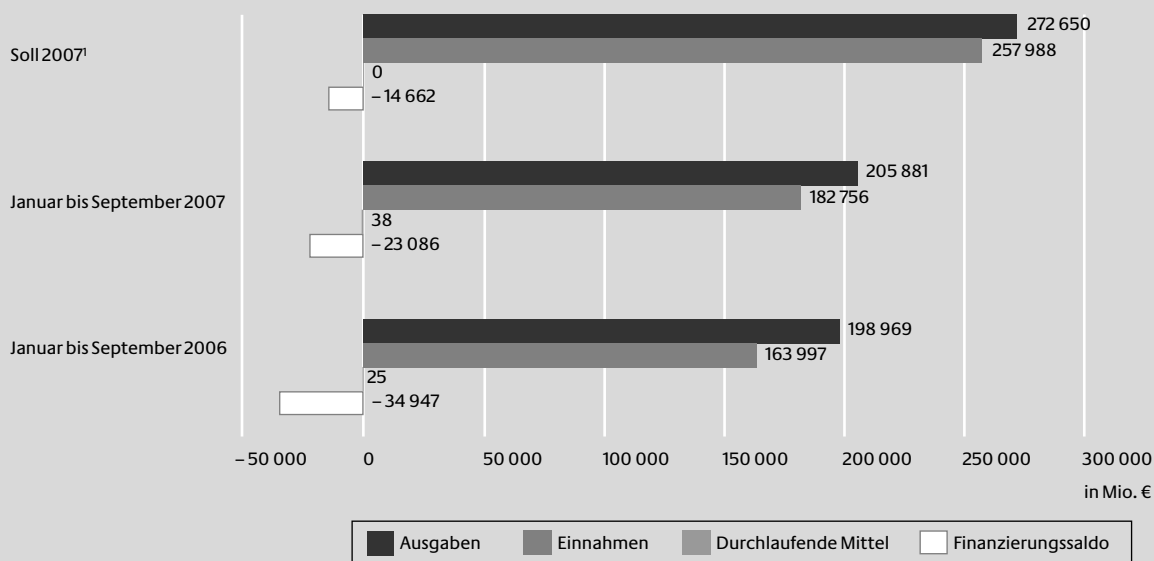
	Soll ¹ 2007	Ist-Entwicklung ² Januar bis September 2007
Ausgaben (Mrd. €)	272,7	205,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,4	3,5
Einnahmen (Mrd. €)	258,0	182,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	10,8	11,4
Steuereinnahmen (Mrd. €)	232,5	163,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	14,0	16,1
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 14,7	- 23,1
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 29,6
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	- 0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 14,4	6,8

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

² Buchungsergebnisse.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

Arbeitsförderung mit 4,8 Mrd. € die für den Ausgabenzuwachs gewichtigste Position. Bereinigt um diesen Faktor läge die Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahreszeitraum bei lediglich 1,0 %.

Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Ergebnis des Vorjahreszeitraums mit 182,8 Mrd. €

um 18,8 Mrd. € (+ 11,4 %). Die positive Einnahmenentwicklung wurde von der Entwicklung der Steuereinnahmen getragen. Die Steuereinnahmen stiegen im Vergleich zum Ergebnis bis einschließlich September 2006 um 16,1 %. Diese Entwicklung beruhte im Wesentlichen auf

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2006	Soll 2007 ¹	Ist-Entwicklung Januar bis September 2007		Ist-Entwicklung Januar bis September 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 732	49 046	35 534	17,3	34 141	17,2	4,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 059	4 318	3 589	1,7	3 272	1,6	9,7
Verteidigung	27 795	28 222	20 205	9,8	19 717	9,9	2,5
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 620	7 627	5 812	2,8	5 620	2,8	3,4
Finanzverwaltung	3 151	3 383	2 196	1,1	2 123	1,1	3,4
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	12 047	13 249	8 317	4,0	7 944	4,0	4,7
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	0	0	0,0	606	0,3	-100,0
BAföG	1 072	1 130	853	0,4	848	0,4	0,6
Forschung und Entwicklung	7 004	7 293	4 302	2,1	4 444	2,2	- 3,2
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	134 509	140 157	107 990	52,5	105 236	52,9	2,6
Sozialversicherung	74 431	75 745	61 860	30,0	60 945	30,6	1,5
Arbeitslosenversicherung	0	6 468	4 851	2,4	0	0,0	X
Grundsicherung für Arbeitsuchende	38 677	35 920	26 749	13,0	28 777	14,5	- 7,0
darunter: Arbeitslosengeld II	26 414	21 400	17 384	8,4	20 271	10,2	- 14,2
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 017	4 300	3 251	1,6	2 997	1,5	8,5
Wohngeld	956	1 000	770	0,4	843	0,4	- 8,7
Erziehungsgeld	2 805	1 944	1 667	0,8	2 106	1,1	- 20,8
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 798	2 574	2 040	1,0	2 236	1,1	- 8,8
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	897	926	555	0,3	592	0,3	- 6,3
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 488	2 005	1 042	0,5	901	0,5	15,6
Wohnungswesen	1 002	1 446	836	0,4	714	0,4	17,1
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 654	6 088	3 794	1,8	3 723	1,9	1,9
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 123	742	535	0,3	422	0,2	26,8
Kohlenbergbau	1 562	1 823	1 662	0,8	1 561	0,8	6,5
Gewährleistungen	794	1 150	434	0,2	491	0,2	- 11,6
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 012	10 991	6 898	3,4	6 555	3,3	5,2
Straßen (ohne GVFG)	6 195	5 740	3 563	1,7	3 706	1,9	- 3,9
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 295	10 177	6 265	3,0	5 580	2,8	12,3
Bundeseisenbahnvermögen	5 361	5 421	3 623	1,8	3 693	1,9	- 1,9
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 409	3 488	2 403	1,2	1 580	0,8	52,1
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 412	40 010	35 485	17,2	34 297	17,2	3,5
Zinsausgaben	37 469	39 278	34 763	16,9	33 508	16,8	3,7
Ausgaben zusammen	261 046	272 650	205 881	100,0	198 969	100,0	3,5

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

Mehreinnahmen bei den Steuern vom Umsatz und bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die Verwaltungseinnahmen lagen bedingt durch Einmaleffekte des Vorjahres mit 19,6 Mrd. € um 3,9 Mrd. € unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums (– 16,4 %).

Der in der Finanzierungsübersicht dargestellten Nettotilgung in Höhe von 6,8 Mrd. € steht ein kassenmäßiger Fehlbetrag von – 29,6 Mrd. € gegenüber. Der Finanzierungssaldo bis einschließlich September in Höhe von – 23,1 Mrd. € fiel wie bereits in den Vormonaten gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um ca. $\frac{1}{3}$ geringer aus. Auf Grund der – sich auch gegenüber der Veranschlagung abzeichnenden – deutlich höheren Steuereinnahmen und der moderaten

Ausgabenentwicklung wird die im Haushaltsplan 2007 vorgesehene Nettokreditaufnahme in Höhe von 19,6 Mrd. € klar unterschritten werden.

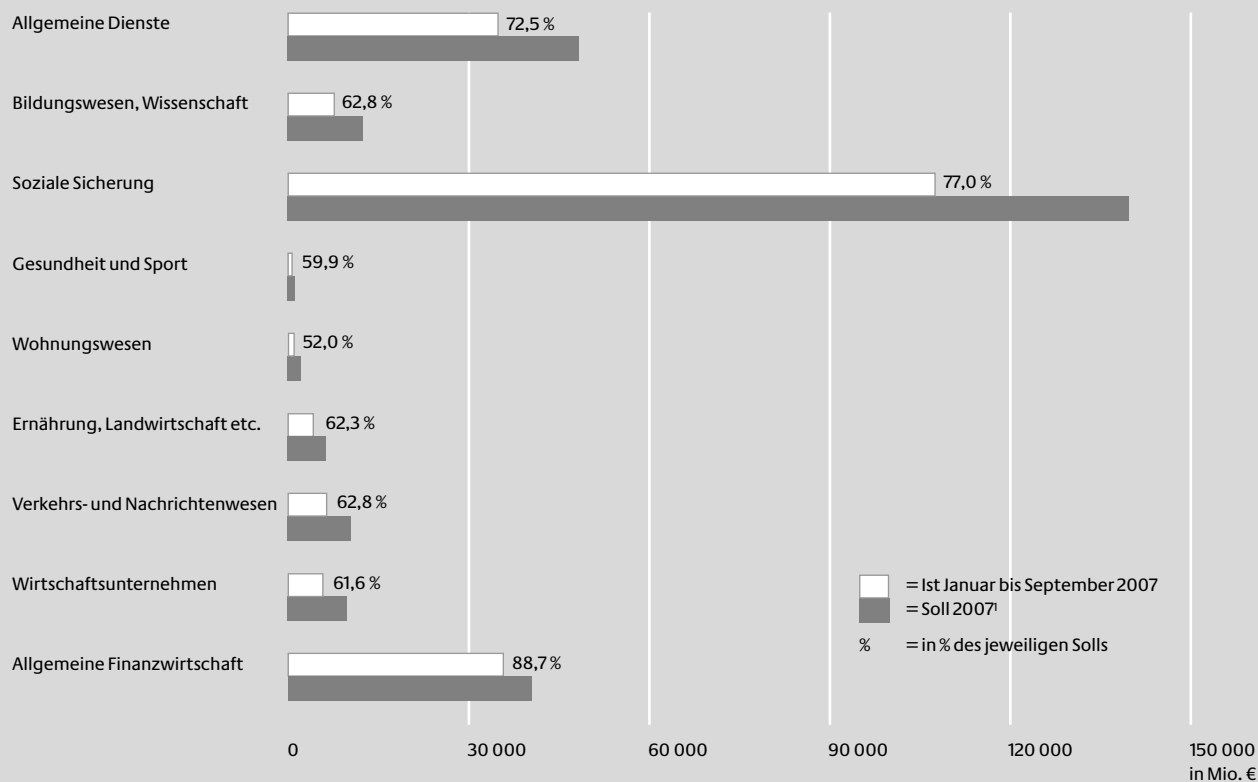
Am 17. Oktober hat die Bundesregierung den Entwurf eines Nachtragshaushaltsgesetzes für 2007 mit einer auf 14,4 Mrd. € reduzierten Nettokreditaufnahme beschlossen. Anlass für den Nachtragshaushalt ist die vorgesehene Errichtung eines Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“, in das ein Teil der zu erwartenden Steuermehreinnahmen des Bundes in Höhe von 2,15 Mrd. € eingebracht werden soll. Im Übrigen sollen die weiteren Steuermehreinnahmen des laufenden Jahres vollständig zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme und zur Schonung des Kapitalvermögens des Bundes verwandt werden.

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2006	Soll 2007 ¹	Ist-Entwicklung Januar bis September 2007		Ist-Entwicklung Januar bis September 2006		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	238 330	247 040	190 704	92,6	185 767	93,4	2,7
Personalausgaben	26 110	26 204	19 663	9,6	19 650	9,9	0,1
Aktivbezüge	19 730	19 761	14 610	7,1	14 597	7,3	0,1
Versorgung	6 380	6 443	5 053	2,5	5 054	2,5	0,0
Laufender Sachaufwand	18 349	18 715	12 189	5,9	11 746	5,9	3,8
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 450	1 517	861	0,4	946	0,5	– 9,0
Militärische Beschaffungen	8 517	8 654	5 552	2,7	5 217	2,6	6,4
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 543	5 775	2,8	5 582	2,8	3,5
Zinsausgaben	37 469	39 278	34 763	16,9	33 508	16,8	3,7
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 016	162 467	123 811	60,1	120 575	60,6	2,7
an Verwaltungen	13 937	14 770	10 165	4,9	10 132	5,1	0,3
an andere Bereiche	142 079	147 697	113 723	55,2	110 603	55,6	2,8
darunter:							
Unternehmen	14 275	18 002	10 355	5,0	9 919	5,0	4,4
Renten, Unterstützungen u.a.	32 256	27 847	22 159	10,8	24 845	12,5	– 10,8
Sozialversicherungen	91 707	97 633	78 220	38,0	73 149	36,8	6,9
Sonstige Vermögensübertragungen	387	376	279	0,1	289	0,1	– 3,5
Investive Ausgaben	22 715	26 107	15 176	7,4	13 202	6,6	15,0
Finanzierungshilfen	15 603	19 246	10 979	5,3	9 097	4,6	20,7
Zuweisungen und Zuschüsse	12 916	15 824	8 823	4,3	7 000	3,5	26,0
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 109	2 778	1 567	0,8	1 551	0,8	1,0
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	644	589	0,3	546	0,3	7,9
Sachinvestitionen	7 112	6 860	4 197	2,0	4 105	2,1	2,2
Baumaßnahmen	5 634	5 326	3 412	1,7	3 344	1,7	2,0
Erwerb von beweglichen Sachen	943	1 029	502	0,2	468	0,2	7,3
Grunderwerb	536	505	283	0,1	293	0,1	– 3,4
Globalansätze	0	– 496	0		0		
Ausgaben insgesamt	261 046	272 650	205 881	100,0	198 969	100,0	3,5

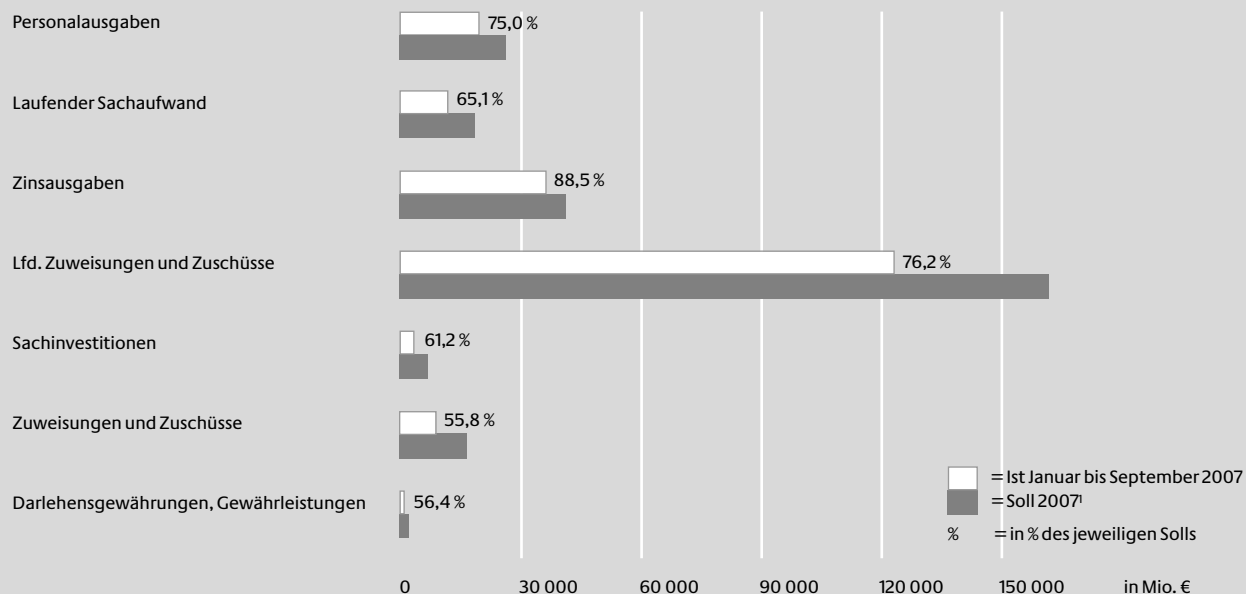
¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis September 2007



¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis September 2007



¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2006	Soll 2007 ¹	Ist-Entwicklung Januar bis September 2007		Ist-Entwicklung Januar bis September 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	203 903	232 528	163 118	89,3	140 506	85,7	16,1
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	159 693	184 922	133 280	72,9	113 855	69,4	17,1
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	80 347	89 399	63 708	34,9	55 652	33,9	14,5
davon:							
Lohnsteuer	52 122	57 824	38 616	21,1	35 626	21,7	8,4
veranlagte Einkommensteuer	7 466	9 414	6 935	3,8	4 257	2,6	62,9
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5 952	6 295	5 761	3,2	4 918	3,0	17,1
Zinsabschlag	3 359	4 066	3 781	2,1	2 633	1,6	43,6
Körperschaftsteuer	11 449	11 800	8 615	4,7	8 218	5,0	4,8
Steuern vom Umsatz	77 732	93 968	68 707	37,6	57 366	35,0	19,8
Gewerbesteuerumlage	1 614	1 555	865	0,5	837	0,5	3,3
Energiesteuer	39 916	40 000	23 673	13,0	24 252	14,8	- 2,4
Tabaksteuer	14 387	14 500	10 152	5,6	10 090	6,2	0,6
Solidaritätszuschlag	11 277	12 100	9 072	5,0	8 172	5,0	11,0
Versicherungsteuer	8 775	10 480	8 465	4,6	7 160	4,4	18,2
Stromsteuer	6 273	6 450	4 963	2,7	4 680	2,9	6,0
Branntweinabgaben	2 166	1 973	1 420	0,8	1 445	0,9	- 1,7
Kaffeesteuer	973	1 060	784	0,4	693	0,4	13,1
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 689	- 14 716	- 11 262	- 6,2	- 11 082	- 6,8	1,6
BNE-Eigenmittel der EU	- 14 586	- 14 050	- 9 975	- 5,5	- 11 220	- 6,8	- 11,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 677	- 3 900	- 2 714	- 1,5	- 2 540	- 1,5	6,9
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 6 710	- 5 032	- 2,8	- 5 290	- 3,2	- 4,9
II. Sonstige Einnahmen	28 903	25 460	19 638	10,7	23 491	14,3	- 16,4
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	3 768	4 259	3 871	2,1	3 160	1,9	22,5
Zinseinnahmen	885	465	630	0,3	484	0,3	30,2
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	9 459	6 467	5 118	2,8	8 671	5,3	- 41,0
Einnahmen zusammen	232 806	257 988	182 756	100,0	163 997	100,0	11,4

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2007

Die positive Einnahmeentwicklung hat sich im September fortgesetzt, wenn auch etwas verhaltener als zuletzt erwartet. Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) legten um + 10,3 % zu. Hinter dem Anstieg bei den gemeinschaftlichen Steuern (+ 12,9 %) blieb die Zunahme bei den Bundessteuern (+ 0,8 %) deutlich zurück. Die Ländersteuern übertrafen das Vorjahresergebnis um + 3,7 %.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis September 2007 liegt jetzt im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum bei + 12,3 % und hat sich damit weiter leicht vermindert.

Kontinuierlich abgeschwächt hat sich auch die Entwicklung bei den Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen). Im September 2007 ergab sich gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres für den Bund insgesamt aber immer noch eine Zunahme um + 12,3 %. Für den Zeitraum Januar bis September 2007 liegt der Anstieg für den Bund jetzt noch bei + 15,9 %.¹

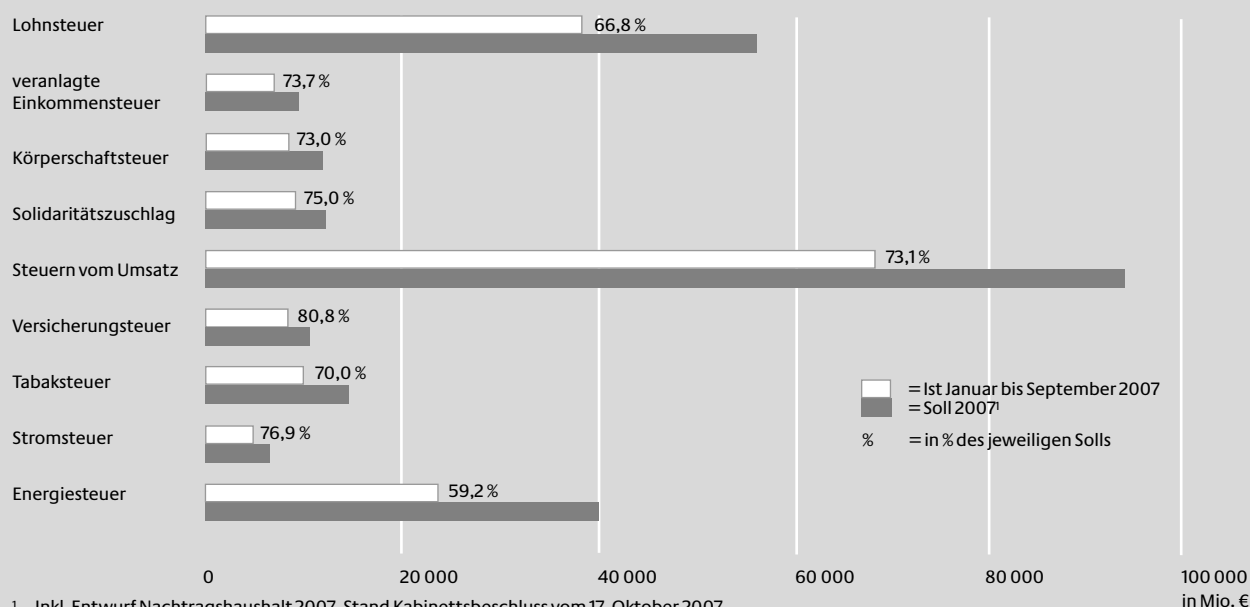
Die vergleichsweise gute Situation auf dem Arbeitsmarkt macht sich bei der Lohnsteuer ebenso in einer weiter deutlich positiven Entwicklung bemerkbar wie die in verschiedenen Branchen vereinbarten Lohnsteigerungen. Hinzu kommt, dass sich der seit einigen Monaten zu beobachtende Rückgang beim Kindergeld, das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlt wird, mit - 3,5 % auch im September fortgesetzt hat. Gemessen am Vorjahresresultat ergab sich bei den Lohnsteuereinnahmen erneut ein kräftiger Anstieg von + 7,9 %.

Auch bei der veranlagten Einkommensteuer wurde mit einem prozentualen Zuwachs von + 15,3 % bzw. einem Plus von gut 1 Mrd. € eine ganz erhebliche Aufkommenssteigerung erreicht. Dabei spielten erhöhte Vorauszahlungen die entscheidende Rolle. Die Abzugsbeträge – Eigenheimzulage, Arbeitnehmererstattungen und Investitionszulage – blieben im Vorjahresvergleich weitgehend unverändert.

Bei der Körperschaftsteuer war die Entwicklung längst nicht so dynamisch. Immerhin ist auch hier im Vorjahresvergleich noch eine Zunahme um + 6,7 % zu verzeichnen, die sich gleichfalls in erster Linie aus Anpassungen bei den Vorauszahlungen speist.

¹ Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fußnote 1, S. 18).

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis September 2007



¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

Das Ergebnis bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag lag im September 2007 mit einer Zunahme um + 1,4 % ungefähr auf Vorjahresniveau.

Dagegen hat die Kürzung des Sparerfreibetrags zusammen mit einer gestiegenen Durchschnittsverzinsung beim Zinsabschlag dazu geführt, dass sich die Einnahmen auch in diesem Berichtsmonat um mehr als die Hälfte erhöhten (+ 54,8 %).

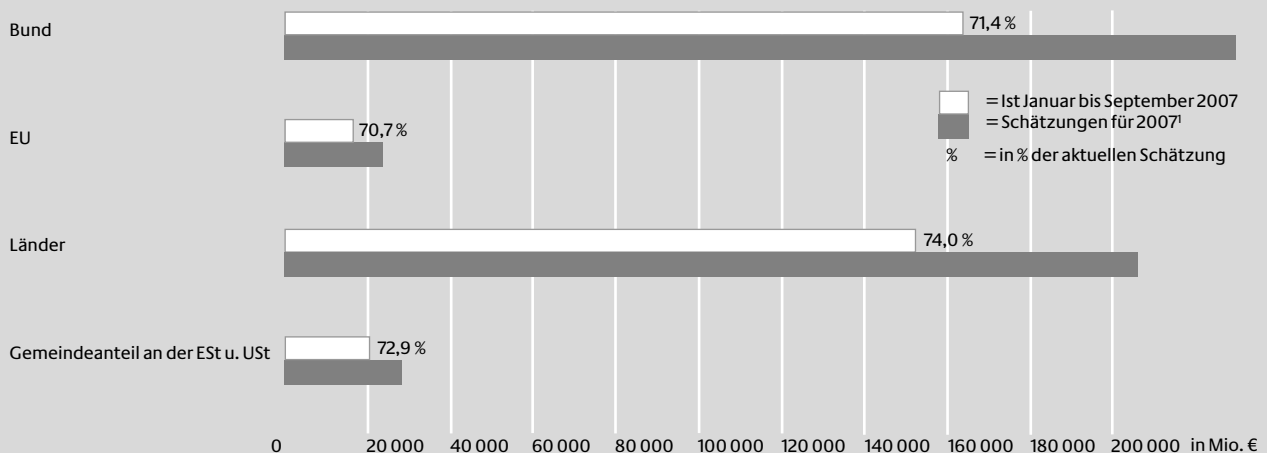
Bei den Steuern vom Umsatz liegt der Zuwachs mit + 17,2 % nach wie vor deutlich im zweistelligen Bereich. Angesichts der aufkommenssteigernden Effekte, die sich allein aus der Anhebung des Regelsteuersatzes ergeben, ist das allerdings kein Indiz für eine sonderlich positive Entwicklung der privaten Konsumausgaben. Die Einfuhrumsatzsteuer, die auf Importe aus Nicht-EU-Staaten erhoben wird, legte mit + 20,1 % leicht überproportional zu. Durch erhöhte Vorsteuerabzüge dürfte sich das auf die Einnahmen aus der Umsatzsteuer (+ 16,2 %) nochmals dämpfend ausgewirkt haben.

Die reinen Bundessteuern übertrafen das Ergebnis vom Vorjahr mit + 0,8 % nur sehr knapp.

Ursächlich hierfür ist nicht zuletzt die Entwicklung bei der Energiesteuer, die im September einen Rückgang um – 4,3 % aufwies. Hier blieb insbesondere die Energiesteuer auf Erdgas mit – 300 Mio. € erheblich hinter dem Vorjahresaufkommen zurück. Auch das Tabaksteueraufkommen sank deutlich (– 4,7 %). Darin zeigen sich möglicherweise erste Effekte von Maßnahmen zur Eindämmung des Rauchens im öffentlichen Raum auf den Absatz von Tabakwaren. Die bei den anderen Bundessteuern zu verzeichnenden Zuwächse (Versicherungsteuer + 20,7 %, Branntweinsteuer + 14,5 %, Solidaritätszuschlag + 10,0 %, Stromsteuer + 6,5 %) konnten die Rückgänge bei der Energiesteuer und der Tabaksteuer in etwa wettmachen.

Die Einnahmen aus den reinen Ländersteuern stiegen im September 2007 um + 3,7 %. Am stärksten war die Zunahme erneut bei der Grunderwerbsteuer (+ 24,2 %). Leicht positiv fielen auch die Veränderungen bei der Erbschaftsteuer (+ 2,0 %) und der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 3,9 %) aus. Das Aufkommen aus Kraftfahrzeugsteuer (– 11,6 %) und Biersteuer (– 1,6 %) blieb dagegen hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis September 2007



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (Mai 2007).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

2007	September	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis September	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2007 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 672	7,9	94 124	8,1	131 350	7,1
veranlagte Einkommensteuer	8 124	15,3	16 318	62,9	22 150	26,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	487	1,4	11 523	17,2	12 590	5,8
Zinsabschlag	602	54,8	8 592	43,2	9 240	21,1
Körperschaftsteuer	5 903	6,7	17 229	4,8	23 600	3,1
Steuern vom Umsatz	14 288	17,2	125 650	16,2	172 600	17,7
Gewerbesteuerumlage	1	– 90,2	2 055	3,1	3 694	– 3,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	1	46,6	1 653	2,2	2 970	– 6,5
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	39 079	12,9	277 145	14,9	378 194	12,5
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 423	– 4,3	23 673	– 2,4	40 000	0,2
Tabaksteuer	1 211	– 4,7	10 152	0,6	14 500	0,8
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	175	14,5	1 417	– 1,6	1 970	– 8,8
Versicherungsteuer	493	20,7	8 465	18,2	10 480	19,4
Stromsteuer	549	6,5	4 963	6,0	6 450	2,8
Solidaritätszuschlag	1 407	10,0	9 072	11,0	12 100	7,3
übrige Bundessteuern	110	8,3	1 080	9,1	1 482	4,0
Bundessteuern insgesamt	7 367	0,8	58 821	3,6	86 982	3,3
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	289	2,0	3 199	12,9	4 066	8,1
Grunderwerbsteuer	629	24,2	5 293	16,8	6 330	3,3
Kraftfahrzeugsteuer	540	– 11,6	6 940	– 0,8	8 800	– 1,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	128	3,9	1 229	– 5,2	1 695	– 4,5
Biersteuer	71	– 1,6	584	– 2,1	773	– 0,8
sonstige Ländersteuern	16	– 7,4	272	– 6,9	343	– 1,8
Ländersteuern insgesamt	1 673	3,7	17 517	5,9	22 007	1,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	296	– 16,0	2 973	4,2	4 200	8,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	302	6,9	2 714	6,9	3 900	6,1
BNE-Eigenmittel	1 275	– 6,3	9 975	– 11,1	14 050	– 3,7
EU-Eigenmittel insgesamt	1 873	– 6,1	15 662	– 5,7	22 150	0,0
Bund³	22 789	12,3	164 523	15,9	230 528	13,0
Länder³	20 725	9,7	156 154	10,6	211 110	8,3
EU	1 873	– 6,1	15 662	– 5,7	22 150	0,0
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	3 028	12,1	20 117	14,7	27 596	10,4
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	48 415	10,3	356 457	12,3	491 384	10,1

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2007.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im September leicht gestiegen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende August bei 4,26 % lag, notierte Ende September bei 4,33 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich ebenfalls leicht von 4,74 % Ende August auf 4,79 % Ende September. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 6. Juni 2007 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 13. Juni liegt seitdem der Mindestbietungssatz für

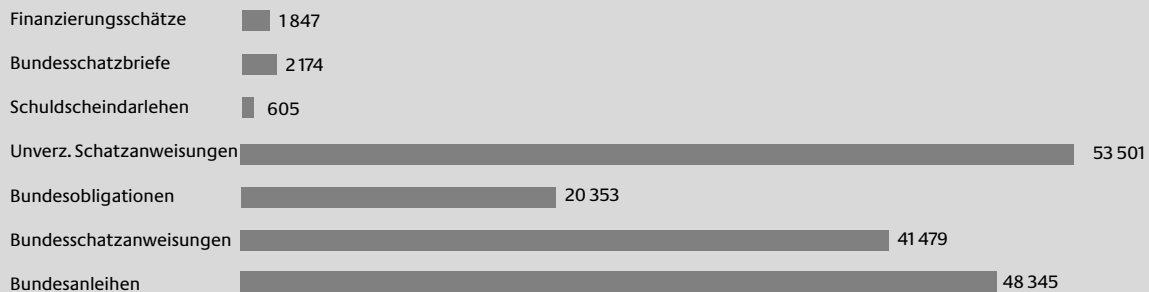
die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 4,00 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 3,00 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 5,00 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im September zulegen; der Deutsche Aktienindex stieg von 7 638 auf 7 862 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 von 4 295 auf 4 382 Punkte (Monatsendstände).

Monetäre Entwicklung

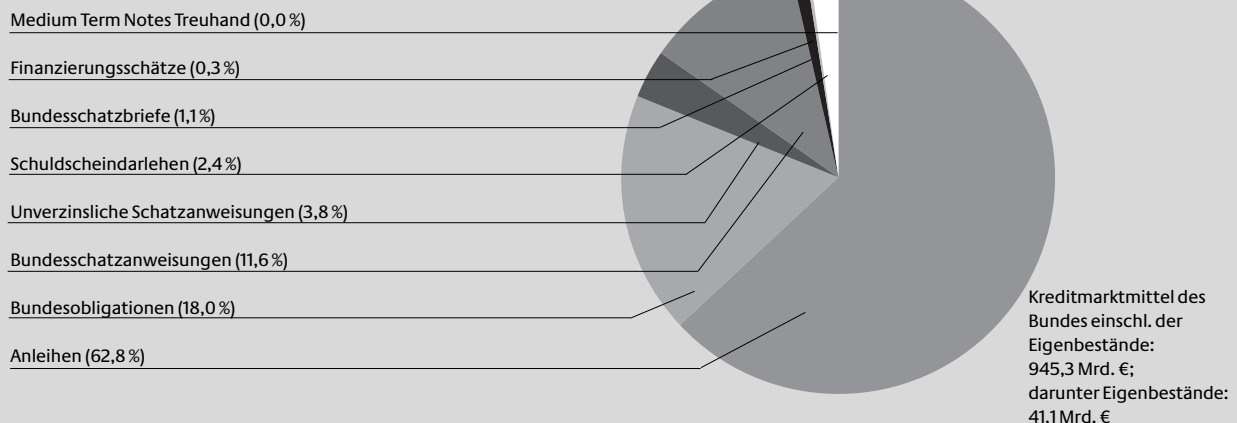
Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet lag im August bei 11,6 %

Kreditaufnahme des Bundes bis September 2007 in Mio. €¹



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.
Nachrichtlich: Kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 1535 Mio. €.

Kreditmarktmittel des Bundes per 30. September 2007



(nach 11,7 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum Juni bis August 2007 stieg auf 11,4 %, verglichen mit 11,1 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich auf 11,8 % (nach 11,6 % im Vormonat). Die Grunddynamik des Geldmengen- und Kreditwachstums bleibt damit nach wie vor kräftig. In Deutschland erhöhte sich die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 2,6 % im Juli auf 3,0 % im August.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes 2007 betrug bis einschließlich September 168,3 Mrd. €. Davon wurden 159,7 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalenders umgesetzt.

Darüber hinaus wurde erstmals im Tenderverfahren eine Aufstockung der 1,5-prozentigen inflationsindexierten Anleihe des Bundes – ISIN DE0001030500 WKN 101 050 – um 2 Mrd. € auf 11 Mrd. € vorgenommen. Die Anleihe wird am 15. April 2016 fällig. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und Schuldscheindarlehen; die im Rahmen von Marktpflegeoperationen durchgeführte Kreditaufnahme (Eigenbestandsabbau) betrug 1,5 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2006 haben sich die Kreditmarktmittel des Bundes bis zum 30. September 2007 um 0,5 % auf 945,3 Mrd. € erhöht.

Mit dem Emissionskalender für das 4. Quartal 2007 hat das BMF das mit der Jahresvorausschau 2007 bekannt gegebene Emissionsvolumen 2007 um insgesamt 4 Mrd. € gekürzt, um der günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahr

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen im 4. Quartal 2007 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	–	–	–	–
Bundesobligationen	–	–	–	–
Bundesschatzanweisungen	–	–	15,0	15,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	5,9	5,9	17,6
Bundesschatzbriefe	0,2	0,2	0,1	0,5
Finanzierungsschätze	0,2	0,2	0,2	0,6
Fundierungsschuldverschreibungen	0,0	–	–	–
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	4,3	2,2	0,3	6,7
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	10,6	8,5	21,4	40,4

Zinszahlungen

	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	2,6	0,3	1,2	4,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

2007 Rechnung zu tragen. Im 4. Quartal 2007 werden 30 Mrd. € Kapitalmarktemissionen und 18 Mrd. € Geldmarktemissionen begeben.

Die Tilgungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen

sich im 4. Quartal 2007 auf rund 40,4 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich im 4. Quartal 2007 auf rund 4,2 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2007

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137198 WKN 113 719	Aufstockung	10. Oktober 2007	2 Jahre fällig 11. September 2009 Zinslaufbeginn: 11. September 2007 erster Zinstermin: 11. September 2008	ca. 6 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141513 WKN 114 151	Aufstockung	24. Oktober 2007	5 Jahre fällig 12. Oktober 2012 Zinslaufbeginn: 28. September 2007 erster Zinstermin: 12. Oktober 2008	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135341 WKN 113 534	Neuemission	14. November 2007	10 Jahre fällig 4. Juli 2018 Zinslaufbeginn: 16. November 2007 erster Zinstermin: 4. Januar 2009	ca. 7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141513 WKN 114 151	Aufstockung	28. November 2007	5 Jahre fällig 12. Oktober 2012 Zinslaufbeginn: 28. September 2007 erster Zinstermin: 12. Oktober 2008	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137206 WKN 113 720	Neuemission	12. Dezember 2007	2 Jahre fällig 11. Dezember 2009 Zinslaufbeginn: 11. Dezember 2007 erster Zinstermin: 11. Dezember 2008	ca. 7 Mrd. €
4. Quartal 2007 insgesamt				ca. 30 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115095 WKN 111 509	Neuemission	15. Oktober 2007	6 Monate fällig 16. April 2008	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115103 WKN 111 510	Neuemission	12. November 2007	6 Monate fällig 21. Mai 2008	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115111 WKN 111 511	Neuemission	10. Dezember 2007	6 Monate fällig 18. Juni 2008	ca. 6 Mrd. €
4. Quartal 2007 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Der Konjunkturaufschwung ist nach wie vor intakt.
- Die Finanzmarktturbulenzen haben den Aufschwung bislang nicht belastet.
- Die konjunkturelle Dynamik hat sich im 3. Quartal wahrscheinlich verstärkt.
- Die Indikatoren sprechen für eine rege Investitionstätigkeit.

Die vorliegenden Konjunkturindikatoren deuten darauf hin, dass der Aufschwung nach wie vor intakt ist. Die Finanzmarktturbulenzen haben bislang die realwirtschaftliche Aktivität in Deutschland nicht nennenswert belastet.

Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe ist zuletzt kräftig angestiegen. Insbesondere hat die Produktion von Investitionsgütern deutlich zugenommen, was eine rege Investitionstätigkeit signalisiert. Auch in den Dienstleistungsbe-
reichen zeigt die Expansion der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einen kräftigen Zuwachs der wirtschaftlichen Aktivität an. Insgesamt ist daher mit einer Verstärkung der wirtschaftlichen Dynamik im 3. Quartal zu rechnen, nachdem sich die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zuvor – als Reflex auf die unerwartet starke Zunahme des Bruttoinlandsprodukts zu Jahresbeginn – etwas verlangsamt hatte. Damit ist die Wachstumserwartung der Bundesregierung für den Jahresdurchschnitt 2007 vom Frühjahr (real + 2,3 %) gut nach unten abgesichert. Dies zeigen auch die weiter in die Zukunft reichenden Indikatoren wie die starke Nachfragedynamik in der Industrie und die immer noch – trotz leichter Eintrübung – optimistische Stimmung von Unternehmen und Verbrauchern.

Die deutliche Beschäftigungsexpansion und die gestiegenen Löhne schlagen sich auch in den Steuereinnahmen nieder. So sind die Lohnsteuereinnahmen im September erneut kräftig angestiegen (+ 7,9 %). Die Steuern vom Umsatz legten wegen der Umsatzsteuersatzanhebung deutlich zu (+ 17,2 %), aber weniger stark als

erwartet. Dies könnte mit der verhaltenen Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte zusammenhängen, denn das Sorgenkind des Aufschwungs ist immer noch der private Konsum. Seit Mitte 2001 stagnierte der private Konsum im Großen und Ganzen bzw. ist nur marginal aufwärts gerichtet. Mit dem Anstieg im 2. Quartal hat er gerade das Niveau gegen Ende des Jahres 2001 erreicht. Dies zeigen auch die Einzelhandelsumsätze. Sie weisen nur eine leichte Aufwärtstendenz auf, die bisher aber nicht ausgereicht hat, den Umsatzeinbruch zu Jahresbeginn zu kompensieren. Vor dem Hintergrund der deutlichen Beschäftigungsexpansion, die mit der regen Investitionstätigkeit einhergeht, und der Lohnzuwächse könnte sich der private Konsum im weiteren Jahresverlauf zunehmend erholen und das Wirtschaftswachstum deutlicher als bisher mittragen.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung erweist sich bislang – trotz der Finanzmarktturbulenzen – als robust. Davon profitiert – aufgrund ihrer starken Wettbewerbsposition – insbesondere die deutsche Exportwirtschaft. Nach einer im bisherigen Jahresverlauf eher gedämpften Entwicklung hat sich zuletzt die Dynamik der Waren-
ausfuhren wieder verstärkt. So sind die nominalen Warenexporte im Juli/August deutlich angestiegen (saisonbereinigt + 2,1 % gegenüber der Vorperiode, nach + 0,5 % im Mai/Juni). Zwar liegen noch keine preisbereinigten Außenhandelsdaten vor. Die nur leichte Zunahme der Exportpreise (Juli/August + 0,1 %) deutet aber darauf hin, dass für die positive Ausfuhrentwicklung die

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2006 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			4.Q.06	1.Q.07	2.Q.07	4.Q.06	1.Q.07	2.Q.07
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 183	+ 2,9	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 3,7	+ 3,3	+ 2,5
jeweilige Preise	2 322	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,7	+ 4,3	+ 5,0	+ 4,2
Einkommen								
Volkseinkommen	1 751	+ 3,6	+ 1,2	+ 1,6	- 0,8	+ 4,6	+ 4,8	+ 3,3
Arbeitnehmerentgelte	1 149	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 2,3	+ 3,1	+ 2,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	602	+ 7,2	+ 2,9	+ 2,1	- 3,7	+ 10,1	+ 7,9	+ 3,9
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 494	+ 1,9	+ 1,2	- 0,3	+ 0,5	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,9
Bruttolöhne und -gehälter	926	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,7	+ 0,9	+ 2,0	+ 3,6	+ 3,4
Sparen der privaten Haushalte	158	+ 1,5	+ 0,8	+ 4,4	+ 0,3	+ 1,1	+ 6,3	+ 5,9
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2006 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
					Zwei- monats- durch- schnitt			Zwei- monats- durch- schnitt
			Jul 07	Aug 07		Jul 07	Aug 07	
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	81	+ 9,2	+ 2,2	.	+ 0,3	- 1,4	.	- 2,6
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	894	+ 13,7	- 0,3	+ 3,0	+ 2,1	+ 11,7	+ 12,4	+ 12,0
Waren-Importe	731	+ 16,5	- 2,8	+ 5,6	+ 3,0	+ 5,9	+ 9,5	+ 7,7
in konstanten Preisen von 2000								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)¹	109,8	+ 6,0	+ 0,2	+ 1,7	+ 1,0	+ 4,6	+ 5,2	+ 4,9
Industrie ²	113,2	+ 6,5	+ 0,3	+ 1,8	+ 1,0	+ 6,0	+ 6,2	+ 6,1
Bauhauptgewerbe	81,0	+ 6,4	+ 0,9	+ 2,0	+ 0,9	- 4,9	- 3,2	- 4,1
Umsätze im Produzierenden Gewerbe¹								
Industrie (Index 2000 = 100) ²	114,3	+ 7,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 5,8	+ 5,3	+ 5,6
Inland	102,5	+ 4,9	+ 0,1	+ 1,7	+ 0,5	+ 3,5	+ 5,0	+ 4,3
Ausland	133,3	+ 10,1	+ 0,2	- 0,3	+ 0,3	+ 8,8	+ 5,7	+ 7,2
Auftragseingang (Index 2000 = 100)¹								
Industrie ³	119,0	+ 9,5	- 6,1	+ 1,2	- 3,1	+ 6,6	+ 4,2	+ 5,3
Inland	105,5	+ 7,4	- 0,8	+ 0,1	- 0,5	+ 7,0	+ 3,2	+ 5,1
Ausland	135,8	+ 11,5	- 10,8	+ 2,4	- 5,4	+ 6,2	+ 5,1	+ 5,7
Bauhauptgewerbe	74,6	+ 2,9	+ 9,1	.	- 2,9	+ 2,2	.	+ 0,1
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)³								
Einzelhandel								
(mit Kfz. und Tankstellen)	103,7	+ 1,7	+ 0,6	- 0,4	+ 1,0	- 0,7	- 2,8	- 1,7
Großhandel (ohne Kfz.)	109,8	+ 3,2	+ 1,2	- 0,9	+ 1,0	+ 5,3	+ 0,9	+ 3,1
Arbeitsmarkt	2006 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Jul 07	Aug 07	Sep 07	Jul 07	Aug 07	Sep 07
Erwerbstätige, Inland	39,09	+ 0,6	+ 41	+ 34	.	+ 633	+ 637	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,49	- 7,7	- 39	- 27	- 50	- 671	- 666	- 694
Preisindizes	2006 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode			Vorjahr		
			Jul 07	Aug 07	Sep 07	Jul 07	Aug 07	Sep 07
2000 = 100								
Importpreise	106,7	+ 5,2	+ 0,3	- 0,7	.	+ 0,4	- 0,6	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	116,8	+ 5,5	- 0,1	+ 0,1	.	+ 1,1	+ 0,1	.
Verbraucherpreise	110,1	+ 1,7	+ 0,4	- 0,1	+ 0,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,4
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
Gewerbliche Wirtschaft								
	Feb 07	Mär 07	Apr 07	Mai 07	Jun 07	Jul 07	Aug 07	Sep 07
Klima	+ 13,2	+ 14,6	+ 16,3	+ 16,2	+ 13,1	+ 12,0	+ 10,7	+ 7,6
Geschäftslage	+ 18,8	+ 20,4	+ 21,9	+ 20,7	+ 18,4	+ 18,3	+ 18,6	+ 15,6
Geschäftserwartungen	+ 7,7	+ 8,8	+ 11,0	+ 11,9	+ 8,0	+ 5,8	+ 3,2	- 0,2

¹Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. ² Ohne Energie. ³ Änderung des Berichtsfirmenkreises ab 2006; aber: Spalte 2006 ohne Neuzugangsstichprobe zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit gegenüber 2005.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Mengenzunahme ausschlaggebend war. Von Januar bis August wurde 11,4 % mehr exportiert als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dabei nahm die Ausfuhr in die Länder der Europäischen Union überdurchschnittlich zu (+ 12,6 %). Die deutschen Unternehmen profitieren stark von dem Wirtschaftsaufschwung in den neuen EU-Mitgliedstaaten. So nahm die Warenausfuhr in diese Länder, die einen Anteil von etwa 11 % am Gesamtexport Deutschlands ausmacht, von Januar bis Juli (aktuellere Daten liegen noch nicht vor) um ca. 20 % im Vergleich zum Vorjahr zu. Der Exportanstieg in die übrigen EU-Länder war etwa halb so hoch bei einem Anteil von 55 % am Gesamtexport. Die Ausfuhr in Drittländer stieg ebenfalls kräftig an, aber etwas weniger als die Ausfuhr in die EU. Die Aussichten für eine weiterhin dynamische Entwicklung der Exporte sind günstig: Die Auftriebskräfte in den aufstrebenden Regionen der Weltwirtschaft sind nach wie vor stark, so dass auch die Nachfrage nach deutschen Produkten, insbesondere des Maschinenbaus, weiter anhalten dürfte. Die Auslandsaufträge in der Industrie waren bisher recht kräftig, auch wenn sie sich zuletzt etwas abgeschwächt haben. Der starke Rückgang im Juli/August (saisonbereinigt – 5,4 %) ist eine eher technische Reaktion auf die vorangegangene überdurchschnittliche Zunahme an Großaufträgen. Im weniger schwankungsfälligen Dreimonatsvergleich gab es weiterhin eine deutliche Zunahme an Auftragseingängen aus dem Ausland (+ 4,8 %). Auch die vom ifo-Institut und vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) befragten Unternehmen erwarten weiterhin gute Exportgeschäfte (ifo-Exporterwartungen, DIHK-Herbstumfrage). Allerdings könnten eine weitere Konjunkturabschwächung in den USA, die Eurostärke gegenüber dem US-Dollar sowie die Turbulenzen auf den Kapitalmärkten und deren mögliche negative Auswirkungen auf das weltwirtschaftliche Wachstum die Ausfuhrdynamik tendenziell dämpfen.

Die Importe haben ebenfalls wieder an Schwung gewonnen. So verzeichneten die nominalen Wareneinfuhren im Zweimonatsdurchschnitt ein kräftiges Plus (saisonbereinigt + 3,0 % gegenüber der Vorperiode), das etwas höher als der Exportzuwachs war. Bei gleichzeitig nur

leicht angestiegenen Importpreisen (Juli/August + 0,2 %) spricht die Zunahme der Importe für eine starke Inlandsnachfrage.

Die weitere Belebung der inländischen Nachfrage zeigt sich in einer merklichen Ausweitung der industriellen Erzeugung (Juli/August saisonbereinigt + 1,0 % gegenüber der Vorperiode). Dabei verzeichneten die Investitionsgüterproduzenten den höchsten Zuwachs (+ 1,8 %). Auch Vorleistungsgüter wurden mehr hergestellt (+ 1,0 %). Dagegen ging die Produktion von Konsumgütern leicht zurück (– 0,5 %). Das Umsatzvolumen in der Industrie (+ 0,5 %) nahm nur etwa halb so stark zu wie die Produktion. Dies könnte auf eine Lagerausweitung hinweisen. Sowohl Inlands- als auch Auslands-geschäfte waren in etwa gleicher Höhe an dem Anstieg des Gesamtumsatzes beteiligt (+ 0,5 % und + 0,3 %). Im Inland nahm der Umsatz mit Investitionsgütern (+ 2,1 %) am kräftigsten zu, während Konsumgüterumsätze (– 1,1 %) weiter rückläufig waren.

Die Aussichten für eine weitere Ausweitung der Industrieproduktion bleiben nach wie vor günstig, allerdings könnte die Dynamik etwas nachlassen. So hat sich die Aufwärtsbewegung der Auftragseingänge leicht abgeflacht. Die Inlandsaufträge sind im Juli/August etwas zurückgegangen (saisonbereinigt – 0,5 % gegenüber der Vorperiode nach + 1,3 % im Mai/Juni). Treibende Kraft im Inland war die Nachfrage nach Investitionsgütern (+ 0,6 %). Die Investitionsdynamik dürfte damit stark bleiben, nicht zuletzt auch wegen der Vorzieheffekte aufgrund der zum Jahresende auslaufenden degressiven Abschreibung. Angesichts einer hohen Kapazitätsauslastung (z.B. im Maschinenbau knapp 92 %) gewinnen Erweiterungsinvestitionen immer mehr an Bedeutung. So planen gemäß der Herbstumfrage des DIHK 40 % aller Industrieunternehmen Kapazitätserweiterungen in den nächsten zwölf Monaten. Das sind 8 % mehr als vor einem Jahr.

Die Baubranche dürfte auch von der Investitionsdynamik profitieren. Die Produktion im Bauhauptgewerbe ist zum ersten Mal seit Januar/Februar 2007 wieder angestiegen (Juli/August saisonbereinigt + 0,9 % gegenüber der Vorperiode). Das entsprechende Vorjahresniveau wurde allerdings noch spürbar unterschritten

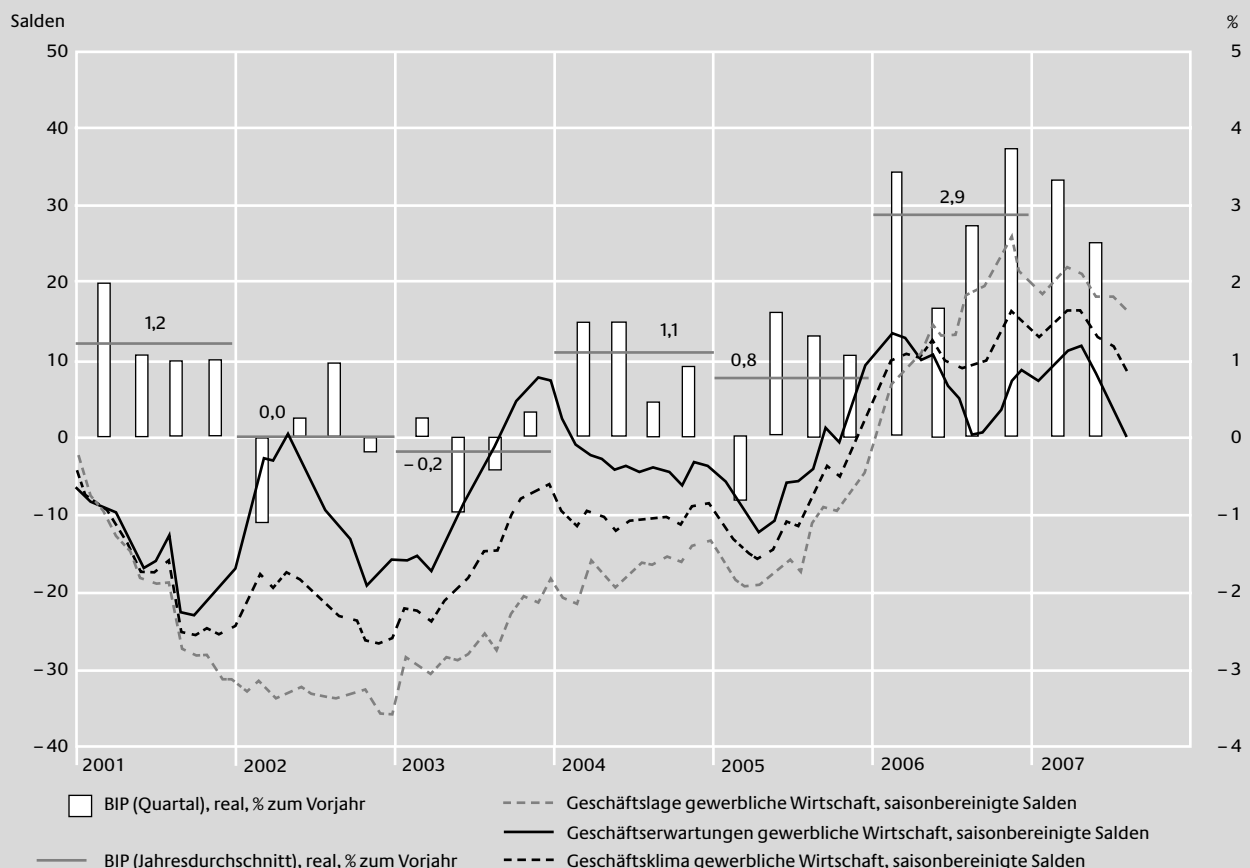
(saisonbereinigt – 4,1 %). Die leichte Aufwärtstendenz der Auftragseingänge im Hochbau (ohne Wohnungsbau) deutet darauf hin, dass auch der gewerbliche Bau an dem Aufschwung partizipiert. Dagegen sind im Wohnungsbau die Auswirkungen der Umsatzsteuersatzanhebung noch deutlich zu spüren.

Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte werden im weiteren Jahresverlauf voraussichtlich stärker werden. Der private Konsum könnte dabei von der Beschäftigungsausweitung, den Lohnsteigerungen und der per-saldo-Entlastung bei der Gesetzlichen Sozialversicherung profitieren. Aufgrund der Umsatzsteuersatzanhebung sowie der im Vorfeld vorgezogenen Käufe ist allerdings die Konsumententwicklung bisher verhalten gewesen. Dies könnte auch den merklichen Anstieg der Sparquote in der 1. Jahreshälfte erklären. Die Indikatoren spiegeln die verhaltene Entwicklung des privaten Verbrauchs wider. So waren die Inlandsumsätze und die Bestellungen von Konsumgütern rückläufig. Zwar zei-

gen die Einzelhandelsumsätze (einschließlich Kfz-Handel und Tankstellen) eine leichte Aufwärtstendenz (Juli/August saisonbereinigt +1,0 % gegenüber der Vorperiode), konnten aber den Rückgang vom Jahresanfang bislang nicht aufholen. Auch die Stimmung der Einzelhändler hat sich zuletzt deutlich eingetrübt. Hinzu kommen Verunsicherungen über die weitere Konjunkturentwicklung vor dem Hintergrund der Finanzmarktturbulenzen und Belastungen der Realeinkommen durch Steigerungen der Preise für Energie und Lebensmittel.

Eine Stärkung des privaten Konsums hängt wesentlich von der weiteren Entwicklung am Arbeitsmarkt ab. Angesichts des anhaltenden konjunkturellen Aufschwungs hat sich die Beschäftigungsexpansion und der Abbau der Arbeitslosigkeit bis in den September hinein, mit zuletzt beschleunigtem Tempo, fortgesetzt. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist im September zurückgegangen, und zwar deutlich stärker als für diesen Monat üblich (saisonbereinigt

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



– 50000 Personen gegenüber dem Vormonat). Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote sank um 0,1 Prozentpunkte auf 8,8 %. Nach Ursprungszahlen waren im September 3,54 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, 694 000 weniger als vor einem Jahr. Über den konjunkturellen Aufschwung hinaus haben auch andere Faktoren den Arbeitsmarkt entlastet. Dazu zählen vor allem ein rückläufiges Arbeitskräfteangebot, eine intensivere Betreuung von Arbeitslosen und eine systematische Überprüfung des Arbeitslosenstatus. Dem deutlichen Rückgang der registrierten Arbeitslosen steht eine ebenso deutliche Zunahme der Erwerbstätigen gegenüber. So stieg im August die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland saisonbereinigt um 34 000 Personen gegenüber dem Vormonat. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 637 000 Personen. Der Beschäftigungsaufbau wird weiterhin überwiegend durch die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen (nach ersten Hochrechnungen saisonbereinigt ca. + 53 000 gegenüber dem Vormonat und ca. + 555 000 gegenüber dem Vorjahr). Der Aufschwung am Arbeitsmarkt dürfte weiter anhalten. So ist dem Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit zufolge die Nachfrage nach Arbeitskräften weiterhin hoch. Dies zeigen auch Unternehmensbefragungen (Einkaufsmanagerindex, ifo-Geschäftsklima), die allerdings von einem etwas schwächeren Beschäftigungsaufbau in den nächsten Monaten ausgehen.

Die Preisniveauentwicklung auf der Konsumentenstufe hat sich zuletzt etwas beschleunigt und beeinträchtigt die Realeinkommen der privaten Haushalte. So stieg der Verbraucherpreisindex im September um 2,4 % gegenüber dem Vorjahr. Dies war die höchste jährliche

Teuerungsrate seit zwei Jahren (September 2005: + 2,5 %). Verantwortlich dafür war vor allem der kräftige Preisschub bei Mineralölerzeugnissen (Kraftstoffe: + 8,9 %, Heizöl: + 3,1 %), der vor allem – als Basiseffekt – eine Reaktion auf deren deutlichen Rückgang von August auf September 2006 (– 7,8 % und – 4,7 %) ist. Zu der relativ hohen Jahresteuersatzrate haben auch der Preisanstieg im Bildungswesen (+ 27,0 %), für Tabakwaren (+ 4,9 %), Verkehr (+ 4,6 %) sowie Nahrungsmittel (+ 2,7 %) beigetragen. Im Vormonatsvergleich viel die Zunahme des Preisniveaus eher gering aus (+ 0,1 %).

Bei den Import- und Erzeugerpreisen dämpften rückläufige Energiepreise die Jahresteuersatzrate. So ist der Importpreisindex im August um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr und um 0,7 % gegenüber dem Vormonat gesunken. Dies ist der erste Rückgang gegenüber dem Vorjahr seit März 2004 (– 1,6 %). Teurer als vor einem Jahr waren Einfuhren von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen (+ 12,4 %) sowie Getreide (+ 55,1 %) und Milcherzeugnissen (+ 14,9 %). Importpreise für Energieträger gaben dagegen deutlich nach (– 11,7 % für Erdgas und – 5,9 % für Rohöl und Mineralölerzeugnisse). Ohne Berücksichtigung von Erdöl und Mineralölerzeugnissen lag der Importpreisindex um 0,3 % höher als vor einem Jahr.

Der Erzeugerpreisindex lag im August um 1,0 % höher als vor einem Jahr und um 0,1 % über seinem Vormonatsniveau. Hauptpreistreiber gegenüber dem Vorjahr war eine Reihe von Vorleistungsgütern (+ 3,7 %), insbesondere im Nahrungsmittelbereich (Futtermittel und Nutztiere: + 26,6 %, Stärke und Stärkeerzeugnisse: + 20,0 %), während die Preise für Energie abnahmen (– 3,5 %). Ohne Berücksichtigung von Energie sind die Erzeugerpreise um 2,6 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 9. Oktober 2007 in Luxemburg

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Der ECOFIN-Rat hat sich mit der Haushaltslage Tschechiens und Großbritanniens befasst, die sich beide im Defizitverfahren befinden. In einer Empfehlung gem. Artikel 104 Abs. 7 EG-Vertrag beschloss der ECOFIN-Rat, Tschechien möge im Jahr 2008 zum einen das übermäßige Defizit beseitigen und zum anderen das strukturelle Defizit um mindestens $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts (BIP) senken. Angesichts der britischen Haushaltslage beschloss der ECOFIN-Rat, das Defizitverfahren gem. Art. 104 Abs. 12 EG-Vertrag zu beenden. Er folgte damit der Einschätzung der EU-Kommission (KOM), wonach das Haushaltsdefizit im Fiskaljahr 2006/07 mit 2,7 % des BIP glaubwürdig und nachhaltig unter den im EG-Vertrag verankerten Referenzwert von 3 % geführt wurde.



Öffentliche Finanzen in der WWU: Verbesserungen am präventiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

In ihrem Bericht zu den öffentlichen Finanzen in der Wirtschafts- und Währungsunion analysiert die KOM die haushaltspolitischen Entwicklungen in der Gemeinschaft und greift Fragen der Haushaltsüberwachung auf. So wirbt die KOM für weitere Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung bzw. für Verbesserungen am präventiven, auf die Vermeidung übermäßiger Defizite zielenden Arm des Stabilitäts- und Wachstums-

paktes. Der ECOFIN-Rat verständigte sich auf Schlussfolgerungen, in denen er die Mitgliedstaaten auffordert, ihre mittelfristigen Haushaltsziele („Medium Term Objective“ = MTO) zügig umzusetzen. Zudem werden die Bedeutung nationaler finanzpolitischer Regeln, das Erfordernis einer langfristig nachhaltigen Finanzpolitik und die Notwendigkeit zur effektiven nationalen Haushaltsüberwachung bekräftigt.

Qualität der öffentlichen Finanzen: Die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und ihre Auswirkungen auf Ausgabenkontrolle und Wettbewerbsfähigkeit

Im Nachgang zum informellen Finanzminister-Treffen in Porto, bei dem die Qualität der öffentlichen Finanzen unter dem Gesichtspunkt der Verwaltungsmodernisierung in einem ersten Durchlauf diskutiert worden war, verständigte sich der ECOFIN-Rat nunmehr auf Schlussfolgerungen. So besteht Einvernehmen, Effektivität und Effizienz öffentlicher Ausgaben und Einnahmen intensiver zu prüfen sowie den Nutzen von Verwaltungsreformen der öffentlichen Hand einzubeziehen. Gleichzeitig wird angeregt, sich im Rahmen der Nationalen Reformprogramme über „Best Practices“ bei Verwaltungsreformen auszutauschen. Insbesondere besteht Konsens, keine neuen Verfahren zu etablieren, sondern den Lissabon-Prozess zu nutzen.

Entwicklungen bei der Wirtschafts- und Finanzlage

Vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen auf den Finanzmärkten führte der ECOFIN-Rat – ebenfalls als „follow-up“ zu Porto – einen Meinungsaustausch und billigte einen umfangreichen Arbeitsplan. Er verständigte sich darauf, transparenzfördernde Maßnahmen für die Investoren, den Markt und die Regulierungsbehörden

zu prüfen und die Rolle der Rating-Agenturen zu untersuchen. Auf dieser Grundlage hat der portugiesische Ratsvorsitzende Teixeira dos Santos einen Brief an den Vorsitzenden des Europäischen Rates (ER), den portugiesischen Regierungschef Socrates, verfasst, der als Beitrag der ECOFIN-Minister für den informellen ER am 18./19. Oktober dienen soll.

Bessere Rechtsetzung: Verbesserte Wettbewerbsfähigkeit

Nach ersten ECOFIN-Beratungen im Januar und Februar formulierte der ER im März ein Abbauziel für Verwaltungslasten, die durch EU-Gesetzgebung bedingt sind, in Höhe von 25 %. Gleichzeitig regte er an, auf nationaler Ebene ähnlich ambitionierte Ziele festzulegen. Kommissar Almunia gab dem Rat einen Überblick über die erzielten Fortschritte auf dem Gebiet der Verwaltungsvereinfachung. Darüber hinaus ging er auf die „High-level-Group“ ein, die unter dem Vorsitz des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber weitere Vorschläge zur Senkung der Verwaltungsbelastung erarbeiten werde. In seinen Schlussfolgerungen hält der ECOFIN-Rat den momentanen Stand der Arbeiten auf EU-Ebene fest und lädt die KOM u. a. dazu ein, die Überprüfung der Bürokratiekostenmessung im Rahmen ihrer Folgeabschätzungen bei der Rechtsetzung zu intensivieren.

Flexicurity: Wirtschaftsaspekte

Mit ihrer Mitteilung „Gemeinsame Grundsätze für den Flexicurity-Ansatz – Mehr und bessere Arbeit durch Flexibilität und Sicherheit“ vom 27. Juni setzt die Kommission einen Auftrag des Europäischen Rates um. Flexicurity beschreibt einen Politikansatz, der mehr Flexibilität und höhere Sicherheit (Beschäftigungssicherheit und soziale Sicherheit) im Arbeitsmarkt anstrebt. In seinen Ratsschlussfolgerungen betont der ECOFIN-Rat die verschiedenen Facetten des Flexicurity-Ansatzes. Neben den erforderlichen budgetären Rahmenbedingungen knüpft der Ansatz auch an die Lissabonstrategie und die Ausrichtung der Sozialsysteme an. In der Folge wird der ER das Thema am 13. Dezember aufgreifen.

Dialog mit Drittländern: Wirtschafts-, Finanz- und Regulierungsaspekte

Die KOM berichtet im ECOFIN-Rat regelmäßig über den aktuellen Stand beim Dialog mit Drittstaaten. Dies betrifft insbesondere die bilaterale Abstimmung auf einzelnen Gebieten im Finanzdienstleistungsbereich mit den USA, Japan, Russland, Indien und China. Als positives Beispiel für den Nutzen der Dialoge nannte Binnenmarktkommissar McCreevy die jüngst vereinbarte erleichterte Deregistrierung europäischer Unternehmen von US-Börsen. Nunmehr sei vorgesehen, den Dialog mit China und Indien zu intensivieren und gleichzeitig den Dialog mit weiteren Drittländern – wie Brasilien – aufzunehmen. Ziel der Dialoge sei auch weiterhin die Beschleunigung von Marktöffnungen, eine Angleichung der Gesetzgebungen und damit verbunden ein geringerer bürokratischer Aufwand für Unternehmen, die auf mehreren Märkten agieren.

Finanzmarkt

a) Clearing und Abrechnung:

Der ECOFIN-Rat behandelte das Thema „Clearing und Abrechnung“ im Wertpapierbereich mit dem Ziel, Effizienz, Integration, Sicherheit und Zuverlässigkeit in der Nachhandelsphase zu verbessern. Die Ratsschlussfolgerungen plädieren für ein enges Monitoring durch KOM und Rat bei der Umsetzung des im November 2006 von der Branche der Finanzdienstleister geschaffenen Verhaltenskodex. Auch wurde die KOM beauftragt, den Abbau von steuer-, zivil- und handelsrechtlichen Barrieren voranzutreiben. In Bezug auf die Arbeiten an den Standards des Europäischen Zentralbanksystems und des Ausschusses der europäischen Wertpapierregulierungsbehörden für Clearing und Abrechnung in der EU sehen die Schlussfolgerungen einen Prüfauftrag vor.

b) EU-Vorkehrungen zur Finanzmarktstabilität:

Ebenfalls beim informellen Minister-Treffen in Porto wurde über mögliche Weiterentwick-

lungen der grenzüberschreitenden Vorkehrungen für die Wahrung der Finanzmarktstabilität beraten. In den nunmehr beschlossenen Ratsschlussfolgerungen werden gemeinsame Prinzipien als Basis für die Kooperation zwischen den jeweiligen nationalen Behörden vereinbart und die Fortschritte auf nationaler Ebene zur Stärkung der Finanzmarktstabilität gewürdigt. Die Prinzipien sollen in ein „Memorandum of Understanding“ eingehen, das im Frühjahr unterschriftsreif sein soll. Das Memorandum soll von den Finanzministerien, den nationalen Finanzaufsichtsbehörden und den Zentralbanken unterzeichnet werden.



Sonstiges

Globales satellitengestütztes Navigationssystem der EU (Galileo): Finanzierungsfragen

Nachdem die Verhandlungen zwischen der EU und einem Konsortium privater Betreiber über

den Konzessionsvertrag für Bau und Betrieb der Infrastruktur zu keinem Erfolg geführt haben, beauftragte der Rat der EU-Verkehrsminister die KOM, detaillierte Alternativvorschläge für die Finanzierung zu erarbeiten. Dies sollte auf der Grundlage zusätzlicher eingehender Bewertungen der Kosten, Risiken, Einnahmen und Zeitpläne einschließlich sämtlicher möglicher Optionen für die Finanzierung durch die öffentliche Hand erfolgen. In der Folge empfahl die KOM die Finanzierung von Galileo aus dem EU-Haushalt verbunden mit Anpassungen der Finanziellen Vorausschau. Auf seiner Sitzung am 2. Oktober sah der Verkehrsministerrat davon ab, eine Vorfestlegung zur Finanzierung von Galileo zu treffen.

In der ECOFIN-Aussprache wurde der vorliegende KOM-Vorschlag zur Finanzierung von Galileo von der Mehrheit der Mitgliedstaaten kritisch hinterfragt, da bereits beim ECOFIN-Rat im Juli Konsens bestand, Galileo nicht über eine Anpassung der Finanziellen Vorausschau zu finanzieren. Der portugiesische Vorsitz schlussfolgerte, dass der ECOFIN-Rat im November die Finanzierung von Galileo erneut beraten solle.

Ergänzende Informationen zur Ratstagung finden Sie auf der Internetseite des Ratssekretariats. Die Seite ist über folgenden Link erreichbar:
http://www.consilium.europa.eu/cms3_applications/applications/newsRoom/loadBook.asp?BID=93&LANG=4&cmsid=350

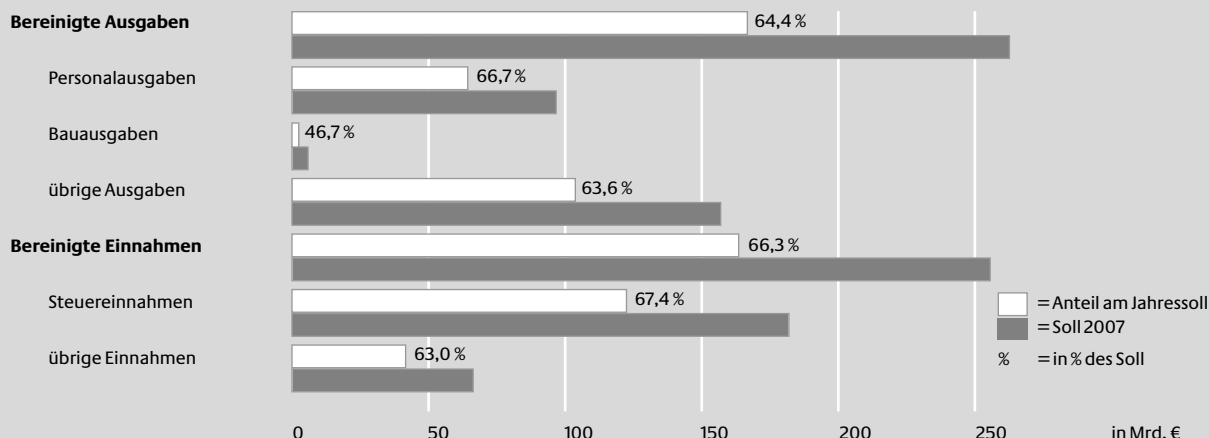
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2007

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich August 2007 vor.

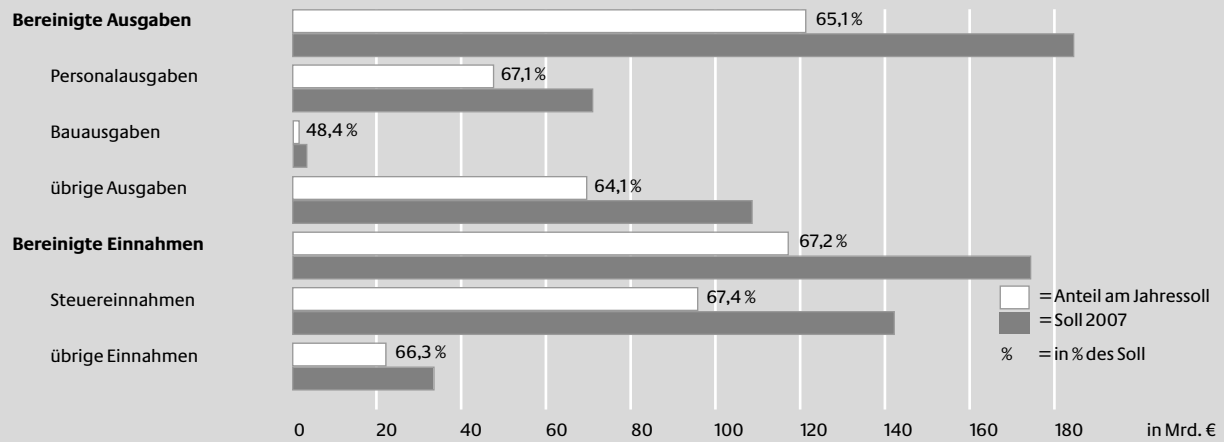
Die Ausgaben der Länder insgesamt erhöhten sich bis August 2007 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um + 1,7 %. Dem standen im gleichen Zeitraum um + 9,8 % gestiegene Einnahmen gegenüber. Die Steuereinnahmen wuchsen um + 12,1 %. Ende August 2007 betrug der Finanzierungssaldo der Länder insgesamt rund 2,9 Mrd. €. Im August 2006 lag der Wert bei 15,0 Mrd. €. Die Haushaltsplanungen der Länder insgesamt sehen für das Gesamtjahr 2007 ein Defizit von 11,7 Mrd. € vor.

In den Flächenländern West stiegen die Ausgaben am stärksten um + 2,7 %, allerdings stand dem auch mit + 11,4 % der höchste Einnahmewachstum gegenüber. Die Ausgaben der Stadtstaaten nahmen moderat um + 0,3 % und die Einnahmen um + 7,5 % zu. Die Flächenländer Ost konnten ihre Ausgaben leicht um – 0,3 % verringern. Gleichzeitig stiegen dort die Einnahmen um + 5,4 %. Die Steuereinnahmen erhöhten sich in den Flächenländern West um + 13,3 %, in den Flächenländern Ost um + 9,6 % und in den Stadtstaaten um + 7,3 %.

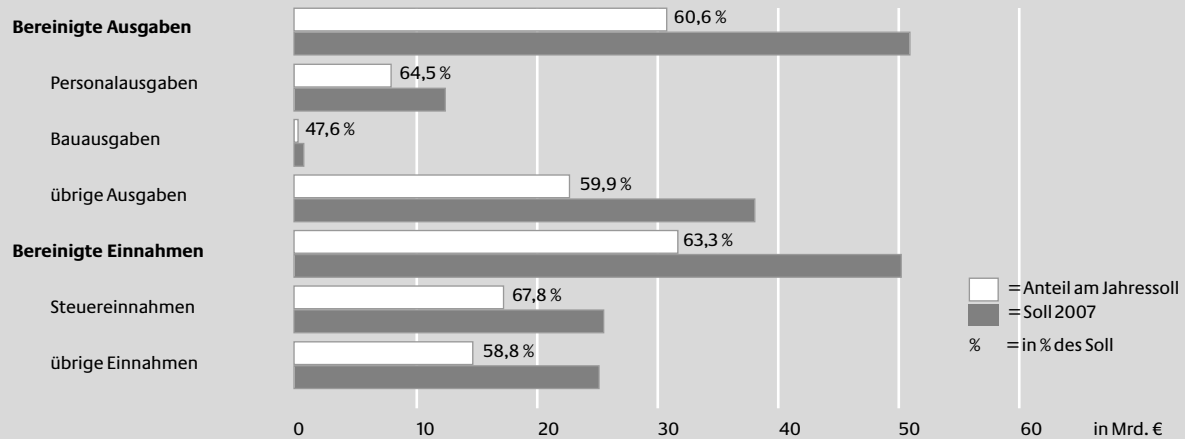
Länder insgesamt



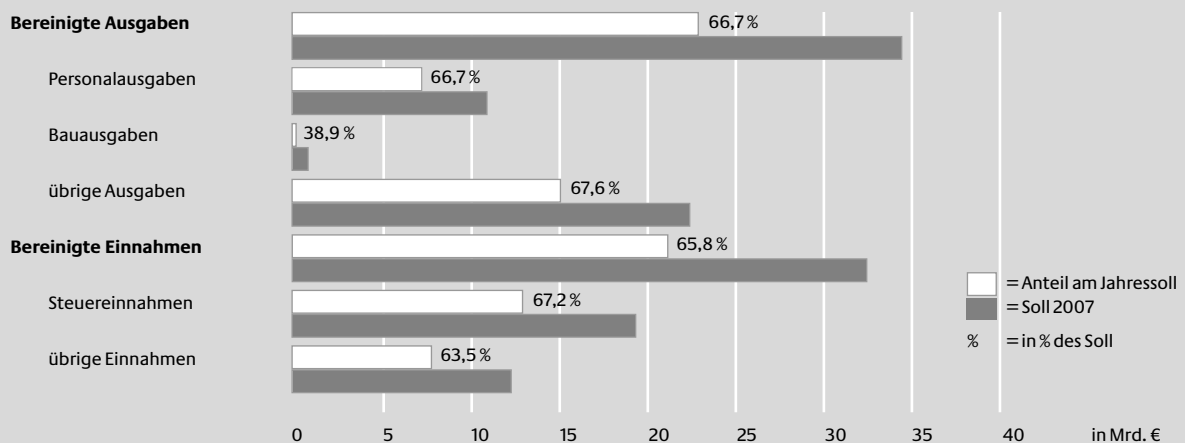
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 20./21. Oktober 2007 – Gemeinsame Tagung von IWF und Weltbank in Washington
- 12./13. November 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 16. bis 18. November 2007 – G20-Finanzministertreffen in Kapstadt (Südafrika)
- 3./4. Dezember 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 13./14. Dezember 2007 – Europäischer Rat in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2008

- 4. Juli 2007 – Kabinettsbeschluss
- 10. August 2007 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 11. bis 14. September 2007 – 1. Lesung Bundestag
- 21. September 2007 – 1. Beratung Bundesrat
- 19. September bis
- 14. November 2007 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 6. bis 7. November 2007 – Steuerschätzung
- 15. November 2007 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 27. bis 30. November 2007 – 2./3. Lesung Bundestag
- 20. Dezember 2007 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2007 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2007	November	Oktober 2007	22. November 2007
	Dezember	November 2007	20. Dezember 2007
2008	Januar 2008	Dezember 2007	31. Januar 2008
	Februar 2008	Januar 2008	21. Februar 2008
	März 2008	Februar 2008	20. März 2008
	April 2008	März 2008	21. April 2008
	Mai 2008	April 2008	22. Mai 2008
	Juni 2008	Mai 2008	20. Juni 2008
	Juli 2008	Juni 2008	21. Juli 2008
	August 2008	Juli 2008	21. August 2008
	September 2008	August 2008	19. September 2008
	Oktober 2008	September 2008	23. Oktober 2008
	November 2008	Oktober 2008	21. November 2008
	Dezember 2008	November 2008	19. Dezember 2008

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Bürgerangelegenheiten
11016 Berlin
buergerreferat@bmf.bund.de
www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:
telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90¹
per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,12 € / Min. aus dem Festnetz, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>





Analysen und Berichte

Ausbau der Kindertagesbetreuung	37
Eindämmung der Normenflut im Steuerrecht	43
Konferenz „Humanvermögen in Europa: Eine finanzpolitische Herausforderung“ in Berlin	49
Die EU-Richtlinie zur Besteuerung ausländischer Zinserträge	51
Geldtransfers von Migranten in ihre Heimatländer – Remittances –	57

Ausbau der Kindertagesbetreuung

1	Nachhaltige Familienpolitik	37
2	Zur Situation der Kindertagesbetreuung in Deutschland	39
3	Die Bund-Länder-Vereinbarung zum erweiterten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur vom 28. August 2007	40
4	Fazit	42

- Nachhaltige Familienpolitik zielt auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit auf die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen und die frühe Förderung von Kindern.
- Die familien- und bildungspolitisch erfolgreichen europäischen Staaten bieten den jungen Familien vor allem eine gute Betreuungs- und vorschulische Bildungsinfrastruktur.
- Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Leitung von Bundesministerin von der Leyen und Bundesminister Steinbrück hat am 28. August 2007 ein Gesamtpaket zum bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren vorgelegt. Diese Vorschläge werden nun umgesetzt.
- Aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung des Betreuungsaubaus beteiligt sich der Bund bis 2013 mit insgesamt 4 Mrd. € und ab 2014 dauerhaft mit 770 Mio. € pro Jahr.

1 Nachhaltige Familienpolitik

Eine moderne und nachhaltige Familienpolitik setzt auf die frühe und gute Förderung von Kindern, auf die wirtschaftliche Stabilität der Familien und auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie berücksichtigt dabei die geänderten Lebensumstände von Familien und stärkt ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit. Nachhaltige Familienpolitik bedeutet daher im Kern „Wirksamkeit“ mit Blick auf folgende Ziele:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf; insbesondere Steigerung der Erwerbstätigkeit und der Erwerbsquote von Frauen,
- frühe Förderung von Kindern,
- Steigerung der Geburtenrate.

Die Entscheidungen für Lebensentwürfe mit oder ohne Familie und Kinder sind persönliche Entscheidungen des einzelnen Bürgers. Einfluss

soll und kann der Staat nur auf die Rahmenbedingungen nehmen, in denen diese Entscheidungen mit einer größtmöglichen Wahlfreiheit erfolgen. In der so genannten „Rush Hour des Lebens“ müssen junge Menschen in einem engen Zeitfenster Entscheidungen zur Berufsfindung, Karriereplanung und Familiengründung treffen. Oft wird dann die Familiengründung nach hinten geschoben, manchmal, bis es zu spät ist.

Zur Umsetzung der Ziele einer nachhaltigen Familienpolitik stehen folgende Handlungsfelder im Vordergrund:

- Förderung der Infrastruktur für Familien,
- Schaffung von Rahmenbedingungen für mehr Zeit für Familien,
- Förderung der Familie durch finanzielle Rahmenbedingungen und Anreizstrukturen.

Ein Blick auf die Situation in Deutschland ergibt folgendes Bild:

- Im Bildungsbereich zeigen OECD-Studien, dass so stark wie in keinem anderen OECD-Land der Bildungsstand der Kinder in Deutschland von der sozialen Herkunft der Familie abhängt.
- Insbesondere für gut ausgebildete Frauen mit zwei oder mehr Kindern ist es schwer, Erwerbstätigkeit und Familie in Einklang zu bringen. Deutschland befindet sich im internationalen Vergleich lediglich im Mittelfeld, denn die Frauenerwerbsquote nimmt insbesondere nach der Geburt des zweiten Kindes deutlich ab. In Schweden und Frankreich dagegen bleibt die Erwerbsbeteiligung von Frauen bei zwei Kindern auf hohem Niveau konstant.
- Deutschland hat eine der niedrigsten Geburtenraten Europas. Diese liegt im Durchschnitt bei 1,33 Kindern je Frau, weniger als 700 000 Kinder jährlich. Ähnlich niedrig ist die Geburtenrate nur noch in Italien, Spanien, Griechenland und Portugal. Dagegen ist die Geburtenrate vor allem in den skandinavischen Ländern besonders hoch.
- Obwohl die Geburtenrate nur bei durchschnittlich 1,33 Kindern je Frau liegt, wünschen sich junge Paare im Durchschnitt eher 2 Kinder. Wichtige Ursachen für dieses Auseinanderfallen von Kinderwunsch und Realisierung sind u. a. die Schwierigkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren. Insbesondere für gut ausgebildete Frauen mit zwei oder mehr Kindern ist es schwer, Erwerbstätigkeit und Familie in Einklang zu bringen.

Mit dem ab 1. Januar 2007 gezahlten Elterngeld (67 % des Nettoeinkommens, max. 1800 €, mindestens 300 €, für 12 + 2 Partnermonate) werden junge Familien in der Anfangsphase nach der Geburt eines Kindes unterstützt. Die Einführung des Elterngeldes ist ein bedeutender Schritt, um die finanzielle Selbstständigkeit beider Elternteile zu ermöglichen, beiden Elternteilen auf Dauer ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern und so dauerhafte Einbußen mit der Gefahr einer Abhängigkeit von staatlichen Fürsorgeleistungen zu vermeiden. Es eröffnet Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf und fördert wirtschaftliche Selbstständigkeit.

Um diese Wahlfreiheit auch nach dem ersten Jahr (bzw. mit Partnermonaten nach 14 Monaten) nach der Geburt eines Kindes zu ermögli-

chen, hat sich bereits die Vorgängerregierung mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz dem qualitätsorientierten Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren zugewandt. Die Ausbauziele wurden nun durch die Große Koalition erweitert, um bis 2013 ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren zu schaffen.

Das Angebot in der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren hat dabei nicht zum Ziel, die Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung zu entmündigen, sondern will Eltern in ihrer Verantwortung unterstützen. Zum einen wird Unterstützung benötigt, wenn beide Eltern arbeiten wollen oder müssen. Manche Eltern, gerade auch Alleinerziehende, haben hier oft keine Wahl, um den Lebensunterhalt der Familie zu sichern. Zum anderen sollen alle Kinder – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – die gleichen Chancen auf Bildung wahrnehmen können. Bildung fängt jedoch nicht mit der Schulbildung an, sondern elementare Anlagen werden mit der frühkindlichen Bildung z. B. im Sprachvermögen gelegt. Nicht alle Kinder können hier in ihren Familien angemessen gefördert werden. Es liegt im Interesse der Gesellschaft, diesen Kindern und ihren Eltern über die Tagesbetreuung Orientierung und Unterstützung zu geben.

2 Zur Situation der Kindertagesbetreuung in Deutschland

Seit dem 1. Januar 2005 wird mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz der Ausbau der Infrastruktur für unter Dreijährige gefördert. Bis Ende 2010 sollen bundesweit insgesamt 436 000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung stehen. 70 % der Plätze sollen in institutionellen Einrichtungen angeboten werden, 30 % über Plätze in der Tagespflege. Diesen Ausbau finanziert der Bund bereits mit 1,5 Mrd. € jährlich.

Zum Ausbaustand nach dem Tagesbetreuungsbaugesetz legt die Bundesregierung jedes Jahr dem Bundestag einen Bericht vor. Der aktuelle Bericht 2007 weist im März 2006 den folgenden Ausbaustand gegliedert nach Bundesländern aus (siehe Tabelle 1).

Die Unterschiede zwischen Ost und West sind erheblich. Während die neuen Bundesländer (einschl. Berlin) mit 149 000 Plätzen dieses Ziel bereits erreicht haben, weisen die alten Bundesländer mit Stand März 2006 nur 138 000 Plätze auf.

Tabelle 1: Aktueller Ausbaustand in der Kindertagesbetreuung nach Bundesländern

	Versorgungsgrad in %	Plätze		
	März 2006	Ende 2002	März 2006	Soll Ende 2010
Brandenburg	40,5	24 552	22 488	22 591
Mecklenburg-Vorp.	43,1	14 429	16 507	16 507
Sachsen	33,5	27 976	32 795	32 795
Sachsen-Anhalt	50,2	30 412	25 735	25 735
Thüringen	37,9	11 575	19 268	19 268
Östliche Länder o. B.	39,7	108 944	116 793	116 896
Berlin	37,9	30 676	32 445	32 008
Westliche Länder	8,0	69 298	137 671	286 726
Hamburg	21,1	6 542	9 798	12 392
Saarland	10,2	1 428	2 335	3 876
Rheinland-Pfalz	9,4	4 067	9 567	16 932
Bremen	9,2	1 877	1 488	4 061
Hessen	9,0	8 012	14 602	25 211
Baden-Württemberg	8,8	10 339	25 605	48 237
Bayern	8,2	11 084	27 298	55 165
Schleswig-Holstein	7,6	2 883	5 504	11 730
Nordrhein-Westfalen	6,5	15 430	30 724	76 432
Niedersachsen	5,1	7 638	10 750	32 691
Deutschland	13,6	208 918	286 909	436 630

3 Die Bund-Länder-Vereinbarung zum erweiterten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur vom 28. August 2007

Um ein für Bund und Länder tragfähiges Konzept zur Umsetzung des erweiterten bedarfsgerechten Ausbaus zu entwickeln, wurde eine mit Familien- und Finanzpolitikern besetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe beider Koalitionspartner unter der Leitung von Bundesministerin von der Leyen und Bundesminister Steinbrück eingerichtet. Grundlage der Beratungen war ein zwischen den Fachministern von Bund und Ländern abgestimmter erweiterter Ausbauplan bis zum Jahr 2013. Der zusätzliche Ausbau soll zu einem Angebot an Betreuungsplätzen für 35 % der unter Dreijährigen führen, d.h. insgesamt 750 000 Plätze. Dieses Angebot wird von den Experten als bedarfsgerecht eingeschätzt. Das Ziel, für jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz anzubieten, ist im Übrigen ein gemeinsames Ziel aller Mitgliedstaaten der EU

im Rahmen der sogenannten Lissabon-Strategie. Die Betreuungsangebote sollen sowohl in institutioneller Betreuung (ca. 70 %) als auch in der Tagespflege (ca. 30 %) ausgebaut werden.

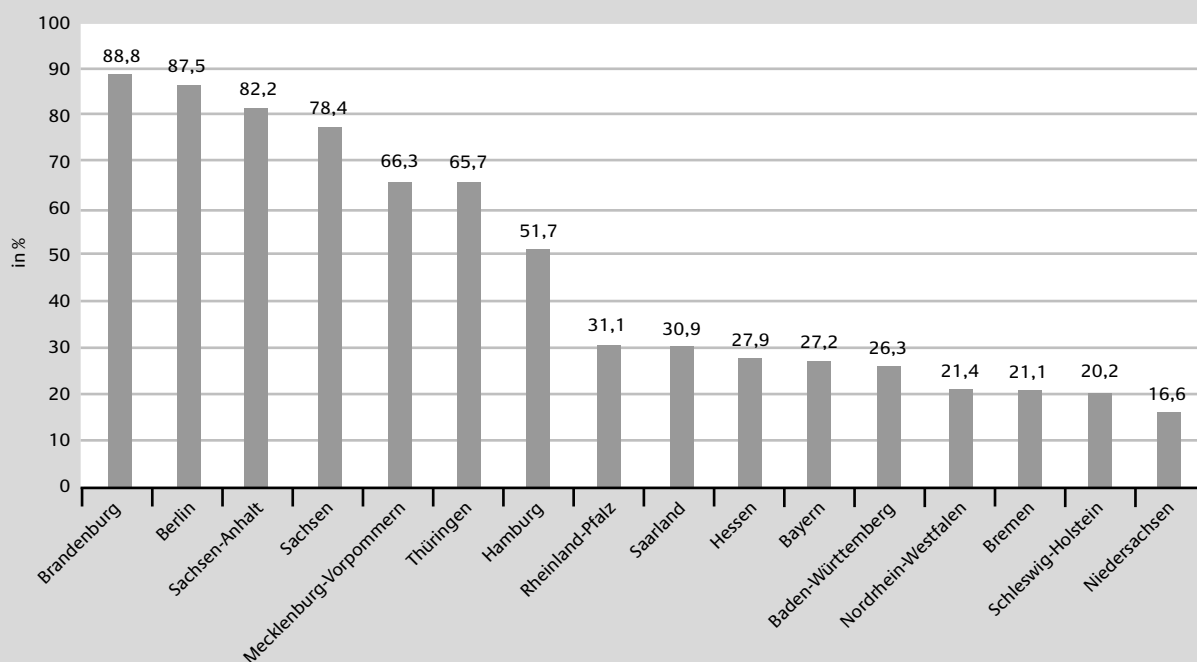
In welchem Umfang die Länder demnach bis 2013 noch Anstrengungen beim Ausbau unternehmen müssen, lässt sich den nachfolgenden Abbildungen (siehe Abbildung 1 und Abbildung 2, S. 41) entnehmen.

Der Kostenrahmen für diesen zusätzlichen Ausbauplan wurde zwischen Bund und Ländern auf insgesamt 12 Mrd. € für Investitions- und Betriebskosten für den Zeitraum von 2008 bis 2013 geschätzt.

Vor diesem Hintergrund verständigte man sich am 28. August 2007 auf folgende Eckpunkte für ein Finanzierungskonzept:

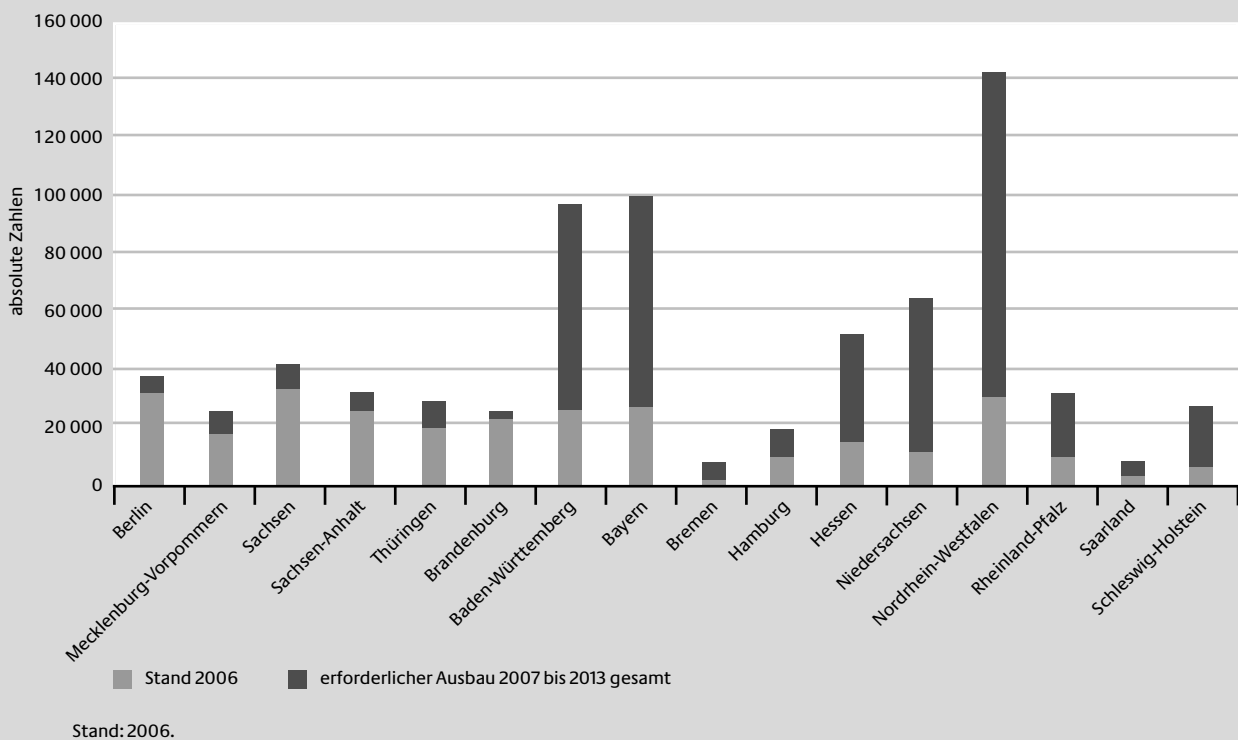
- Der Bund beteiligt sich in den Jahren 2008 bis 2013 mit insgesamt 4 Mrd. € an den Kosten, d. h. er beteiligt sich zu $\frac{1}{3}$ an den Gesamtkosten.
- Nach 2013 beteiligt sich der Bund dauerhaft mit 770 Mio. € p.a. und damit ebenfalls zu $\frac{1}{3}$ an den Betriebskosten der zusätzlichen Plätze.
- Die Länder werden dafür Sorge tragen, dass die Bundesmittel auch tatsächlich und zusätzlich den Kommunen und Trägern zur Verfügung

Abbildung 1: Wie viel vom Ausbauziel 2013 ist bereits erreicht?



Stand: 2006.

Abbildung 2: Wie viele Plätze müssen noch bis 2013 geschaffen werden?



gestellt werden. Die Länder werden ebenfalls die finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die vereinbarten Ziele erreicht werden.

- Ab 2013 erhalten Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige.

Ein Teilbetrag in Höhe von 2,15 Mrd. € der Bundesmittel von insgesamt 4 Mrd. € ist über ein Sondervermögen für Investitionsmaßnahmen vorgesehen. Damit werden Maßnahmen wie etwa Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Ausstattungsinvestitionen auch im Bereich der Tagespflege mit maximal 90 % finanziert. Die Verteilung der Mittel an die Bundesländer sowie die weitere Durchführung regelt eine Verwaltungsvereinbarung. Die Mittelverteilung orientiert sich an der Anzahl der unter dreijährigen Kinder im jeweiligen Bundesland. Über die Mittelverwendung und die Anzahl der damit geschaffenen Plätze berichten die Länder dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend jährlich.

Darüber hinaus stehen in der Ausbauphase 1,85 Mrd. € für eine Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten für neu geschaffene Plätze

zur Verfügung. Die Beteiligung an den Betriebskosten wird über eine entsprechende Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens geregelt.

Die folgende Tabelle 2 (siehe S. 42) gibt einen Überblick über die finanzielle Beteiligung des Bundes von 2008 bis 2013.

Ein Gesetzentwurf zur Errichtung des Sondervermögens ist bereits am 11. Oktober 2007 von den Koalitionsfraktionen in den Deutschen Bundestag eingebracht worden. Ziel ist es, dass das Gesetz noch in diesem Jahr in Kraft tritt. Ein zweites Gesetzespaket mit den erforderlichen Änderungen im Kinder- und Jugendhilferecht zu den Ausbauzielen und dem vereinbarten Rechtsanspruch ab 2013 wird noch in diesem Jahr dem Kabinett zur Entscheidung vorgelegt. In diesem Gesetzespaket werden auch die erforderlichen Änderungen im Finanzausgleichsgesetz zur Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens geregelt. Ziel ist es, dass die gesetzlichen Änderungen bis spätestens 31. Dezember 2008 im Bundesgesetzblatt verkündet werden. Die Verkündung im Gesetzblatt bis Ende 2008 ist auch Voraussetzung für die Fortsetzung des Investitionsprogramms über 2008 hinaus. Denn in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe ist vereinbart

Tabelle 2: Beteiligung des Bundes an den Kosten für den Ausbau in Mio. €

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2008 bis 2013
Investitionskosten	637	637	637	625	625	625	3 786
Beteiligung Bund an Investitionskosten	377	369	362	355	347	340	2 150
Betriebskosten	388	774	1 162	1 549	1 936	2 323	8 132
Beteiligung Bund an Betriebskosten	0	100	200	350	500	700	1 850
Ausbaukosten gesamt	1 025	1 411	1 799	2 174	2 561	2 948	11 918
Beteiligung Bund gesamt	377	469	562	705	847	1 040	4 000
Anteil Bund an Gesamtkosten in %	36,8	33,2	31,2	32,4	33,1	35,3	33,6

worden, dass die Verwaltungsvereinbarung zum 1. Januar 2009 außer Kraft tritt, wenn die erforderlichen Änderungen im Kinder- und Jugendhilferecht sowie im Finanzausgleichsgesetz bis dahin nicht im Gesetzblatt verkündet wurden. Hierdurch ist gewährleistet, dass die gesamte Vereinbarung umgesetzt wird und nicht nur die Vorleistung des Bundes durch die Einrichtung eines Sondervermögens zur Finanzierung des Investitionsprogramms.

4 Fazit

Die Bundesregierung sieht in der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie in der frühen Förderung der Kinder eine herausgehobene gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nach der Einführung des Elterngeldes zum 1. Januar 2007 leistet der Bund deshalb mit dem bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren einen weiteren Beitrag für eine moderne und nachhaltige Familienpolitik. Ziel ist es, bis 2013 mit dann insgesamt 750 000 Plätzen einen Platz im oberen Drittel in Europa bei der Betreuungsquote einzunehmen.

Aus finanzpolitischer Sicht handelt es sich bei der maßgeblichen finanziellen Beteiligung des Bundes um Zukunftsinvestitionen im Sinne eines vorsorgenden Sozialstaates. Die Ausgaben tragen zur Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bei. Zum einen führt eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern zur Erhöhung des Potenzialwachstums einer Volkswirtschaft. Zum anderen werden durch die frühzeitigen Investitionen in die vorschulische Bildung die in späteren Jahren auftretenden Folge- und „Reparaturkosten“ auf dem Arbeitsmarkt verringert.

Um insgesamt ein kinder- und familienfreundlicheres Land zu werden, bedarf es allerdings weiterer Anstrengungen nicht nur der öffentlichen Hand. So sind auch die Unternehmen in der Pflicht, durch ihre Arbeitszeitstrukturen sowie durch Einrichtung von Betriebskindergärten ihren Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu leisten.

Eindämmung der Normenflut im Steuerrecht

1	Einleitung	43
1.1	Ziel	43
1.2	Verwaltungsvorschriften	43
1.3	Ausgangslage	44
2	Bereits umgesetzte Maßnahmen	45
2.1	Umsetzung von BMF-Schreiben in den Ländern über Generalerlasse	45
2.2	Überprüfung der vor dem 1. Januar 1980 ergangenen BMF-Schreiben	45
2.3	Überprüfung der vom 1. Januar 1980 bis 31. Dezember 2004 ergangenen BMF-Schreiben	46
3	Ausblick – Überprüfung der seit dem 1. Januar 2005 ergangenen BMF-Schreiben	47
4	Fazit	47

- „Eindämmung der Normenflut“ im Steuerrecht meint die dauerhafte Reduzierung von Verwaltungsvorschriften.
- Durch die Bestrebungen zur Eindämmung der Normenflut wurden bisher bereits etwa 3 500 Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen mit Wirkung für aktuelle Steuertatbestände aufgehoben.
- Eine im Bundessteuerblatt veröffentlichte Gültigkeitsliste ermöglicht einen Überblick über die jeweils aktuell anzuwendenden Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen.

1 Einleitung

1.1 Ziel

Die Bundesregierung hat mit Kabinettsbeschluss vom 25. April 2006 einen umfassenden Maßnahmenkatalog für längerfristige mittelstandsfreundliche Reformvorhaben verabschiedet, der auch die Eindämmung der Normenflut beinhaltet:

„Das Bundesministerium der Finanzen wird in Abstimmung mit den Ländern den Abbau von Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiet der Besitz- und Verkehrsteuern fortsetzen.“

Ziel ist es, Bürgern, Unternehmen und den Steuerverwaltungen der Länder ein insgesamt verständliches und überschaubares Regelwerk von Verwaltungsvorschriften zur Verfügung zu stellen. Die Zahl und der Bestand der Verwaltungsvor-

schriften sollen daher im Einvernehmen mit den Ländern deutlich und nachhaltig reduziert werden.

Der folgende Beitrag beschreibt die im Jahr 2002 initiierte und nun im Rahmen des Maßnahmenkatalogs zum Bürokratieabbau konsequent weiterverfolgte „Eindämmung der Normenflut“ und stellt den Stand dieser Bestrebungen für den Bereich der steuerlichen Verwaltungsvorschriften dar.

1.2 Verwaltungsvorschriften

Verwaltungsvorschriften sind Weisungen der obersten Behörden des Bundes oder der Länder an ihre nachgeordneten Verwaltungen. Die steuerlichen Verwaltungsvorschriften legen die Rechtsauffassung der Verwaltung zu vom Gesetzgeber in Kraft gesetzten Normen dar. Sie

geben der Finanzverwaltung einen Rahmen für die inhaltliche Ermessensausübung bei der Beurteilung steuerlicher Sachverhalte vor. Verwaltungsvorschriften entfalten so auch mittelbare Wirkung für Bürger und Unternehmen, die von den Entscheidungen der Verwaltung betroffen sind. Die Verwaltungsvorschriften sind zwar für außerhalb der Verwaltung Stehende nicht bindend, legen aber das Verwaltungshandeln offen. Der Steuerpflichtige kann sich daher in gleich gelagerten Fällen unter den Gesichtspunkten Gleichbehandlung und Rechtssicherheit auf die Anwendung einer entsprechenden Verwaltungsvorschrift auch in seinem Fall berufen. Voraussetzung ist allerdings, dass Bürger und Unternehmen – bzw. ihre steuerlichen Berater – die passenden Verwaltungsvorschriften identifiziert und auf Anwendbarkeit im Einzelfall geprüft haben. Eine Reduzierung von Verwaltungsvorschriften hat daher immer auch Auswirkungen für Bürger und Unternehmen.

Für die Gerichte entfalten Verwaltungsvorschriften auf Grund der Gewaltenteilung keine Bindungswirkung.

Ein Teil der Verwaltungsvorschriften sind Schreiben, die das Bundesministerium der Finanzen erlässt (BMF-Schreiben). BMF-Schreiben sind im Einvernehmen mit den Obersten Finanzbehörden der Länder erteilte Weisungen. Sie sollen der Verbesserung und Erleichterung des Vollzugs von Steuergesetzen und dem Ziel der Gleichmäßigkeit der Besteuerung im Bereich der von den Ländern im Auftrag des Bundes verwalteten Steuern dienen.

1.3 Ausgangslage

Den Überlegungen zur Eindämmung der Normenflut lag ein Ausgangswert von über 5000 BMF-Schreiben zu Grunde. Von Anfang an klar war, dass ein Teil dieser BMF-Schreiben bereits keine Rechtswirkung mehr entfalten konnte, da sie z.B. per se bereits auf bestimmte Anwendungszeiträume beschränkt worden sind oder die gesetzliche Regelung, auf die sie sich bezogen, abgeschafft worden ist. Jedoch war eine formale Aufhebung der nicht mehr benötigten BMF-Schreiben bisher nicht erfolgt.

Auch war eine umfassende Bestandsauf-

nahme der BMF-Schreiben bis dato nicht vorgenommen worden, so dass sich Bürger und Unternehmen nur schwerlich einen Überblick darüber verschaffen konnten, welche Regelungen auf welche Weise formal und inhaltlich Rechtswirkung für Verwaltung und Steuerpflichtige entfalten sollten.

Um das Ziel zu erreichen, den Bestand der steuerlichen Regelungen für Bürger, Unternehmen und die Steuerverwaltung zu reduzieren und zu aktualisieren, war die Überprüfung der fachlichen Notwendigkeit jedes einzelnen BMF-Schreibens erforderlich. Nicht mehr benötigte BMF-Schreiben sollten aufgehoben werden.

2 Bereits umgesetzte Maßnahmen

2.1 Umsetzung von BMF-Schreiben in den Ländern über Generalerlasse

Gängige Praxis in den Ländern war, die in den BMF-Schreiben getroffenen Regelungen – teilweise kommentiert, teilweise unkommentiert – nochmals in steuerlichen Verwaltungsvorschriften der Länder umzusetzen. Hintergrund ist, dass nur die obersten Landesfinanzbehörden gegenüber ihren nachgeordneten Finanzämtern weisungsbefugt sind, nicht aber das Bundesministerium der Finanzen.

In Abkehr von dieser ursprünglichen Verwaltungspraxis haben inzwischen alle Länder Generalerlasse bekannt gegeben. Danach sind die im Bundessteuerblatt Teil I zu veröffentlichenden BMF-Schreiben nunmehr unmittelbar anzuwenden.

Soweit die Bereinigung der Weisungslage bei den BMF-Schreiben für Zeiträume vor Bekanntgabe der Generalerlasse erfolgt, führt dies daher implizit auch zu einer Reduzierung des Bestandes an steuerlichen Verwaltungsvorschriften der Länder.

2.2 Überprüfung der vor dem 1. Januar 1980 ergangenen BMF-Schreiben

Der Umfang der zu prüfenden BMF-Schreiben bedingte ein zweistufiges Vorgehen. Anhand einer vom Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) erstellten Prüfliste mit ca. 1000 BMF-Schreiben sind zunächst die vor dem 1. Januar 1980 ergangenen Weisungen untersucht worden. Im Ergebnis sind dann mit BMF-Schreiben vom 7. Juni 2005 – IV C 6 – O 1000 – 86/05 – alle vor dem 1. Januar 1980 ergangenen BMF-Schreiben aufgehoben worden, soweit sie nicht in der dem BMF-Schreiben beigelegten sogenannten Positivliste aufgeführt waren. Diese Positivliste umfasste nur noch 184 nach Ansicht der steuerlichen Fachbereiche von Bund und Ländern weiterhin notwendige BMF-Schreiben. Somit wurden fast 87 % der über 1000 geprüften BMF-Schreiben aufgehoben (siehe Abbildung 1).

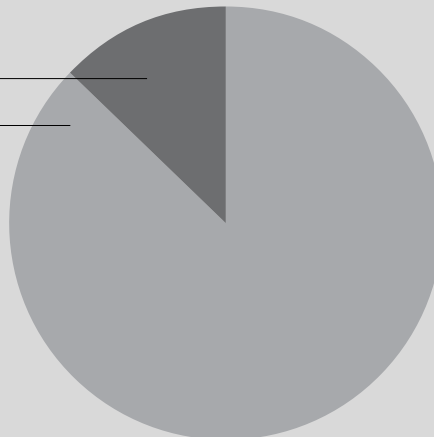
Soweit diese BMF-Schreiben bereits aus anderen Gründen keine Rechtswirkung mehr entfalten, hatte die Aufhebung lediglich deklaratorischen Charakter.

Die vor dem 1. Januar 1980 ergangenen und nicht mehr benötigten BMF-Schreiben wurden mit Wirkung für die Vergangenheit und für die Zukunft aufgehoben, da für sämtliche Steuerfälle aus Veranlagungszeiträumen vor 1980 zwischenzeitlich Festsetzungsverjährung nach den §§ 169 bis 171 der Abgabenordnung eingetreten

Abbildung 1: Überprüfungsergebnis BMF-Schreiben vor dem 1. Januar 1980

BMF-Schreiben in Positivliste (13 %)

aufgehobene BMF-Schreiben (87 %)



war. Somit konnte eine generelle Aufhebung ohne Ansehen, für welche Besteuerungszeiträume die BMF-Schreiben im Einzelnen anzuwenden waren, erfolgen.

2.3 Überprüfung der vom 1. Januar 1980 bis 31. Dezember 2004 ergangenen BMF-Schreiben

In einem zweiten Schritt sind in einem zwischen Bund und Ländern abgestimmten arbeitsteiligen Verfahren, ausgehend von vom BZSt erstellten Prüflisten, ca. 3500 BMF-Schreiben untersucht worden. Im Ergebnis sind dann mit BMF-Schreiben vom 29. März 2007 – IV C 6 – O 1000/07/0018 – alle vom 1. Januar 1980 bis 31. Dezember 2004 ergangenen BMF-Schreiben aufgehoben worden, soweit sie nicht in der dem BMF-Schreiben beigefügten Positivliste aufgeführt waren.

Die Positivliste für diesen Zeitraum umfasst 992 BMF-Schreiben, d.h. von den ca. 3500 geprüften Weisungen wurden fast 72 % aufgehoben (siehe Abbildung 2).

Die im Vergleich zu den vor dem 1. Januar 1980 ergangenen BMF-Schreiben etwas geringere Quote der in diesem Schritt aufgehobenen Verwaltungsvorschriften erklärt sich aus dem aktuelleren Zeitraum, in dem die Weisungen erlassen worden sind. Bei älteren BMF-Schreiben ist die Wahrscheinlichkeit, dass die darin enthaltenen steuerlichen Regelungen keine Wirkung mehr entfalten, tendenziell höher.

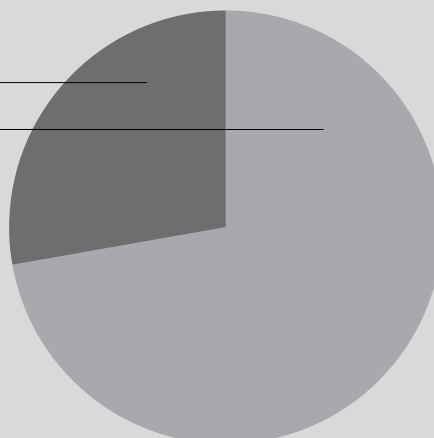
Die BMF-Schreiben sind für Steuertatbestände aufgehoben worden, die ab dem 1. Januar 2005 verwirklicht werden. Dies bedeutet, dass die Regelungen in den aufgehobenen BMF-Schreiben für noch offene Steuerfälle aus Besteuerungszeiträumen vor 2005 weiter anzuwenden sind.

Für einen Teil der BMF-Schreiben hatte die Aufhebung auch hier deklaratorischen Charakter, soweit diese bereits aus anderen Gründen keine Rechtswirkung mehr entfalteten.

Abbildung 2: Überprüfungsergebnis BMF-Schreiben 1. Januar 1980 bis 31. Dezember 2004

BMF-Schreiben in Positivliste (28 %)

aufgehobene BMF-Schreiben (72 %)



3 Ausblick – Überprüfung der seit dem 1. Januar 2005 ergange- nen BMF-Schreiben

Durch die zuvor beschriebenen Maßnahmen wurde der Bestand der vor dem 1. Januar 2005 ergangenen BMF-Schreiben deutlich bereinigt. Vorgesehen und notwendig ist auch eine Prüfung der seit dem 1. Januar 2005 bis zum heutigen Zeitpunkt ca. 340 ergangenen und noch gültigen BMF-Schreiben.

Die Quote der aufzuhebenden BMF-Schreiben wird hierbei naturgemäß aufgrund der Aktualität dieser BMF-Schreiben geringer ausfallen als bei den bisher durchgeführten Bereinigungsmaßnahmen. Dennoch ist auch dieser Schritt notwendig, um für Bürger, Unternehmen und Verwaltung zu einem aktuellen und bereinigten Gesamtbestand zu kommen (siehe Abbildung 3).

4 Fazit

Ein unnötiges Maß an Vorschriften führt zu unnötigen bürokratischen Pflichten der Bürger, der Wirtschaft und der Behörden und führt überdies zu vermeidbaren Kosten. Die Bestrebungen zur Eindämmung der Normenflut betten sich daher nahtlos in das Programm der Bundesregierung zum Bürokratieabbau ein.

Insgesamt betrachtet wurden durch die Bestrebungen zur Eindämmung der Normenflut ca. 75 % der vor dem 1. Januar 2005 ergangenen BMF-Schreiben für ab dem 1. Januar 2005 verwirklichte Steuertatbestände aufgehoben (siehe Abbildung 4, S. 48).

Somit wurde das Ziel einer umfassenden Bestandsbereinigung aller vor dem 1. Januar 2005 ergangenen BMF-Schreiben erreicht. Bürger, Unternehmen und Verwaltung profitieren von dieser Reduzierung der Verwaltungsvorschriften gleichermaßen.

Gemessen an der Gesamtzahl der zu überprüfenden BMF-Schreiben sind damit bereits ca. 93 % der BMF-Schreiben überprüft worden (siehe Abbildung 5, S. 48).

Auch die Finanzverwaltungen der Länder nutzen das bei der Reduzierung von BMF-Schreiben

Abbildung 3: Bestandsentwicklung BMF-Schreiben

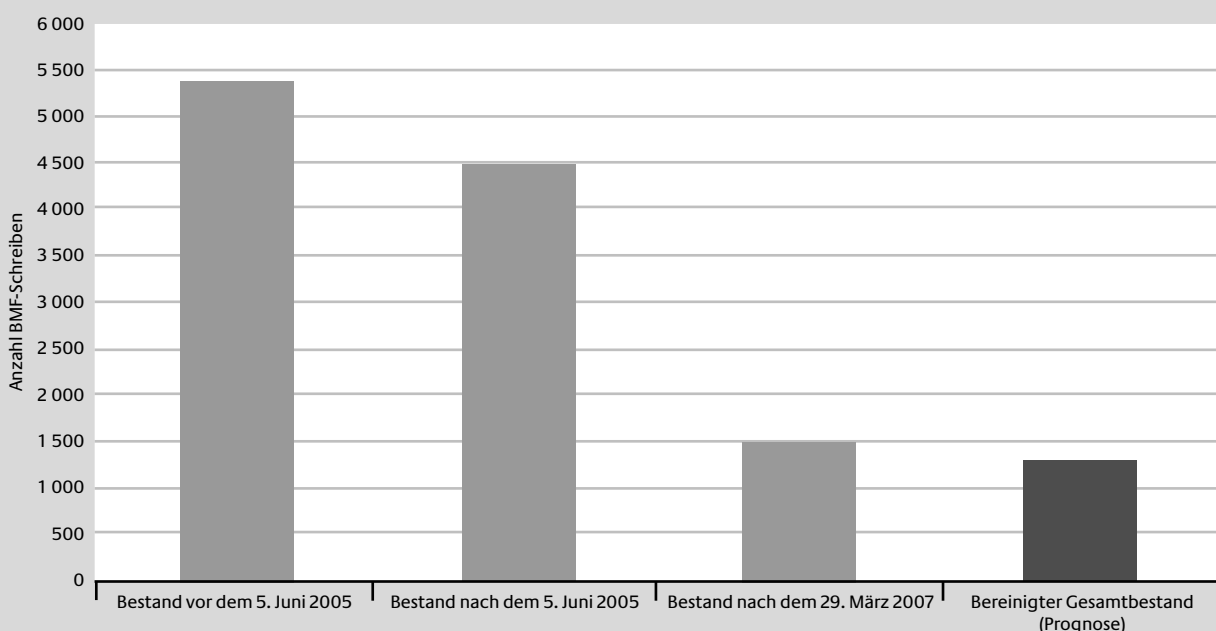


Abbildung 4: Kumuliertes Überprüfungsergebnis BMF-Schreiben vor dem 1. Januar 2005

BMF-Schreiben in Positivliste (25 %)

aufgehobene BMF-Schreiben (75 %)

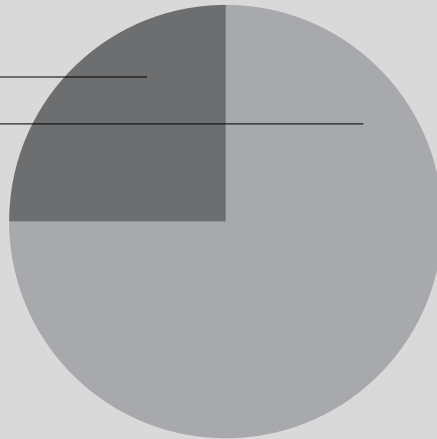


Abbildung 5: Quote der überprüften BMF-Schreiben

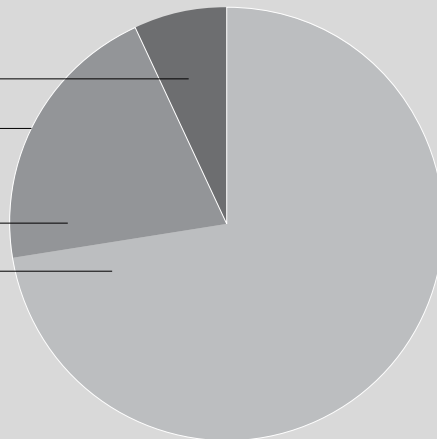
Noch zu prüfende BMF-Schreiben (7 %)

geprüfte BMF-Schreiben (93 %)

darunter:

ergangen vor dem 1. Januar 1980 (21 %)

ergangen vom 1. Januar 1980 bis 31. Dezember 2004 (72 %)



gewonnene Erfahrungspotential zum Abbau von eigenen Verwaltungsvorschriften. Die Rückführung des Umfangs an steuerlichen Verwal-

tungsvorschriften auf ein unverzichtbares Minimum ist damit weiter voran gekommen.

Konferenz „Humanvermögen in Europa: Eine finanzpolitische Herausforderung“ in Berlin

- Die Bildung von Humanvermögen ist von wesentlicher Bedeutung für das Potenzialwachstum einer Volkswirtschaft.
- Im deutschen und europäischen Bildungssystem kann gleichzeitig die Qualität und die Effizienz gesteigert werden.
- Eine qualifikationsorientierte Zuwanderungspolitik kann Humanvermögen für Europa gewinnen.

Die Entwicklung des Humanvermögens entscheidet wesentlich über das Wirtschaftswachstum und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Auf einer gemeinsamen Konferenz des ifo Instituts, des Brüsseler Thinktanks Bruegel und des Bundesministeriums der Finanzen am 18. September 2007 unter dem Titel „Humanvermögen in Europa: Eine finanzpolitische Herausforderung“ wurden Hintergründe und Handlungsempfehlungen für die Politik diskutiert.

In ihrem Grußwort betonte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen, Frau Dr. Barbara Hendricks, dass eine zukunftsfähige Humanvermögenspolitik eine intensive ressortübergreifende Zusammenarbeit erfordere. Sie müsse integraler Bestandteil der Bildungs-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik sowie der Zuwanderungs- und Integrationspolitik sein. Da die Humanvermögenspolitik sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite eine zentrale Determinante der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sei, müsse sie auch stets Gegenstand finanzpolitischer Reformüberlegungen sein.

Prof. Jean Pisani-Ferry (Bruegel) führte in das Tagungsthema ein. Er ging dabei besonders auf die Verteilung und die Wachstumsraten des Humanvermögens verschiedener Wirtschaftszonen ein. So hätten im Gegensatz zu den USA und Japan (mit je 40 %) nur 20 % der europäischen Bevölkerung einen Hochschulabschluss. Insgesamt entfielen damit weniger als 15 % des globalen Humanvermögens (gemessen an Erwach-

senen, die Zugang zu höherer Bildung haben) auf Europa. Gleichzeitig holten viele Schwellenländer schnell auf. Noch habe Europa komparative Wettbewerbsvorteile aufgrund der hohen physischen Kapitalausstattung. Falle die Entwicklung des Humanvermögensbestandes aber noch weiter zurück, dann gefährde dies den künftigen Wohlstand: „In der langen Frist wandere das Kapital dorthin, wo sich der größte Humankapitalstock befindet.“

Der erste Themenblock mit dem Titel „Europas Humanvermögen: Bestand, Dynamik und die Rolle des Staates“ wurde von Prof. Ludger Wößmann (LMU München; ifo Institut) eröffnet. In seinem Beitrag „Mehr Effizienz und Gerechtigkeit in der Bildungspolitik: Warum und wie?“ analysierte Prof. Wößmann die deutsche Bildungspolitik. So zeige beispielsweise der OECD-Ländervergleich, dass die (öffentlichen) Bildungsausgaben in Deutschland im Kindergarten- und Grundschulbereich unter, aber in der Sekundarstufe über OECD-Durchschnitt lägen. Weil die Bildungserträge aber über den Lebenszyklus abnehmen und gleichzeitig die frühe Bildung auch für eine bessere Chancengleichheit entscheidend wäre, sollten Kindergärten und Grundschulbildung stärker gefördert werden. Darüber hinaus betonte Prof. Wößmann, dass sich in empirischen Studien allenfalls ein loser Zusammenhang zwischen Bildungsqualität und Bildungsausgaben feststellen lasse. Er warnte deshalb davor, die bildungspolitischen Herausforderungen auf das Finanzierungsproblem zu

reduzieren. Vielmehr müsse man sich primär darauf konzentrieren, die Bildungsqualität zu verbessern. Hierfür seien bessere Qualitätsanreize für den Lehrkörper ganz entscheidend.

Im Anschluss stellte Prof. André Sapir (FU Brüssel und Bruegel) seine Publikation „Why reform Europe’s Universities?“ vor. Diese Studie analysiert die Forschungsperformance von europäischen Universitäten anhand des Shanghai Rankings. Das Shanghai Ranking ist ein weltweites Hochschulranking, das die universitäre Forschungsleistung misst. Dabei schneiden europäische Universitäten in den Top 50 dramatisch schlechter ab als die US-amerikanischen Universitäten. Auch innerhalb Europas gibt es große Unterschiede. Universitäten in Schweden, Großbritannien und der Schweiz schneiden in Europa deutlich überdurchschnittlich ab. Wie kommen diese unterschiedlichen Ergebnisse zustande? Prof. Sapir wies darauf hin, dass europäische Universitäten in den Bereichen Budget, Stellenbesetzung und Lohnsetzung wenig Autonomie besäßen. Ökonometrische Untersuchungen zeigten aber eine positive Korrelation von Forschungsleistung mit Budget und Autonomie der Mittelverwendung und darüber hinaus eine komplementäre Beziehung von Budget und Autonomie. „Mehr Geld helfe umso mehr, je größer die Autonomie sei.“ Diese Zusammenhänge müssten bei der Reformierung der europäischen Hochschullandschaft berücksichtigt werden.

In der anschließenden Diskussion wurden die Ergebnisse des Shanghai Rankings von Prof. Detlef Müller-Böling (CHE) relativiert, da dieses anglophone Einrichtungen und Forschungsbereiche begünstige. Darüber hinaus wies er auf die extrem gute Finanzausstattung der US-Spitzenuniversitäten hin, so dass die Mittel der Exzellenzinitiative schwerlich ausreichen dürften, den tatsächlich vorhandenen Rückstand gegenüber den USA zu schließen.

„Der globale Wettbewerb um kluge Köpfe“ war der abschließende Themenschwerpunkt. Vor dem Hintergrund des zunehmenden internationalen Wettbewerbs um die besten Köpfe wurden Politikoptionen für eine Einwanderungspolitik für Hochqualifizierte vorgestellt. Prof. Don DeVoretz (Simon Fraser Universität, Kanada; IZA) stellte das kanadische System der Einwanderungssteuerung vor. Ein Punktesys-

tem, das Qualifikation, Berufserfahrung, Alter und Sprachkenntnis des Bewerbers berücksichtigt, bilde das zentrale Steuerungsmittel. Die Erfahrungen Kanadas mit dieser Regelung seien durchweg positiv. Allerdings blieben selbstverständlich viele hoch qualifizierte Einwanderer nicht dauerhaft in Kanada. Denn viele kehren irgendwann in ihr Heimatland zurück. Gleichzeitig sei auch eine nennenswerte Weiterwanderung in die USA zu verzeichnen, die durch die Freizügigkeit zwischen Kanada und den USA begünstigt werde.



Im Anschluss stellte Jakob von Weizsäcker (Bruegel) das Konzept einer europäischen „Blue Card“ für eine europäische Zuwanderungspolitik für Hochqualifizierte vor. Hoch qualifizierte Fachkräfte aus Drittländern bekämen so einen einheitlichen Zugang zu allen europäischen Arbeitsmärkten. Europa könne so besser im internationalen Wettbewerb um die klugen Köpfe bestehen. Für sie sei der mit 27 unterschiedlichen Zuwanderungspolitiken fragmentierte europäische Arbeitsmarkt bisher unattraktiv. Von der „Blue Card“ dürften insbesondere nicht-englischsprachige Länder in der EU, einschließlich Deutschland, profitieren, die sich im Moment besonders schwer täten, die umworbenen Fachkräfte für sich zu gewinnen.

In der abschließenden Podiumsdiskussion wurde das Thema nochmals aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Man kam jedoch übereinstimmend zu dem Schluss, dass Deutschland, gemessen an internationalen Vergleichen, auch im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik zwingend auf einen Mangel an Bildung und Forschung reagieren müsse. Denn nur durch die effiziente Stärkung der Bildungsstrukturen und des Humanvermögens sei langfristig in einer sich international weiter verschärfenden Wettbewerbssituation die Sicherung von Wachstumschancen und der individuellen Teilhabe möglich.

Die EU-Richtlinie zur Besteuerung ausländischer Zinserträge

1	Zielsetzung der Richtlinie	51
2	Zum Verfahren	51
3	Zahlungseingänge aus der Quellensteuer	52
4	Zinsauskünfte	53
5	Schlussbemerkungen	55

- Die Zinsrichtlinie der EU bringt Fortschritte im Kampf gegen die Steuerflucht.
- Die Einnahmen aus der Quellensteuer lagen im Jahre 2006 bei 144,5 Mio. €.
- Die Zinsauskünfte an und aus Deutschland betragen jeweils rund 1,5 Mrd. €.

1 Zielsetzung der Richtlinie

Mit der Einigung der Finanzminister der Europäischen Union auf die EU-Zinsrichtlinie (Richtlinie 2003/48/EG vom 3. Juni 2003) im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen ist dem Kampf gegen die grenzüberschreitende Steuerflucht ein Durchbruch gelungen. Der automatische Informationsaustausch stellt sicher, dass Anleger auch dann Steuern zahlen, wenn sie im Ausland Kapitalerträge erzielen. Die Mitgliedstaaten werden in die Lage versetzt, die Zinserträge ihrer Gebietsansässigen (Bürger mit einem Wohnsitz in ihrem Staat) nach den eigenen nationalen Vorschriften zu besteuern, auch wenn diese Zinserträge in anderen EU-Mitgliedstaaten bzw. ihren abhängigen oder assoziierten Gebieten oder europäischen Drittstaaten erzielen.

2 Zum Verfahren

Die EU-Zinsrichtlinie beinhaltet zwei Verfahrensweisen zur Sicherstellung der Besteuerung der Zinserträge. Der Regelfall sieht einen Informationsaustausch zwischen den beteiligten Staaten vor. Hierbei informieren die EU-Mitgliedstaaten einander über die im Inland angefallenen Zinserträge der Bürger der jeweils anderen Mitgliedstaaten. Aufgrund einer Ausnahmeregelung können einige Staaten anstatt einer Auskunftserteilung einen Quellensteuerabzug mit anteiliger Überweisung der Abzugsbeträge an den Wohnsitzstaat des Zinsempfängers vornehmen.

Alle Mitgliedstaaten der EU wenden ab dem 1. Juli 2005 die Zinsrichtlinie an. 22 Mitgliedstaaten führten zeitgleich den automatischen Auskunftsaustausch ein. Lediglich Belgien, Luxemburg und Österreich machen von der Ausnahmeregelung Gebrauch und erheben eine Quellensteuer auf die Zinseinkünfte der Anleger mit steuerlichem Wohnsitz in anderen Mitgliedstaaten. Von den Einnahmen behält der Quellenstaat 25 % als Ausgleich für seinen Verwaltungsaufwand und überweist 75 % an den Wohnsitzstaat des Steuerpflichtigen. Der Quellensteuersatz beträgt zunächst 15 %, ab dem 1. Juli

2008 erhöht er sich auf 20 % und steigt zum 1. Juli 2011 schließlich auf 35 %.

Die von der EU abhängigen bzw. assoziierten Staaten führten zeitgleich einen automatischen Auskunftsaustausch oder einen Quellensteuerabzug ein, während sich die fünf europäischen Drittstaaten (Andorra, Liechtenstein, Monaco, San Marino und die Schweiz) zur Umsetzung gleichwertiger Maßnahmen analog Belgien, Luxemburg und Österreich verpflichteten.

Die von der zuständigen Behörde im Quellenstaat gesammelten Informationen werden einmal jährlich – binnen sechs Monaten nach Ablauf des Steuerjahres – dem Wohnsitzstaat übermittelt.

Hier ist anzumerken, dass auch aus Staaten, die sich für die Erhebung einer Quellensteuer entschieden haben, auf freiwilliger Basis mit Zustimmung der Zinsempfänger erhebliche Beträge mitgeteilt wurden.

Als Zinszahlungen im Sinne von Artikel 6 der Richtlinie werden im Wesentlichen erfasst:

- gezahlte oder einem Konto gutgeschriebene Zinsen,
- Erträge aus Staatspapieren, Anleihen und Schuldverschreibungen einschließlich der damit verbundenen Prämien und Gewinne,
- bei Abtretung, Rückzahlung oder Einlösung der oben genannten Forderungen aufgelaufene oder kapitalisierte Zinsen (insbesondere Erträge aus sogenannten Nullkupon-Anleihen) und
- Zinsen, die in den Auszahlungen von bestimmten Investmentfonds enthalten sind oder die bei Rückgabe des Fondsanteils realisiert werden.

3 Zahlungseingänge aus der Quellensteuer

Insgesamt wurden für das Steuerjahr 2006 Quellensteuern auf Zinserträge in Höhe von 144,5 Mio. € an Deutschland überwiesen (siehe Tabelle 1, S. 53). Über die Hälfte (75,8 Mio. € bzw. 52,5 %) kam – wie im Vorjahr – aus den EU-Mitgliedstaaten, allein 49,5 Mio. € (entspricht 34,2 %) aus Luxemburg und 23,4 Mio. € (entspricht 16,2 %) aus Österreich.

Mit 62,7 Mio. € (entspricht 43,4 %) entfiel der höchste Anteil des Aufkommens aus den EU-Drittstaaten auf die Schweiz, gefolgt von Liechtenstein mit 4,4 Mio. € bzw. 3,0 %. Die restlichen 0,8 % trugen die abhängigen bzw. assoziierten Gebieten bei, allen voran Jersey mit 0,8 Mio. €.

Gegenüber dem Jahr 2005, für das 38,1 Mio. € vereinnahmt wurden, hat sich die Aufkommensentwicklung im Jahr 2006 deutlich beschleunigt. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Quellensteuer 2005 nur für das 2. Halbjahr erhoben wurde. Das Aufkommen aus der Zinsbesteuerung ist zudem im 1. Halbjahr jeden Jahres wegen des großen Anteils der Zinszahlungen zu Jahresbeginn deutlich höher als im 2. Halbjahr.

**Tabelle 1: Zahlungseingänge Quellensteuer EU-Zinsrichtlinie –
Aufkommen 2005 und 2006**

Land	2005		2006	
	Quellensteuerbetrag in €	Anteil am Gesamt- aufkommen in %	Quellensteuerbetrag in €	Anteil am Gesamt- aufkommen in %
EU-Mitgliedstaaten:	20 891 950	54,8	75 799 590	52,5
Belgien	1 158 274	3,0	2 960 697	2,0
Luxemburg	12 895 938	33,8	49 465 366	34,2
Österreich	6 837 739	17,9	23 373 527	16,2
EU-Drittstaaten:	16 551 020	43,4	67 534 374	46,8
Andorra	23 482	0,1	99 583	0,1
Liechtenstein	1 191 151	3,1	4 398 953	3,0
Monaco	88 803	0,2	331 864	0,2
San Marino	6 794	0,0	15 025	0,0
Schweiz	15 240 791	40,0	62 688 949	43,4
Abhängige bzw. assoziierte Gebiete:	684 218	1,8	1 120 427	0,8
Britische Jungferninseln	47	0,0	69	0,0
Turks- und Caicosinseln	0	0,0	0	0,0
Guernsey	86 913	0,2	318 154	0,2
Jersey	270 179	0,7	802 204	0,6
Isle of Man	327 079	0,9	0	0,0
Niederländische Antillen	0	0,0	0	0,0
insgesamt	38 127 188	100,0	144 454 391	100,0

Quelle: Bundeszentralamt für Steuern.

4 Zinsauskünfte

Die statistische Erfassung der Zinsauskünfte war anfänglich mit technischen Problemen verbunden und hat sich daher verzögert. Auch gegenwärtig liegen für Dänemark, Portugal und die Britischen Jungferninseln noch keine vollständigen und plausiblen Angaben vor (siehe Tabelle 2, S. 54).

Insgesamt wurde ein Aufkommen an Zinsen für das Jahr 2005 in Höhe von rd. 1,5 Mrd. € an Deutschland gemeldet. Davon entfiel mit 96,9 % der größte Anteil auf die EU-Mitgliedstaaten (darunter an der Spitze Luxemburg mit 684 Mio. € und das Vereinigte Königreich mit 461 Mio. €). Aus den EU-Drittstaaten kamen Meldungen in Höhe von 43 Mio. €, davon allein 42 Mio. € aus der Schweiz. Die abhängigen bzw. assoziierten Staaten brachten es auf 3,1 Mio. € (Jersey 1,5 Mio. € und Isle of Man 0,9 Mio. €).

In etwa gleichem Umfang meldete die Bundesrepublik Deutschland Zinseinkünfte an die anderen Staaten. Davon entfielen 99,8 % auf die EU-Mitgliedstaaten und 0,2 % auf die abhängigen bzw. assoziierten Gebiete. Das Vereinigte Königreich (533 Mio. €), Spanien (279 Mio. €), Frankreich (154 Mio. €) und Belgien (134 Mio. €) bilden hier die Spitzenreiter.

Tabelle 2: An Deutschland und durch Deutschland erteilte Zinsauskünfte im Jahr 2006 (Aufkommen 2005)

Land	Zinsauskünfte an Deutschland in €, Summe pro Land	Anteil am Gesamtaufkommen in %	Durch Deutschland erteilte Zinsauskünfte in €, Summe pro Land	Anteil am Gesamtaufkommen in %
EU-Mitgliedstaaten:	1 444 167 361	96,91	1 546 780 561	99,77
Belgien	– ¹	–	133 537 901	8,61
Dänemark (ohne Grönland und die Färöer-Inseln)	– ²	–	7 314 666	0,47
Estland	29 283	0,00	154 855	0,01
Finnland	42 995	0,00	3 973 441	0,26
Frankreich (inklusive der Übersee-Departements: Réunion, Guadeloupe, Martinique, Französisch-Guyana)	44 888 250	3,01	154 227 379	9,95
Griechenland	409 929	0,03	25 587 739	1,65
Irland	29 218 762	1,96	8 177 730	0,53
Italien	49 698 253	3,33	68 431 158	4,41
Lettland	39 193	0,00	818 408	0,05
Litauen	36 281	0,00	639 244	0,04
Luxemburg	683 649 151 ³	45,88	24 827 768	1,60
Malta	49 430	0,00	32 297 771	2,08
Niederlande	13 631 801	0,91	56 707 130	3,66
Österreich	– ¹	–	122 371 502	7,89
Polen	1 865 775	0,13	10 465 536	0,68
Portugal (inklusive Madeira, Azoren)	– ²	–	17 106 537	1,10
Schweden	706 053	0,05	21 323 712	1,38
Slowakei	538 770	0,04	2 450 141	0,16
Slowenien	192 889	0,01	4 689 204	0,30
Spanien (inklusive Kanarische Inseln)	152 567 301	10,24	279 397 374	18,02
Tschechien	839 893	0,06	19 610 862	1,26
Ungarn	3 869 061	0,26	14 620 919	0,94
Vereinigtes Königreich (inklusive Gibraltar)	461 493 939	30,97	532 822 508	34,37
Gibraltar	247 404	0,02	–	–
Zypern (nur griechischer Teil)	152 947	0,01	5 227 076	0,34
EU-Drittstaaten:	43 002 712	2,89	0	0,00
Andorra	– ¹	–	– ¹	–
Liechtenstein	989 967 ³	0,07	– ¹	–
Monaco	177 295 ³	0,01	– ¹	–
San Marino	– ³	–	– ¹	–
Schweiz	41 835 450 ³	2,81	– ¹	–
Abhängige/assoziierte Gebiete:	3 065 980	0,21	3 547 019	0,23
Britische Jungferninseln	– ²	–	20	0,00
Turks- und Caicosinseln	– ³	–	– ¹	–
Guernsey	339 447 ³	0,02	1 512 419	0,10
Jersey	1 547 454 ³	0,10	538 739	0,03
Isle of Man	914 178 ³	0,06	187 283	0,01
Niederländische Antillen	– ³	–	1 305 651	0,08
Anguilla	103	0,00	– ¹	–
Kaiman-Inseln	229 984	0,02	– ¹	–
Montserrat	192	0,00	1 761	0,00
Aruba	34 623	0,00	1 146	0,00
insgesamt	1 490 236 053	100,00	1 550 327 580	100,00

¹ Keine Zinsmeldungen vorgesehen.

² Daten noch unvollständig bzw. nicht plausibel.

³ Zinsmeldungen auf freiwilliger Basis.

Quelle: Bundeszentralamt für Steuern.

5 Schlussbemerkungen

Es ist nicht möglich, aus den Daten zum Informationsaustausch die hieraus resultierenden Steuermehreinnahmen zu ermitteln. Hierzu wäre es notwendig zu wissen, welche Zinserträge kausal erst aufgrund des Informationsaustausches gemäß der Zinsrichtlinie bekannt geworden sind. Wenn man hieran den Erfolg der Zinsrichtlinie messen wollte, müsste von den Finanzämtern getrennt ermittelt werden, welche im Ausland erzielten Kapitalerträge bereits „freiwillig“ erklärt wurden und welche Kapitalerträge erst aufgrund der Erkenntnisse aus dem Informationsaustausch der Veranlagung zu Grunde gelegt werden konnten. Derartige Aufzeichnungspflichten existieren nicht und eine Abgrenzung wäre im Einzelfall schwierig.

Auf europäischer Ebene wird bereits an der Fortentwicklung der Zinsrichtlinie gearbeitet. Dies soll nicht nur eine europaweit einheitliche Handhabung und Auslegung sicherstellen, sondern dient vor allem der Schließung von möglichen Schlupflöchern. Erörtert wird dabei unter anderem, wie man Umgehungen durch Zwi-

schenschaltungen von Offshore-Gesellschaften, Trustkonstruktionen oder sonstigen Rechtsformen verhindern kann oder inwieweit innovative Finanzprodukte einzubeziehen sind, die keinen klassischen Zins generieren, aber gleichwohl einen bestimmten Ertrag garantieren. Daneben hat die EU-Kommission entsprechend dem Beschluss des Rates vom 12. Oktober 2006 zur Erweiterung des räumlichen Anwendungsbereichs der Zinsrichtlinie Sondierungsgespräche mit Singapur, Hongkong und Macao aufgenommen. Um gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen für Finanzmittler mit anderen wichtigen Finanzplätzen zu schaffen, sollen weltweit Vereinbarungen abgeschlossen werden, die den in der EU bestehenden gleichwertig sind. Schnelle Lösungen sind insgesamt nicht zu erwarten, da mit allen beteiligten Staaten und Gebieten eine einvernehmliche Einigung erzielt werden muss. Dies zeigt jedoch zugleich, welch großen Fortschritt die Zinsrichtlinie darstellt, denn sie ist das Ergebnis eines langjährigen politischen Ringens mit Staaten und Gebieten, die sich bislang in Besteuerungsfragen nur wenig kooperativ gezeigt haben.



Geldtransfers von Migranten in ihre Heimatländer – Remittances –

1	Einleitung	57
2	Definition, Umfang und Entwicklung der Migrantentransfers	59
3	Die entwicklungspolitische Bedeutung von Transfer-Zahlungen	61
4	Wege zur Verminderung der Transferkosten	63
5	Zugang zu Finanzdienstleistungen	65
6	Nationale Programme und Initiativen	67
7	Ausblick und weiteres Vorgehen	69

- Geldtransfers von Migranten (Remittances) sind in den letzten Jahren stark gestiegen und stellen inzwischen den größten Kapitalzufluss für Entwicklungsländer dar – größer als alle Entwicklungshilfezahlungen zusammen.
- Migrantentransfers mildern die Folgen der Abwanderung der Leistungselite aus ihren Heimatländern und erreichen dort die wahren Bedürftigen.
- Die G8 haben die entwicklungspolitische Bedeutung der Migrantentransfers erkannt und wollen bei einer Tagung Ende November in Berlin eine Bestandsaufnahme der eingeleiteten multilateralen und nationalen Initiativen durchführen. Dabei sind die Sicherstellung günstiger Transferwege, höhere Transparenz der Überweisungsmöglichkeiten, aber auch die Identifizierung innovativer Überweisungswege die primären Ziele für die Teilnehmer.

1 Einleitung

Vom 28. bis 30. November 2007 findet in Berlin ein von der deutschen G8-Präsidentschaft organisiertes hochrangiges Treffen zum Thema Remittances statt. Bereits auf ihrem Gipfeltreffen in Heiligendamm im Juni 2007 hatten sich die Staats- und Regierungschefs der G8 auf einen gemeinsamen Austausch zum Thema Remittances verständigt. Unter Remittances versteht man Geldtransfers von Migranten an Angehörige in ihren Heimatländern. Auf dem Treffen in Berlin sollen nun Fragen zur Erfassung dieser Geldtransfers, der Reduzierung der Transferkosten oder die Möglichkeiten eines verbesserten Marktzugangs von Auftraggebern und Empfängern dieser Zahlungen erörtert werden. Das hochrangige Treffen in Berlin baut auf die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs

der G8 auf, die sich in Sea Island (USA) im Jahre 2004 erstmals mit dem Thema „Remittances and Development“ beschäftigt haben. Dort wurde ein Aktionsplan verabschiedet, der konkrete Selbstverpflichtungen der G8-Staaten enthielt und multilaterale Initiativen anstoßen sollte (vgl. den folgenden Auszug aus dem G8-Aktionsplan, S. 58). In Berlin wird eine Bestandsaufnahme erfolgen. Wie weit konnten die multilateralen Initiativen vorangetrieben werden? Was ist aus den angekündigten Aktionsprogrammen einzelner Länder geworden? Gibt es neue Initiativen und Entwicklungen? Soll es zusätzliche Maßnahmen geben?

Auszug aus dem G8-Aktionsplan: Die Stärke des Unternehmertums zur Armutsbekämpfung einsetzen

(Sea Island, 9. Juni 2004)

Erleichterung von Überweisungen mit dem Ziel, Familien und Kleinunternehmen zu helfen

Der Strom von Überweisungen über internationale Grenzen – meist jeweils nicht mehr als einige hundert Dollar – wächst rasch an und beläuft sich inzwischen auf nahezu 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr. Diese Gelder sind die Früchte der Arbeit von Einwanderern und spielen eine zunehmende Rolle bei der Finanzierung der Entwicklung in den Heimatländern der betreffenden Arbeiter. Überweisungen können daher bei den Entwicklungsbemühungen des Privatsektors eine Schlüsselrolle spielen, indem sie es Familien ermöglichen, das erforderliche Kapital für Bildung, Wohnen und die Gründung und Erweiterung von Kleinunternehmen u. Ä. zu erhalten. Die Transaktionskosten können jedoch hoch sein – bis zu 10 % oder 15 % auch bei Überweisungen in große, urbane Märkte. Die Lenkung von Überweisungsströmen in formelle Kanäle kann die Finanzsysteme in Entwicklungsländern stärken und das Risiko verringern, dass Überweisungen für unerlaubte Zwecke abgezweigt werden. Die G8-Staaten werden mit der Weltbank, dem IWF und anderen Gremien zusammenarbeiten, um die Erhebung von Daten über Überweisungsströme zu verbessern und Standards für die Datenerhebung sowohl in den Ursprungs- als auch den Empfängerländern zu entwickeln. Die G8-Staaten werden sich ferner an die Spitze internationaler Bemühungen mit dem Ziel setzen, die Überweisungskosten zu verringern. Der Einfluss dieser Überweisungsströme auf die Entwicklungspolitik kann durch die Vermehrung der finanziellen Optionen für die Empfänger dieser Überweisungen noch verstärkt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir gemeinsam mit den Entwicklungsländern Maßnahmen im Bereich der Überweisungen treffen, u. a. durch Pilotpartnerschaften und -programme. Die G8-Programme, die im Anhang aufgeführt sind, sowie weitere ins Auge gefasste Maßnahmen zielen auf Folgendes ab:

1. Den Menschen in den Ursprungs- und Empfängerländern soll es leichter gemacht werden, finanzielle Transaktionen durch formelle Finanzsysteme zu tätigen, indem ihnen gegebenenfalls Zugang zu einschlägigen Aufklärungsprogrammen gewährt wird und in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor Umfang und Reichweite dieser Dienstleistungen erweitert werden.
2. Verringerung der Überweisungskosten durch die Förderung von Wettbewerb, den Einsatz innovativer Zahlungsinstrumente und die Verbesserung des Zugangs zu formellen Finanzsystemen in den Ursprungs- und Empfängerländern. In einigen Fällen sind die Überweisungskosten zwischen Ursprungs- und Empfängerländern um bis zu 50 % oder mehr gesunken. Die G8-Staaten sind der Auffassung, dass sich auch in anderen Ländern hohe Kosten in ähnlichem Umfang reduzieren ließen.
3. Förderung der Kohärenz und Koordinierung zwischen internationalen Organisationen, die an der Verbesserung von Überweisungsdienstleistungen arbeiten, und Erhöhung der Wirkung von Überweisungen in Entwicklungsländer auf die Entwicklungspolitik.
4. Ermutigung der Zusammenarbeit zwischen Bereitstellern von Überweisungsdienstleistungen und örtlichen Finanzinstitutionen, darunter Mikrofinanzinstitutionen (MFI) und Kreditgenossenschaften, in einer Weise, die die örtlichen Finanzmärkte stärkt und den Zugang der Empfänger zu Finanzdienstleistungen verbessert.

5. Soweit angebracht, Förderung der Schaffung von marktorientierten örtlichen Entwicklungsfonds und Kreditgenossenschaften, die Familien, die Überweisungsempfänger sind, mehr Optionen und Anreize für die produktive Investition von Überweisungsgeldern bieten.
6. Förderung des Dialogs mit Regierungen, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor, mit dem Ziel, konkrete infrastrukturelle und regulative Hemmnisse zu beseitigen. So sollten Regierungen den diskriminierungsfreien Zugang zu Zahlungssystemen für den Privatsektor auf der Grundlage strikter Überwachungsstandards gewährleisten und bei der Modernisierung der allgemeinen Finanzinfrastruktur zusammenarbeiten.

2 Definition, Umfang und Entwicklung der Migrantentransfers

Remittances ist der englische Fachausdruck für Geldtransfers von Migranten an Empfänger in ihre Heimatländer. Im folgenden Artikel wird durchgängig der Begriff Migrantentransfers verwendet. Charakteristisch für solche Transfers ist, dass sie zwischen Personen, die zumeist Angehörige oder Freunde sind, ohne eine Gegenleistung oder ein Grundgeschäft getätigt werden.

Migrantentransfers sind kein neues Phänomen. Sie existieren seitdem Menschen im Ausland arbeiten und einen Teil des Arbeitsentgelts an Angehörige in ihren Heimatländern schnell und sicher überweisen wollen. Für diese Überweisungen werden seit Generationen der Zahlungsverkehr der Banken sowie weltweit funktionierende informelle oder sogar illegale Geldübertragungssysteme („underground banking“) genutzt.

Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung interessiert sich erst seit wenigen Jahren für das Thema Migrantentransfers. Lange Zeit wurde die ökonomische und entwicklungspolitische Bedeutung kaum beachtet, da die individuellen Überweisungen in der Regel nur aus geringen Geldbeträgen bestehen. Verglichen mit den

Größenordnungen von Entwicklungshilfezahlungen, Direktinvestitionen oder internationalen Krediten erscheinen die Beträge der einzelnen Transfers tatsächlich unerheblich. Kumuliert man allerdings alle Zahlungen, die in ein Land fließen, so ist nach Schätzungen der Weltbank insbesondere in vielen Entwicklungsländern die Gesamtsumme der Migrantentransfers oftmals höher als die der Direktinvestitionen oder der gesamten Entwicklungshilfezahlungen.² Insgesamt betrugen nach Angaben der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Transfers von Migranten in ihre Heimatländer im Jahre 2005 mehr als 232 Mrd. US-Dollar. Davon entfielen 167 Mrd. US-Dollar allein auf die Entwicklungsländer, was für diese Gruppe nahezu einer Verdopplung innerhalb von fünf Jahren (2000 waren es rund 86,6 Mrd. US-Dollar) entspricht.

Die Phänomene Migration und Migrantentransfers sind eng miteinander verknüpft. Denn die in den letzten Jahren zu beobachtende Dynamik der Transfers kann vor allem auf den starken Anstieg der weltweiten Wanderungsbewegungen zurückgeführt werden.³ Mit dem Anstieg der im Ausland arbeitenden Menschen steigt auch das Volumen der Transfers in ihre Heimatländer. Dieser Zusammenhang soll am Beispiel der Philippinen belegt werden. Im Jahre 1974 betrugen dort die Rücküberweisungen von im Ausland lebenden Philippinos 103 Mio. US-Dollar. 30 Jahre

¹ Vgl. hierzu „Der Missbrauch des Finanzsystems durch „Underground Banking“, Monatsbericht des BMF, Oktober 2004, S. 77 ff.

² Global Economic Prospects 2006: Economic Implications of Remittances and Migration, World Bank.

³ Nach Angaben der Weltbank ist der Anteil der Migranten an der Gesamtbevölkerung im Zeitraum 1970 bis 2000 um mehr als 30 % gestiegen.

später waren es mehr als 7 Mrd. US-Dollar pro Jahr. Gleichzeitig ist in diesem Zeitraum die Zahl der Auswanderer kontinuierlich gestiegen. Auch für die Zukunft kann damit gerechnet werden, dass die Migrantentransfers zunehmen, denn allein im laufenden Jahrzehnt haben jährlich mehr als 800 000 Menschen mit dem Ziel, im Ausland zu arbeiten, die Philippinen verlassen.⁴

Trotz der scheinbaren Exaktheit der Zahlenangaben über die Höhe und die Dynamik der Transfers darf nicht übersehen werden, dass es sich bei diesen Zahlen um Schätzungen handelt und die der Schätzung zugrunde liegenden Daten zudem äußerst bruchstückhaft sind. Die Erfassung von Migrantentransfers erfolgt mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Methoden, die eine Addition oder einen Vergleich länderspezifischer Daten nur unter erheblichen Vorbehalten möglich machen. So greifen einige Staaten auf Bankdaten zurück, andere hingegen schätzen das Volumen auf der Basis von Haushaltsbefragungen oder Arbeitsmarktstatistiken. Generell wird die Erfassung durch Abgrenzungsprobleme erschwert. So ist ohne Kenntnis des Verwendungszwecks und des Grundgeschäfts eine klare Einstufung einer grenzüberschreitenden Geldübertragung als Migrantentransfers nicht möglich. Denn bei geringfügigen Überweisungen muss es sich nicht zwangsläufig um Zahlungen an Angehörige im Herkunftsland handeln, es können auch Zahlungen für getätigte Käufe, Gehaltszahlungen ins Ausland oder Ähnliches sein. Auch sind in einigen Ländern die Meldeschwellen für grenzüberschreitende Geldübertragungen so hoch, dass Migrantentransfers, die in der Regel geringe Zahlungen darstellen, nicht erfasst werden.⁵ Die Weltbank stellte in einer Publikation im Jahre 2006 heraus, dass weltweit nur 28 Länder im Rahmen der Zahlungsbilanzstatistik die Daten in der von Internationalem Währungsfonds und

Weltbank erwünschten Art und Weise erheben.⁴⁷ Länder nutzen andere Methoden und die Zahlungsbilanzen von 87 Ländern enthalten keine Aussage über die Höhe der Migrantentransfers.⁶

Angesichts der unbefriedigenden Erfassungssituation gibt es Ansätze, Transferströme zu schätzen. Hierzu wird zum Beispiel in einer gegenwärtig für die EU-Kommission durchgeführten Studie versucht, über die Zahl der Migranten, ihre Herkunftsländer und ihren Beschäftigungsstand Schlüsse über das Volumen und die Richtung der Transferströme zu ziehen. Auch die für Deutschland zur Verfügung stehenden Daten sind abgeleitete Zahlen, die auf Schätzungen und nicht auf tatsächlichen Zahlungen beruhen. Eine Berichtspflicht an die Deutsche Bundesbank gibt es erst bei grenzüberschreitenden Zahlungen von mehr als 12 500 €. Dies ist allerdings eine Höhe, die von Migrantentransfers nur in seltenen Fällen erreicht wird. Daher versucht die Deutsche Bundesbank, die Volumina dieser Transfers auf der Grundlage von Zahlen ausländischer Beschäftigter und Meldungen ausgewählter Banken, insbesondere Zweigstellen ausländischer Banken, zu schätzen. Neben den Erfassungsproblemen der Transfers, die mittels Banküberweisungen oder Geldüberweisungsdienste getätigt werden, existieren Geldströme, die auf informellem Weg fließen und überhaupt nicht erfasst werden. Man nimmt an, dass ihr Volumen mindestens 50 % der über lizenzierte Banken oder Finanzdienstleistungsinstitute abgewickelten Finanzströme beträgt.⁷

Die G8-Staaten haben angesichts der unbefriedigenden Datenbasis 2004 auf dem Wirtschaftsgipfel auf Sea Island den Beschluss gefasst, gemeinsam mit Weltbank, IWF und anderen Organisationen die Erfassung der Migrantentransfers zu verbessern und entsprechende Standards für die Datenerfassung zu erarbeiten.⁸

⁴ Vgl.: I.F. Bagasao, Economic Resource Center for Overseas Filipinos, „The Experience of the Philippines“, vorgestellt auf der International Conference on Migrant Remittances, 9. bis 10. Oktober 2003 in London.

⁵ Vgl; Informationen des IWF zu Remittances Statistics, Stand: 28. März 2007 (<http://www.imf.org/external/np/sta/bop/remitt.htm>).

⁶ Eine ausführliche Beschreibung der Erhebungsprobleme findet sich im Bericht der Weltbank „Global Economic Prospects 2006“, im Annex 4A.1 „World Bank data on Remittances“ zum Kapitel „Trends, Determinants and Macroeconomic Effects of Remittances“.

⁷ Vgl. Dilip Ratha: „Remittances: A Lifeline for Development“ in Finance and Development – A quarterly magazine of the IMF, Vol. 42, Nr. 4, Dezember 2005.

⁸ „G8 countries will work with the World Bank, IMF, and other bodies to improve data on remittance flows and to develop standards for data collection in both sending and receiving countries.“ G8 action plan: applying the power of entrepreneurship to the eradication of poverty (Sea Island, 9 June 2004).

Hierzu wurde eine internationale Arbeitsgruppe, die sogenannte Luxembourg Group, geschaffen, die entsprechende Vorschläge erarbeiten soll. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe sollen auf dem bevorstehenden hochrangigen Treffen zu Migrantentransfers in Berlin vorgestellt werden. Ein Vorschlag der Arbeitsgruppe ist die Abkehr von dem bislang gebrauchten Konzept der „workers remittances“. Die Luxembourg Group schlägt vor, dieses Konzept aufgrund verschiedener Schwächen durch ein Konzept der „personal transfers“ zu ersetzen. Hierunter sollen alle grenzüberschreitenden Zahlungen zwischen Haushalten verstanden werden, die ohne das Verlangen einer direkten Gegenleistung geleistet werden.



3 Die entwicklungspolitische Bedeutung von Transfer-Zahlungen

Angesichts der beeindruckenden Größenordnung der Transfers liegt die Frage nach der entwicklungspolitischen Bedeutung auf der Hand. Dabei interessiert insbesondere, welchen Beitrag diese Zahlungen zur Armutsbekämpfung und zur wirtschaftlichen Entwicklung der Empfängerländer leisten. Aber auch die Frage nach dem mit den Kapitalzuflüssen verbundenen Risiken muss erlaubt sein. Können die milliardenhohen Geldströme Finanzkrisen auslösen oder verstärken? Welchen Einfluss haben die Kapitalzuflüsse auf den Wechselkurs und damit auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Empfängerlandes? Zudem ist zu berücksichtigen, dass Migrantentransfers auch Ausdruck eines „brain drain“ aus den Entwicklungsländern sein können.

Eine Vielzahl von Studien insbesondere der Weltbank zeigen, dass Transfers von Migranten in ihre Heimatländer einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum und zur makroökonomischen Stabilität leisten. Auch fördern sie die Herausbildung eines Unternehmertums. Zudem haben diese Transfers positive Wirkungen auf die Armutsreduzierung und Linderung sozialer Ungleichheit. Transfers von Migranten an ihre Angehörigen erreichen die wahren Bedürftigen, führen zu mehr Ersparnissen, einer besseren Gesundheitsversorgung, einer besseren Ausbildung der Kinder und geben den Empfängern die Möglichkeit, besser mit ökonomischen Schocks fertig zu werden.

Die Bevölkerungsschichten, denen die Migrantentransfers zugutekommen, sind jedoch nicht immer die gleichen, sondern unterscheiden sich von Land zu Land. So kommt eine Studie der Weltbank zu dem Ergebnis, dass in Ländern wie Mexiko, El Salvador und Paraguay in erster Linie die ärmsten Teile der Bevölkerung von Transfers profitieren, während in anderen Ländern wie Nicaragua, Peru und Haiti dies eher die Mittelklasse ist. Die meisten Migranten aus Mexiko und Zentralamerika stammen aus ärmeren Bevölkerungsschichten, wohingegen die Migranten aus der Karibik und Südamerika in der Regel ein überdurchschnittliches Bildungsniveau im Vergleich

mit der sonstigen Bevölkerung ihrer Herkunftsländer aufweisen.⁹ Aussagen zur Armutsreduzierung durch Migrantentransfers können daher je nach Land unterschiedlich ausfallen. Sie hängen nicht nur von der Anzahl der Migranten und der Höhe ihrer Transfers, sondern eben auch von der sozialen Struktur der Empfänger- bzw. der Migrantengruppe ab.

Makroökonomisch betrachtet sind Migrantentransfers Zahlungen vom Ausland ins Inland und damit Kapitalzuflüsse, die Wirkungen auf die Zahlungsbilanz und den Wechselkurs haben. In einigen Ländern mit einem hohen Anteil von im Ausland arbeitenden Bürgen machen die Migrantentransfers durch Migranten einen erheblichen Anteil an den gesamten Kapitalzuflüssen aus. Je nach Größenordnung der empfangenen Transferzahlungen bleiben Effekte auf den Wechselkurs der Währung des Empfängerlandes nicht aus. Die erhöhte Nachfrage nach heimischer Währung führt zu einer Aufwertung, die eine verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft nach sich zieht. Die Exporterlöse werden aufgrund des gestiegenen Wechselkurses geringer, die Importe hingegen werden auf dem heimischen Markt günstiger und machen es der inländischen Wirtschaft ebenfalls schwieriger, im Wettbewerb zu bestehen. In Anlehnung an den in den Niederlanden in den 60er Jahren zu beobachtenden Wettbewerbsverlust aufgrund der Aufwertung des holländischen Guldens durch die hohen Deviseneinnahmen infolge von plötzlich einsetzenden Rohstoffexporten wird ein solcher Effekt auch als „Holländische Krankheit“ („dutch disease“) bezeichnet.

Eine plötzliche starke Verminderung von Kapitalzuflüssen kann Finanzkrisen auslösen, wie auch die asiatische Finanzkrise 1997 gezeigt hat, als private Kapitalzuflüsse von einem Tag auf den anderen deutlich zurückgingen. Auslöser für die Finanzkrise waren aber nicht ausbleibende Transferzahlungen, die einen völlig anderen Charakter als die zu Investitions- oder Anlagezwecken häufig kurzfristig disponierten Transfers an den Finanzmärkten haben. Die bisherige Beobachtung der Migrantentransfers

zeigt, dass diese Gefahr zwar bei einigen wenigen Empfängerländern mit hohen Transferzuflüssen potenziell besteht, aber das plötzliche Ausbleiben von Transfers eher unwahrscheinlich ist. Im Gegensatz zu Finanz- und Investitionsströmen sind Migrantentransfers interpersonelle Zahlungen, die unter Fürsorge- und nicht unter Rendite-Gesichtspunkten geleistet werden. Zudem sind es in der Höhe geringe Einzelzahlungen, die völlig unabhängig voneinander geleistet werden. Durch diese Charakteristika können Migrantentransfers eine stabilisierende Wirkung haben. Die im Ausland lebenden Migranten wollen gerade in Krisensituationen ihre Familienangehörigen durch Geldtransfers unterstützen und stellen diese in der Regel nicht ein, sondern erhöhen sie vielmehr. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die BIZ, davon spricht, dass Migrantentransfers für viele Länder die stabilste Herkunftsquelle ausländischen Kapitals sind.

Zur Relativierung der positiven Wirkungen der Migrantentransfers wird vorgebracht, dass diese Folgen einer Abwanderung sind, die mit negativen Begleiterscheinungen für die betroffenen Länder verbunden sind. Hierzu gehört der sogenannte „brain drain“, unter dem man den Verlust der gut ausgebildeten Elite des Landes versteht, die ins Ausland abwandert, weil sie dort höhere Einkommen erzielen kann, und dann keinen direkten Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ihres Landes mehr leisten kann. Für einige Länder kann dieser „brain drain“ eine ernst zu nehmende Größenordnung haben. So arbeiten nach Angaben der Weltbank rund 30 % aller Arbeitskräfte der karibischen Inseln nicht mehr in ihren Heimatländern. Und: Über 80 % aller Hochschulabsolventen, die in Haiti und Jamaika geboren wurden, leben nun im Ausland, überwiegend in den Vereinigten Staaten. Diese mobile Leistungselite vergrößert somit unwillentlich die Kluft zwischen reichen und armen Ländern, indem sie ihre Arbeitsleistung in den Industrieländern zur Verfügung stellt und damit nicht mehr zum wirtschaftlichen Aufholprozess ihrer relativ armen

⁹ Vgl. Pablo Fajnzylber and J. Humberto López: „Close to Home – The Development Impact of Remittances in Latin America“, Worldbank, 2007.

Herkunftsländer beiträgt. Das Arbeitskräftepotenzial ihrer Heimatländer wird durch den Wegzug von Arbeitskräften gemindert und die Wirtschaftsleistung fällt geringer aus, da der Produktionsfaktor Arbeit knapper geworden ist. So wichtig diese Diskussion ist, darf nicht übersehen werden, dass Phänomene wie „brain drain“ und ein geringeres Arbeitskräftepotenzial zwar im Zusammenhang mit Migrantentransfers gesehen werden müssen, aber nicht durch diese begründet werden. Es ist die Migration, die negative Folgewirkungen für die Heimatländer hat. Die Migrantentransfers der Auswanderer mildern dagegen die negativen Auswirkungen der Abwanderung. Sie verursachen diese nicht. Oftmals können die Gewinne durch die Migrantentransfers sogar größer als die Verluste durch Abwanderung sein, sofern die Produktivität im Ausland höher ist. Dann profitieren sowohl Empfänger- als auch Senderländer von der Abwanderung.

Die G8 haben in Sea Island dazu aufgerufen, die positive entwicklungspolitische Wirkung der Transfers zu unterstreichen und die Koordination und Kohärenz der Aktivitäten der internationalen Organisationen in diesem Bereich zu fördern. Auf dem hochrangigen Treffen in Berlin wird daher die Frage diskutiert, inwieweit die Bewertungen der Transfers aus entwicklungspolitischer Sicht differieren, ob es eine kohärente Politik der internationalen Organisationen im Bereich Migrantentransfers gibt und wie Empfängerländer, insbesondere die afrikanischen, die Aktivitäten der Sendeländer im Bereich der Migrantentransfers bewerten.

0,0	3.516	10,5	3.030	9,1
0,0	3.516	10,5	3.181	9,2
0,0	3.730	10,8	3.362	9,5
0,0	3.920	11,1	3.519	9,6
0,0	3.254	8,9	3.535	9,3
0,0	2.492	9,2		9,3

4 Wege zur Verminderung der Transferkosten

Sieht man Migrantentransfers als eine positive und förderungswürdige Folge der weltweiten Migration an, stellt sich die Frage, welche Instrumente zu ihrer Förderung geeignet sind bzw. welche Hindernisse ihnen entgegenstehen und wie diese abgebaut werden können. Die G8 haben zur Förderung der Geldübertragungen die Wichtigkeit der Absenkung der Transferkosten betont. Die Überweisungsgebühren liegen häufig über 10 %, oftmals sogar über 20 % des zu transferierenden Betrages. Neben direkten Überweisungsgebühren, die der Sender zu tragen hat, kommen oftmals noch Gebühren für den Umtausch in die heimische Währung und Gebühren für den Empfänger hinzu, besonders dann, wenn dieser schnell über das Geld verfügen möchte. Diese Gebühren schmälern den Transferbetrag daher zum Teil erheblich und verringern damit auch seinen entwicklungspolitischen Beitrag.

Viele Migranten haben aus verschiedenen Gründen keinen Zugang zum formellen Finanzsektor und sind nicht in der Lage, auf diesem Wege Überweisungen zu senden bzw. zu empfangen. Ein wesentliches Anliegen der G8 war es deshalb, neben der Senkung der Transfergebühren den Zugang zu Finanzdienstleistungen sowohl für Sender als auch für Empfänger zu verbessern. Neben einer Reihe von bilateralen Initiativen wurde eine multilaterale Arbeitsgruppe geschaffen, die Grundsätze für die internationalen Geldüberweisungsdienste entwickeln sollte. Diese Arbeitsgruppe besteht aus Experten der Sende- und Empfängerländer sowie der internationalen Organisationen und wurde gemeinsam von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und der Weltbank geleitet. Anfang 2007 legte die Arbeitsgruppe ihren Bericht vor, der allgemeine Grundsätze enthält, deren Befolgung zu einer Senkung der Transferkosten führen soll. Die Arbeitsgruppe betont, dass ihre Grundsätze als Leitlinien und weniger als Vorschriften zu verstehen sind. In der Tat sind die Grundsätze eher allgemein gehalten, betonen die Bedeutung der richtigen Rahmenbedingungen und bieten wenig Anlass für Kontroversen.

Die allgemeine Grundsätze und damit verbundene Aufgabenzuweisungen

Diese allgemeinen Grundsätze zielen darauf, für sichere und effiziente internationale Überweisungsdienstleistungen zu sorgen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Märkte für Überweisungsdienstleistungen widerstandsfähig, transparent, offen und stabil sein.

Transparenz und Verbraucherschutz – Allgemeiner Grundsatz

1. Der Markt für Überweisungsdienstleistungen sollte transparent sein und einen angemessenen Verbraucherschutz bieten.

Infrastruktur des Zahlungssystems – Allgemeiner Grundsatz

2. Verbesserungen der Zahlungssysteminfrastruktur, die das Potenzial haben, die Effizienz der Überweisungsdienstleistungen zu erhöhen, sollten gefördert werden.

Rechtliches und regulatives Umfeld – Allgemeiner Grundsatz

3. Überweisungsdienstleistungen sollten in den jeweiligen Rechtsordnungen auf einen soliden, berechenbaren, diskriminierungsfreien und angemessenen rechtlichen und regulativen Rahmen gestützt sein.

Marktstruktur und Wettbewerb – Allgemeiner Grundsatz

4. Im Bereich für Überweisungsdienstleistungen sollten wettbewerbsfähige Marktbedingungen gefördert werden, einschließlich eines angemessenen Zugangs zu innerstaatlichen Zahlungsinfrastrukturen.

Governance und Risikomanagement – Allgemeiner Grundsatz

5. Überweisungsdienstleistungen sollten zweckmäßige Lenkungsformen (Governance) und Risikomanagementverfahren zugrunde liegen.

Aufgaben der Anbieter von Überweisungsdienstleistungen und der Behörden

- A. Die Aufgabe der Anbieter von Überweisungsdienstleistungen
Die Anbieter von Überweisungsdienstleistungen sollten sich aktiv an der Umsetzung der allgemeinen Grundsätze beteiligen.
- B. Die Aufgabe der Behörden
Die Behörden sollten prüfen, welche Maßnahmen zu treffen sind, um die politischen Zielsetzungen durch die Umsetzung der allgemeinen Grundsätze zu erreichen.

Quelle: CPSS/Weltbank – General principles for Remittances – January 2007

Anspruch der Urheber der allgemeinen Grundsätze war es, die notwendigen Rahmenbedingungen für die Anbieter von Transferdienstleistungen herauszuarbeiten. Als Möglichkeit, die Transferkosten zu senken, werden nicht direkte Interventionen oder einzelne Maßnah-

men gesehen. Vielmehr soll die Schaffung einheitlicher und transparenter Rahmenbedingungen den Wettbewerb der Zahlungsdienstleister intensivieren und damit zu niedrigeren Transferkosten und einer verbesserten Verfügbarkeit der Transferdienstleistungen führen.

Letztlich geht es der Arbeitsgruppe um die angemessene Form der Regulierung des Marktes für Transferdienstleistungen. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass es im Markt für grenzüberschreitende Zahlungsdienstleistungen widerstreitende Interessen gibt. Zum einen besteht das Interesse, Migranten möglichst einfache, kostengünstige und bürokratiefreie Überweisungen zu ermöglichen, zum anderen erfordert der Kampf gegen die Geldwäsche und gegen Terrorismusfinanzierung Transparenz der Zahlungsströme, die nur über eine laufende Aufsicht über Zahlungsdienstleister sichergestellt werden kann. Die Lizenzierung und Beaufsichtigung von Finanzdienstleistern erschwert ohne Zweifel den Markteintritt und ist mit höheren Kosten verbunden. Hier einen goldenen Mittelweg zu finden, ist auch nach Auffassung der Arbeitsgruppe Aufgabe des Gesetzgebers, der sich aber bei seinem Tun den widerstreitenden Zielsetzungen bewusst sein muss. Auf dem Treffen in Berlin wird die Arbeitsgruppe die von ihr erarbeiteten Grundsätze vorstellen. Die Frage, was bei der Regulierung des Marktes für Transferdienstleistungen zu beachten ist, wird im hochrangigen Kreis diskutiert werden.

5 Zugang zu Finanzdienstleistungen

Der Zugang zu Finanzdienstleistungen ist in der Welt sehr unterschiedlich. Während zum Beispiel in Deutschland auf jeden Bewohner mehr als ein Girokonto kommt und der Zugang zu einem Konto und damit zu Zahlungsdienstleistungen im Prinzip für alle gewährleistet ist, haben in Großbritannien – einem vergleichbaren Industrieland – mehr als 30 % der Bevölkerung kein eigenes Girokonto. Oftmals ist – neben der Geschäftspolitik der Banken – der ungeklärte legale Status ein wesentlicher Hinderungsgrund für Migranten, Bankdienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Wenn man sich bei der Einrichtung eines Kontos identifizieren lassen muss, so wird dies sich illegal im Land aufhaltende Ausländer davon abhalten, diesen Schritt zu tun. Der direkte Zugang zu Bankdienstleistungen ist ihnen verwehrt und sie müssen andere Wege suchen, um Zugang zum Finanzsystem zu finden. Auch Überweisungsdienste wie Western Union, die außerhalb des Bankensektors aktiv sind, sind in vielen Ländern zunehmend verpflichtet, die Identität des Auftraggebers zu überprüfen, so dass auch dieser Weg versperrt ist, um Geld in das Herkunftsland zu transferieren. In den Empfängerländern selbst fehlt es oftmals an einer ausreichenden Versorgung an Finanzdienstleistungen.

Daher war es den G8 bei ihren Beschlüssen in Sea Island ein besonderes Anliegen, den Zugang zu Finanzdienstleistungen in den Sende- und Empfängerländern zu verbessern. Hierzu sollten sogenannte „Financial-literacy-Programme“ beitragen, die die Kenntnisse über Finanzdienstleistungen verbessern. Zudem sollte der private Sektor ermuntert werden, seine Dienstleistungen auszuweiten und weitere Bevölkerungsgruppen anzusprechen. Seit dem Sea-Island-Gipfel in 2004 sind eine Reihe von Initiativen, zum Teil mit dem privaten Sektor gemeinsam, gestartet worden. Financial literacy ist in der Entwicklungspolitik auch unabhängig von Migrantentransfers nicht mehr wegzudenken. Beim Treffen in Berlin sollen solche Initiativen vorgestellt werden und die Frage diskutiert werden, ob zusätzliche Anstrengungen in diesem Bereich nötig sind.

Hauptkorridore der Transfers von Migranten in Deutschland

Die verschiedenen Zahlungsströme von Migrantentransfers sind unterschiedlich stark ausgeprägt. Entscheidend für das gesamte Volumen der Transfers sind zwei Aspekte: Zum einen ist die absolute Bevölkerungsanzahl der Migranten eines Heimatstaates maßgebend. Die größte Migranten-gruppe in der Bundesrepublik Deutschland bilden die türkischen Staatsbürger. Im Jahr 2004 waren offiziell 1 764 318 Türken in Deutschland gemeldet.¹⁰ Somit verwundert es nicht, dass das Volumen von Migrantentransfers aus Deutschland in die Türkei mit rund 810 Mio. € im Jahr 2006 den mit Abstand wichtigsten Transferkorridor ausmacht.¹¹ Dahinter folgen Serbien und Montenegro mit rund 221 Mio. € sowie Marokko und Vietnam mit jeweils rund 49 Mio. €.¹²

Zugang zu Finanzdienstleistungen in Deutschland

Migranten haben – ebenso wie Inländer – grundsätzlich die Möglichkeit, ein Girokonto bei einem deutschen Kreditinstitut zu eröffnen. Grundlage hierfür bilden §§ 676 f BGB, 355 I HGB. Nach dem Grundsatz der Privatautonomie steht der Vertragsschluss im Belieben der Vertragsparteien. Da Girokonten für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs heute aber unabdingbar sind, haben die Verbände der Kreditwirtschaft zur Vermeidung einer gesetzlichen Regelung für ihre Mitglieds-institute eine nicht bindende Selbstverpflichtung herausgegeben. Nach dieser Empfehlung sollen alle Kreditinstitute, die Girokonten für alle Bevölkerungsgruppen führen, für jede Bürgerin/jeden Bürger in ihrem jeweiligen Geschäftsgebiet grundsätzlich auf Wunsch ein Girokonto bereithalten.

Die Bundesregierung hat im Juli 2006 ihren 4. Bericht zur Umsetzung der Empfehlung des Zentralen Kreditausschusses zum Girokonto für jedermann vorgelegt (BT-Drs. 16/2265). Der Bericht geht auf die Entwicklung und Umsetzung der Empfehlung des Zentralen Kreditausschusses (ZKA) zum Girokonto für jedermann ein und zeigt die bestehenden Defizite der Empfehlung sowie bei deren Umsetzung auf.

Die Bundesregierung hat in diesem Bericht konkrete Vorschläge für ein Maßnahmenpaket von Staat und Wirtschaft unterbreitet, um die Situation bisher kontoloser Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu verbessern. Dazu gehört, dass die bisherigen unverbindlichen Empfehlungen des ZKA durch eine verbindliche Selbstverpflichtung der Kreditwirtschaft ersetzt werden. Die Bundes-regierung ihrerseits flankiert diesen Weg der Selbstverpflichtung der Kreditwirtschaft mit der Reform des Kontopfändungsschutzes.

Die Eröffnung und Führung eines Kontos sowie die Überweisung von Bargeld über sogenannte Migrantentransfers-Services ist für das kontoführende bzw. auftraggebende Institut mit der Erfül-lung von Identifizierungspflichten und sonstiger Sorgaltspflichten nach dem Geldwäschegesetz verbunden. Zur Erhebung statistischer Daten müssen Kreditinstitute zudem ausgehende Zahlun-gen über 12 500 € von Gebietsansässigen an Gebietsfremde der Deutschen Bundesbank melden.

¹⁰ Migrationsbericht 2005 des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Tabelle 54.

¹¹ GTZ, Remittances – Sending Money Home from Germany (2007), S. 6. Es wurden nur Zahlungen über 12 500 € berücksichtigt.

¹² GTZ, aaO.

Steuerliche Absetzbarkeit von Transfers

Im Rahmen des Leistungsfähigkeitsprinzips lässt das deutsche Einkommensteuerrecht den Abzug von Migrantentransfers nach § 33a EStG als außergewöhnliche Belastung bemessungsgrundlagenmindernd zu. Die dort erfassten Aufwendungen können allgemein bis zu einem Betrag in Höhe von 7 680 € in Abzug gebracht werden. Grundsätzliche Voraussetzung für den Abzug von erfolgten Migrantentransfers ist, dass der Zahlungsempfänger nach nationalem Recht unterhaltsberechtig und auch unterhaltsbedürftig ist. Zur Erfassung der persönlichen Daten hat die Bundesfinanzverwaltung einen Fragebogen in den gängigsten Sprachen der Welt zur Verfügung gestellt.

Zum Nachweis der Höhe der geleisteten Zahlungen wird regelmäßig ein Kontoauszug als ausreichend angenommen, der neben dem Zahlungsbetrag den Leistenden und den Leistungsempfänger namentlich ausweist. Da Migranten oftmals Bargeld selbst zu ihren Familien bringen und dann ein Nachweis schwierig ist, lässt das deutsche Steuerrecht zudem den Abzug von einem Nettomonatslohn je Familienheimfahrt zu. Begrenzt wird diese Erleichterung allerdings durch einen Höchstbetrag in Höhe von vier Nettomonatslöhnen pro Jahr. Sollen höhere Aufwendungen geltend gemacht werden, so ist, um Missbrauch zu verhindern, die Abhebung, der Empfang und auch die Verwendung hinreichend zu belegen.

Unterhaltsaufwendungen nehmen bei der Veranlagung eine bedeutende Rolle ein. So haben im Veranlagungsjahr 2004 insg. 477 629 Steuerpflichtige Aufwendungen in Höhe von 1,473 Mrd. € geltend gemacht.¹³ Auch wenn aus dieser Zahl nicht hervorgeht, wie hoch der Anteil an Aufwendungen für Migrantentransfers war, so zeigt sich doch die Relevanz von Unterhaltsaufwendungen innerhalb der Einkommensveranlagung.

6 Nationale Programme und Initiativen

Neben der Einigung auf multilaterale Initiativen war ein wesentlicher Schwerpunkt der Migrantentransfer-Initiative von Sea Island die Selbstverpflichtung der G8-Staaten, nationale Initiativen voranzutreiben, die Transfers begünstigen bzw. zu einer Senkung der Transferkosten beitragen. Hierzu zählen bilaterale Partnerschaften mit wichtigen Empfängerländern, „Financial-literacy-Programme“ und Anreizinstrumente, die den Entwicklungsbeitrag der Transfers in den Empfängerländern erhöhen.

Beim Treffen in Berlin ist geplant, dass die G8-Länder über die Umsetzung der von ihnen eingeleiteten nationalen Maßnahmen bzw. Programme berichten, Erfahrungen ausgetauscht werden und „best practices“ identifiziert werden.

Als Beispiel soll hier eine Initiative von Großbritannien angeführt werden. Durch die Einrichtung einer anbieterunabhängigen Webseite mit dem Namen „sending money home“ wird ein unabhängiger Überblick über die Möglichkeiten von Geldtransfers in verschiedene Empfängerländer geschaffen. Nach Angabe des zu überweisenden Betrages und des Empfängerlandes erhält man eine Auflistung der verschiedenen Möglichkeiten und der jeweiligen Transferkosten. Die EU-Kommission wird auf dem Treffen in Berlin die Gelegenheit bekommen, über die unter deutscher EU-Präsidentschaft erzielte Einigung über die Schaffung eines einheitlichen europäischen Zahlungsraums zu berichten. Der einheitliche Zahlungsraum verbessert nicht nur die intraeuropäischen Transfers, sondern wird zu mehr Wettbewerb unter den Finanzdienstleistern und damit zu einem verbesserten Angebot auch im Bereich Auslandsüberweisungen führen.

¹³ Statistisches Bundesamt, Jährliche Einkommensteuerstatistik, Unterhaltsaufwendungen nach § 33a I EStG bis zum 31. Dezember 2005.

Anhang betreffend Überweisungen zum G8-Aktionsplan: Die Stärke des Unternehmertums zur Armutsbekämpfung einsetzen

(Sea Island, 9. Juni 2004)

Kanada: Kanada prüft mit einer Reihe von Partnerländern in Asien und der Karibik den Spielraum für kosteneffizientere Überweisungen. Durch diese Partnerschaften werden Finanzinstitutionen dazu ermutigt, den Zugang zu ihren Dienstleistungen zu erweitern und sich in stärkerem Maße innovativen Produkten zuzuwenden. Kanada beabsichtigt darüber hinaus eine Konzentration seiner Anstrengungen auf Erhöhung der Finanzkompetenz und Verbesserung der Qualität von Überweisungsdaten.

Frankreich: Im Hinblick auf die Unterstützung individueller Strategien von Einwanderern aus Marokko, Mali, Senegal und den Komoren, in ihren Herkunftsländern Geld anzulegen, verfolgt Frankreich eine gemeinsame Entwicklungspolitik mit zwei Zielen: die Überweisungskosten zu senken und die Partner im Bankgeschäft dazu zu bewegen, Kredite für produktive Investitionen lokal zu vergeben. Die Projekte werden auch gemeinsam finanziert, und zwar mit Verbänden von in Frankreich lebenden Einwanderern, in ihren Heimatländern und -regionen. Schließlich kann Maliern und Senegalesen, die zur Durchführung eines Aufbauprojekts in ihr Heimatland zurückkehren, Hilfe in Form von finanzieller Unterstützung und Ausbildung gewährt werden.

Deutschland: Im vergangenen Jahr erreichten die dokumentierten Überweisungen aus Deutschland 3,3 Mrd. €. Hauptnutznier ist die Türkei mit 1 Mrd. €. Bereits jetzt arbeitet Deutschland erfolgreich mit der Türkei zusammen und hat die Überweisungskosten erheblich gesenkt. Seit Jahren verbessern sich im Zuge dieser Zusammenarbeit die Dienstleistungen für Migranten und ihre Familien; daraus ergaben sich auch effiziente Möglichkeiten der Überweisung im formellen Sektor bei gleichzeitiger Einhaltung der Aufsichtsstandards.

Italien: Im Laufe der letzten Jahre sind die Überweisungsströme aus Italien deutlich angestiegen (auf 6 Mrd. € im Jahr 2003). Italien hat einen Aktionsplan erarbeitet, der darauf abzielt, die Überweisungen von Einwanderern in offizielle Finanzkanäle zu lenken und die Entwicklung innovativer Zahlungstechnologien zu fördern, statistische Fragen zu behandeln und die Nutzung von Überweisungen als Instrument des wirtschaftlichen Wachstums und der Entwicklung in den Herkunftsländern anzuregen. Mehrere Initiativen wurden bereits unternommen oder erwogen, unter ihnen Pilotprojekte zu „Mikrofinanzwesen und Überweisungen“, insbesondere mit Ländern in Nordafrika (vor allem Marokko), dem Balkan und Afrika südlich der Sahara.

Japan: Überweisungsströme aus Japan beliefen sich 2002 auf 335 Mrd. Yen. Durch innovative Produkte wurde der Zugang zu Banken verbessert und eine erhebliche Senkung der Überweisungsgebühren erreicht. Japan wird mit wichtigen Empfängerländern wie Malaysia und den Philippinen bei der Durchführung gemeinsamer Studien über Überweisungsströme zusammenarbeiten, um konkrete Pläne zur Verbesserung des Zugangs zu Finanzinstitutionen in den ländlichen Gebieten der Empfängerländer zu erarbeiten, Bildungsprogramme für nach Japan kommende Wanderarbeitnehmer zu fördern und weitere Maßnahmen zur Erleichterung von Überweisungen auszuloten.

Russland: Überweisungen aus der Russischen Föderation spielen eine wichtige Rolle in der Entwicklung einer Reihe von GUS-Staaten, unter ihnen Moldau, Georgien, Aserbaidschan, Armenien, Kirgisische Republik und Tadschikistan. Russland wird mit einem oder mehreren dieser Länder Partnerschaften mit dem Ziel prüfen, den Rahmen für Überweisungsströme zu verbessern, die

Diversifizierung lokaler kosteneffizienter Dienstleistungen zur Übermittlung von Geldern anzuregen, die Finanzkompetenz von Wanderarbeitnehmern zu erhöhen und die Qualität der Überweisungsdaten zu erhöhen.

Vereinigtes Königreich: Das Vereinigte Königreich entwickelt Überweisungspartnerschaften mit zunächst zwei Ländern, die erhebliche Überweisungen aus dem Vereinigten Königreich erhalten. Diese Partnerschaften werden auf derzeit vom Vereinigten Königreich unterstützten Programmen aufbauen, darunter die Programme mit dem FinMark Trust im südlichen Afrika, die auf die Stärkung des Finanzsektor, den Abbau von Hindernissen für Überweisungsströme und die Verbesserung des Zugangs zu erschwinglichen und effizienten Überweisungsdienstleistungen abzielen.

Vereinigte Staaten: Die Vereinigten Staaten haben sich mit den Philippinen, dem drittgrößten Empfänger von Überweisungen weltweit (8 Mrd. US-Dollar im vergangenen Jahr, von denen etwa die Hälfte aus den USA kam), darauf verständigt, gemeinsam darauf hinzuarbeiten, die Kosten von Überweisungen durch die Förderung von Wettbewerb und die Einrichtung effizienter Überweisungsmechanismen zu senken, den Zugang zu Überweisungsdienstleistungen, Spar- und Investitionsmöglichkeiten zu erweitern und die Einhaltung der Standards zur Verhinderung der Terrorisfinanzierung und Geldwäsche sicherzustellen.

Europäische Kommission: Der Strom von Überweisungen von Arbeitern aus der EU ist eine wichtige Finanzierungsquelle für Drittländer, unter ihnen Nachbarländer der EU. Die Kommission erarbeitet gegenwärtig einen neuen rechtlichen Rahmen für EU-Zahlungsdienstleistungen, der darauf abzielt, das Angebot an Dienstleistungen zu erhöhen, Überweisungen sicherer zu machen sowie Transparenz und Wettbewerb auf dem Markt zu verbessern. Darüber hinaus unterstützt ein EU-Programm Drittländer auf dem Gebiet der Einwanderung und des Asyls, indem es Initiativen zur Senkung der Überweisungskosten und zur Erleichterung des Einsatzes von Überweisungen für produktive Investitionen und Entwicklungsinitiativen fördert.

7 Ausblick und weiteres Vorgehen

Der Markt für Transferdienstleistungen entwickelt sich fort. Neue technische Entwicklungen wie das Internet und das Mobiltelefon haben bereits zu Feldversuchen für neue Transferwege und neue Zahlungsprodukte geführt, die vor einigen Jahren noch nicht vorstellbar waren. So werden Geldüberweisungen heute über das Mobiltelefon durch die Generierung von elektronischem Geld getätigt, wobei das Mobiltelefon zu einer virtuellen Geldbörse wird, auf die das dort digital gespeicherte Guthaben an einen Empfänger transferiert werden kann. Statt Überweisungen werden „prepaid cards“ verschickt, die im Empfängerland für Zahlungen eingesetzt werden können. Diese Ansätze gilt es zu beobachten. Sie stellen die Regulierungsbehörden vor neue

Aufgaben, aber sie können möglicherweise auch Wege aufzeigen, wie Transfers einfacher und kostengünstiger ausgeführt werden können und damit den entwicklungspolitischen Beitrag der Transfers erhöhen. Ein weiteres Feld soll auch auf dem G8-Treffen in Berlin beleuchtet werden. So gibt es Ansätze und Versuche, durch den Einsatz von Instrumenten und Anreizsystemen die Verwendung der Transfers in eine bestimmte Richtung zu lenken. Von einer höheren investiven Verwendung verspricht man sich eine stärkere entwicklungspolitische Wirkung der Transfers. Inwiefern diese Bemühungen begründet sind und ob die bisherigen Ansätze Erfolg zeigen, werden die hochrangigen Teilnehmer auf ihrem Treffen in Berlin ebenfalls diskutieren.

AUTOREN:
MR DIRK H. KRANEN, REFERATSLEITER IM
BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN,
PRAKTIKANTEN AXEL BRÖMMER UND SEBASTIAN LÖHR





Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	74
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	97
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	101

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	74
1 Kreditmarktmittel	74
2 Gewährleistungen	75
3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011	75
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011	76
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007	78
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008	82
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006	84
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	86
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	87
10 Entwicklung der Staatsquote	88
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	89
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	90
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	91
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	92
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	93
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	94
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich	95
18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006	96
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	97
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007	97
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2007	97
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2007	98
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2007	99
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	101
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	101
2 Preisentwicklung	101
3 Außenwirtschaft	102
4 Einkommensverteilung	102
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	103
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	104
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	105
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	106
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	107
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	108

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 31. August 2007 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 30. September 2007 Mio. €
Anleihen	593 718	0	0	593 718
Bundesobligationen	164 000	6 000	0	170 000
Bundesschatzbriefe	10 288	201	146	10 343
Bundesschatzanweisungen	118 000	7 000	15 000	110 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 489	5 877	5 885	35 480
Finanzierungsschätze	2 853	124	240	2 737
Schuldscheindarlehen	24 463	10	1 609	22 864
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	205
Kreditmarktmittel insgesamt	949 016			945 347

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. August 2007 Mio. €	Stand: 30. September 2007 Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	176 140	175 216
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	305 299	296 544
langfristig (mehr als 4 Jahre)	467 577	473 587
Kreditmarktmittel insgesamt	949 016	945 347

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2007 in Mrd. €	Belegung am 30. September 2007 in Mrd. €	Belegung am 30. September 2006 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	96,9	107,7
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,3	26,1	29,3
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	60,8	61,7

3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2006 Ist	2007 Soll ¹	2008 Reg.-Entw.	2009	2010	2011
				Finanzplanung		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €
1. Ausgaben	261,0	272,7	283,0	285,5	288,5	289,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,5	+ 4,4	+ 3,9	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,4
2. Einnahmen²	232,8	258,0	270,1	274,8	282,3	289,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1,9	+ 10,8	+ 4,7	+ 1,8	+ 2,7	+ 2,6
darunter:						
Steuereinnahmen	203,9	232,5	237,1	247,9	252,6	260,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 7,2	+ 14,0	+ 2,0	+ 4,6	+ 1,9	+ 3,1
3. Finanzierungssaldo	- 28,2	- 14,7	- 13,1	- 10,7	- 6,2	- 0,2
in % der Ausgaben	10,8	5,4	4,6	3,7	2,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme (-)³	240,5	226,0	231,7	226,1	221,1	220,0
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	1,6	3,0	-	-	-	-
6. Tilgungen (+)	195,9	216,1	218,9	215,6	215,1	220,0
7. Nettokreditaufnahme	- 27,9	- 14,4	- 12,9	- 10,5	- 6,0	0,0
8. Münzeinnahmen	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	22,7	26,1	24,3	24,1	24,1	23,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 4,4	+ 14,9	- 6,9	- 0,9	0,0	- 1,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

² Gem. BHO § 13 Satz 4. 2 ohne Münzeinnahmen.

³ Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.
Stand: Oktober 2007.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgabeart	2006 Ist	2007 Soll ¹	2008 Entwurf	2009	2010	2011
				Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 110	26 204	26 737	26 756	26 764	27 159
Aktivitätsbezüge	19 730	19 761	20 250	20 195	20 121	20 462
Ziviler Bereich	8 547	8 554	9 159	9 194	9 224	9 725
Militärischer Bereich	11 182	11 206	11 092	11 001	10 897	10 737
Versorgung	6 380	6 443	6 486	6 561	6 643	6 697
Ziviler Bereich	2 372	2 320	2 308	2 307	2 300	2 285
Militärischer Bereich	4 008	4 124	4 178	4 255	4 343	4 412
Laufender Sachaufwand	18 349	18 715	19 597	19 900	20 229	20 588
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 450	1 517	1 411	1 425	1 426	1 434
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 517	8 654	9 497	9 775	10 162	10 527
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 543	8 689	8 700	8 641	8 627
Zinsausgaben	37 469	39 278	42 120	43 094	44 899	45 378
an andere Bereiche	37 469	39 278	42 120	43 094	44 899	45 378
Sonstige	37 469	39 278	42 120	43 094	44 899	45 378
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 425	39 233	42 076	43 050	44 855	45 337
an Ausland	3	4	3	3	3	-
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 016	162 467	170 020	171 062	172 211	172 577
an Verwaltungen	13 937	14 770	14 563	14 427	13 983	13 845
Länder	8 538	9 141	8 819	8 332	7 898	7 745
Gemeinden	38	26	23	22	20	18
Sondervermögen	5 361	5 601	5 719	6 073	6 065	6 081
Zweckverbände	1	1	1	1	1	0
an andere Bereiche	142 079	147 697	155 458	156 635	158 228	158 732
Unternehmen	14 275	18 002	23 637	23 890	23 600	23 278
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 256	27 847	28 218	26 135	25 006	23 975
an Sozialversicherung	91 707	97 633	98 884	101 879	104 809	106 649
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	812	881	954	927	920	910
an Ausland	3 024	3 328	3 761	3 799	3 891	3 918
an Sonstige	5	5	5	5	1	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	237 944	246 664	258 474	260 812	264 104	265 702
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 112	6 860	6 990	6 915	6 780	6 771
Baumaßnahmen	5 634	5 326	5 565	5 570	5 427	5 437
Erwerb von beweglichen Sachen	943	1 029	945	884	889	875
Grunderwerb	536	505	480	461	464	459
Vermögensübertragungen	13 302	16 201	14 203	13 460	13 495	13 301
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 916	15 824	13 830	13 109	13 156	12 969
an Verwaltungen	5 755	8 201	5 516	4 990	4 941	4 865
Länder	5 700	5 979	5 442	4 921	4 858	4 777
Gemeinden und Gemeindeverbände	55	66	68	62	76	82
Sondervermögen	-	2 156	6	6	6	6
an andere Bereiche	7 161	7 624	8 314	8 120	8 216	8 103
Sonstige – Inland	4 999	5 333	5 881	5 614	5 691	5 565
Ausland	2 162	2 291	2 433	2 505	2 525	2 538
Sonstige Vermögensübertragungen	387	376	374	351	338	332
an andere Bereiche	387	376	374	351	338	332
Sonstige – Inland	172	161	164	151	143	142
Ausland	215	215	210	200	195	190

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgabeart	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Ist	Soll ¹	Entwurf	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 687	3 422	3 477	4 045	4 139	3 938
Darlehensgewährung	2 109	2 778	2 720	3 105	3 303	3 206
an Verwaltungen	32	1	1	1	1	1
Länder	32	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 078	2 777	2 719	3 104	3 302	3 205
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 020	1 666	1 293	1 784	1 821	1 649
Ausland	1 058	1 111	1 425	1 319	1 480	1 556
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	644	757	940	837	732
Inland	0	28	16	13	13	13
Ausland	578	616	741	927	824	719
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	23 102	26 483	24 670	24 421	24 414	24 010
¹ Darunter: Investive Ausgaben	22 715	26 107	24 296	24 070	24 076	23 678
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	– 496	56	267	– 18	– 12
Ausgaben zusammen	261 046	272 650	283 200	285 500	288 500	289 700

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007¹

– in Mio. € –

Funktion	Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0	Allgemeine Dienste	49 046	44 189	23 757	14 375	–	6 057
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 627	7 335	3 746	1 218	–	2 371
02	Auswärtige Angelegenheiten	6 485	3 032	445	163	–	2 423
03	Verteidigung	28 222	27 771	15 330	11 639	–	802
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 991	2 629	1 802	725	–	102
05	Rechtsschutz	337	322	224	83	–	15
06	Finanzverwaltung	3 383	3 101	2 209	548	–	344
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	13 249	9 342	446	655	–	8 241
13	Hochschulen	2 232	1 238	7	4	–	1 227
14	Förderung von Schülern, Studenten	1 551	1 551	–	–	–	1 551
15	Sonstiges Bildungswesen	502	440	9	62	–	369
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 293	5 638	430	583	–	4 626
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 670	475	1	7	–	468
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	140 157	137 209	194	552	–	136 463
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	91 705	91 705	36	0	–	91 669
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	5 160	5 159	–	–	–	5 159
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 410	3 193	–	146	–	3 047
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	36 463	36 330	45	346	–	35 939
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	107	107	–	–	–	107
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3 313	715	114	59	–	541
3	Gesundheit und Sport	926	692	233	239	–	220
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	358	311	125	139	–	47
312	Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	358	311	125	139	–	47
32	Sport	108	83	–	2	–	82
33	Umwelt- und Naturschutz	197	159	71	46	–	42
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	263	139	37	53	–	50
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 005	784	2	4	–	779
41	Wohnungswesen	1 446	781	–	3	–	779
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	1
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	4	2	2	–	–	–
44	Städtebauförderung	554	–	–	–	–	–
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 000	529	27	131	–	371
52	Verbesserung der Agrarstruktur	632	244	–	1	–	242
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	125	125	–	53	–	71
533	Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	125	125	–	53	–	71
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	244	161	27	77	–	57

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007¹

– in Mio. € –

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Globale Mehr-/ Minder- ausgaben	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion						
0 Allgemeine Dienste	1 010	1 897	1 950	–	4 857	4 817
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	290	3	0	–	293	293
02 Auswärtige Angelegenheiten	48	1 678	1 727	–	3 453	3 447
03 Verteidigung	296	97	58	–	451	418
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	244	119	–	–	363	363
05 Rechtsschutz	15	–	–	–	15	15
06 Finanzverwaltung	116	1	165	–	282	282
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	141	3 766	–	–	3 907	3 906
13 Hochschulen	1	993	–	–	994	994
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	62	–	–	63	63
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	136	1 519	–	–	1 655	1 654
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	4	1 191	–	–	1 195	1 195
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	2 937	1	–	2 949	2 613
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	214	1	–	217	6
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	127	–	–	133	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	2 595	–	–	2 599	2 599
3 Gesundheit und Sport	161	73	–	–	234	234
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	36	12	–	–	47	47
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	36	12	–	–	47	47
32 Sport	–	25	–	–	25	25
33 Umwelt- und Naturschutz	8	30	–	–	38	38
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	118	7	–	–	124	124
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	1 216	5	–	1 221	1 221
41 Wohnungswesen	–	660	5	–	664	664
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	2	–	–	2	2
44 Städtebauförderung	–	554	–	–	554	554
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	38	432	2	–	471	471
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	388	1	–	388	388
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	38	44	1	–	83	83

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007¹

– in Mio. € –

Funktion	Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 088	3 189	46	398	–	2 745
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	526	476	–	243	–	233
621	Kernenergie	223	223	–	–	–	223
622	Erneuerbare Energieformen	38	12	–	4	–	8
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	265	241	–	238	–	3
63	Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 099	2 079	–	5	–	2 074
64	Handel	100	100	–	54	–	46
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	742	65	–	12	–	52
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 621	470	46	84	–	340
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 991	3 733	970	2 013	–	751
72	Straßen	7 075	957	–	848	–	109
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 510	780	467	246	–	66
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	337	4	–	–	–	4
75	Luftfahrt	201	200	42	18	–	141
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 869	1 791	461	901	–	430
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10 177	6 528	–	19	–	6 509
81	Wirtschaftsunternehmen	4 736	1 087	–	19	–	1 068
832	Eisenbahnen	3 488	83	–	5	–	78
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	1 248	1 004	–	14	–	990
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 441	5 441	–	–	–	5 441
873	Sondervermögen	5 421	5 421	–	–	–	5 421
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	20	20	–	–	–	20
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	40 010	40 468	529	329	–	332
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	368	330	–	–	–	330
92	Schulden	39 313	39 313	–	35	–	–
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	329	825	529	294	–	2
Summe aller Hauptfunktionen		272 650	246 664	26 204	18 715	–	162 467

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007¹

– in Mio. € –

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Globale Mehr-/ Minder- ausgaben	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion						
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	748	1 150	–	1 899	1 899
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	51	–	–	51	51
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	26	–	–	26	26
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	–	25	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	–	20	20
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	677	–	–	677	677
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 150	–	1 151	1 151
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 498	1 760	0	–	7 258	7 258
72 Straßen	4 698	1 420	–	–	6 118	6 118
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	730	–	–	–	730	730
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	–	333	333
75 Luftfahrt	1	–	0	–	1	1
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	69	8	–	–	77	77
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	3 334	314	–	3 649	3 649
81 Wirtschaftsunternehmen	–	–	–	–	–	–
832 Eisenbahnen	–	3 334	314	–	3 649	3 649
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	–	3 128	277	–	3 404	3 404
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	206	38	–	244	244
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	–	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	– 496	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	– 496	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	6 860	16 201	3 422	– 496	26 483	26 107

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	233,6	246,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	3,4	5,7
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	204,7	220,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	5,8	7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 28,9	- 26,2
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,7	27,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,1	16,1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	28,7	41,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	5,2	43,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	42,1	58,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	29,2	28,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,5	35,7
Steuereinnahmen²	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	174,6	192,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ⁴	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,0	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	88,6	82,3
nachrichtlich: Schuldenstand⁴									
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

² Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand Finanzplanungsrat Juni 2007; 2005 bis 2006 vorläufiges Ist, 2007 und 2008 = Schätzung.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
		Ist-Ergebnisse							Soll ¹	Reg.-Entw.
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	272,7	283,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	4,4	3,9
Einnahmen	Mrd.€	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	258,0	270,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	10,8	4,7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 14,7	- 13,1
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,4	- 12,9
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,2	26,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	0,4	2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,7	9,4
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	15,7	15,8	15,6	15,7	15,5	15,5	14,8	14,9	14,9
Zinsausgaben	Mrd.€	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	39,3	42,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	4,8	7,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,5	14,9
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	57,9	56,8	56,2	56,3	56,1	58,5	58,2	59,1	60,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,1	24,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	14,9	- 6,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,6	8,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	35,0	34,1	32,9	35,6	34,2	34,8	34,2	36,4	35,7
Steuereinnahmen²	Mrd.€	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	232,5	237,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	14,0	2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,3	83,7
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,1	87,8
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ⁴	%	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7	43,4	43,2
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,4	- 12,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	55,3	53,1
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	62,0	57,6	126,4	101,2	101,7	59,6	71,7	89,6	115,2
nachrichtlich: Schuldenstand⁴										
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	1198,2	1203,9	1253,2	1325,7	1395,0	1447,5	1480,6	1497 1/2	1512 1/2
darunter: Bund	Mrd.€	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	902,1	915	928

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

² Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand Finanzplanungsrat Juni 2007; 2005 bis 2006 vorläufiges Ist, 2007 und 2008 = Schätzung.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006

	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ²	2006 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	599,1	604,3	611,3	619,6	614,6	625,8	635,7
Einnahmen	565,1	557,7	554,6	551,7	549,0	573,3	596,2
Finanzierungssaldo	- 34,0	- 46,6	- 57,1	- 68,0	- 65,5	- 52,3	- 38,9
darunter:							
Bund							
Ausgaben	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0
Einnahmen	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8
Finanzierungssaldo	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2
Länder							
Ausgaben	250,7	255,5	257,7	259,7	257,1	259,2	258,7
Einnahmen	240,4	230,9	228,5	229,2	233,5	235,7	248,7
Finanzierungssaldo	- 10,4	- 24,6	- 29,4	- 30,5	- 23,5	- 23,5	- 10,0
Gemeinden							
Ausgaben	146,1	148,3	150,0	149,9	150,1	153,3	155,7
Einnahmen	148,0	144,2	146,3	141,5	146,2	151,1	158,6
Finanzierungssaldo	1,9	- 4,1	- 3,7	- 8,4	- 3,9	- 2,2	3,0
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	0,3	0,9	1,2	1,4	- 0,8	1,8	1,6
Einnahmen	- 0,9	- 1,3	- 0,6	- 0,5	- 0,5	4,4	4,0
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5
Einnahmen	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9
Länder							
Ausgaben	1,8	1,9	0,9	0,7	- 1,0	0,8	- 0,2
Einnahmen	0,9	- 3,9	- 1,0	0,3	1,9	1,0	5,5
Gemeinden							
Ausgaben	1,6	1,6	1,1	- 0,0	0,1	2,2	1,6
Einnahmen	1,4	- 2,5	1,4	- 3,3	3,3	3,3	5,0

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

² Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2007.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006

	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ²	2006 ²
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,6	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,3	- 1,7
darunter:							
Bund	- 1,2	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2
Länder	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,0	- 0,4
Gemeinden	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0,1
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 5,7	- 7,7	- 9,3	- 11,0	- 10,7	- 8,4	- 6,1
darunter:							
Bund	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	- 10,8
Länder	- 4,1	- 9,6	- 11,4	- 11,7	- 9,1	- 9,1	- 3,9
Gemeinden	1,3	- 2,8	- 2,4	- 5,6	- 2,6	- 1,4	1,9
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	29,0	28,6	28,5	28,6	27,8	27,9	27,4
darunter:							
Bund	11,9	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2
Länder	12,2	12,1	12,0	12,0	11,6	11,5	11,1
Gemeinden	7,1	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	6,7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	22,7	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastenteilungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

² Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2007.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Steueraufkommen					
Jahr	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007 ²	534,3	264,2	270,1	49,4	50,6
2008 ²	555,3	277,2	278,1	49,9	50,1
2009 ²	575,0	292,3	282,7	50,8	49,2
2010 ²	594,9	307,5	287,4	51,7	48,3
2011 ²	613,6	322,1	291,4	52,5	47,5

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2007.

Stand: Mai 2007.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 ³	22,3	40,5	20,6	37,7
2003 ³	22,3	40,6	20,4	37,7
2004 ³	21,8	39,7	20,0	36,9
2005 ³	22,0	39,6	20,1	36,7
2006 ³	22,8	40,1	21,0	37,3

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³
	Anteile am BIP in %		
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 ⁵	48,1	26,4	21,7
2003 ⁵	48,5	26,5	22,0
2004 ⁵	47,1	25,9	21,2
2005 ⁵	46,9	26,1	20,8
2006 ⁵	45,4	25,3	20,1

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Ergebnis der VGR; Stand: August 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Schulden in Mio. € ¹					
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 203 887	1 253 195	1 325 733	1 394 955	1 447 505	1 480 625
Bund ²	697 290	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054
Sonderrechnungen Bund (SR)	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
Länder	357 684	384 773	414 952	442 922	468 214	479 489
Gemeinden	82 669	82 662	84 069	84 258	83 804	81 877
Zweckverbände	7 160	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649
nachrichtlich:						
Bund + SR	756 374	778 607	819 283	860 244	888 020	916 610
Länder + Gemeinden	440 353	467 435	499 021	527 180	552 018	561 366
nachrichtlich:						
Länder (West) ³	299 759	322 899	348 111	372 352	394 148	404 917
Länder (Ost)	57 925	61 874	66 841	70 570	74 066	74 572
Gemeinden (West)	67 041	67 155	68 726	68 981	69 030	68 387
Gemeinden (Ost)	15 628	15 507	15 343	15 277	14 774	13 489
Länder und Gemeinden (West)	366 800	390 054	416 837	441 333	463 178	473 304
Länder und Gemeinden (Ost)	73 553	77 381	82 184	85 847	88 840	88 061
nachrichtlich:						
Sonderrechnungen Bund	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
ERP	19 161	19 400	19 261	18 200	15 066	14 357
Fonds Deutsche Einheit	39 638	39 441	39 099	38 650	–	–
Entschädigungsfonds	285	369	469	400	300	199
	Anteil der Schulden am BIP (in %)					
Öffentlicher Gesamthaushalt	57,0	58,5	61,3	63,1	64,5	63,8
Bund ²	33,0	33,6	35,1	36,3	38,9	38,8
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,8	2,7	2,6	0,7	0,6
Länder	16,9	18,0	19,2	20,0	20,9	20,6
Gemeinden	3,9	3,9	3,9	3,8	3,7	3,5
nachrichtlich:						
Bund + SR	35,8	36,3	37,9	38,9	39,6	39,5
Länder + Gemeinden	20,8	21,8	23,1	23,8	24,6	24,2
nachrichtlich:						
Länder (West) ³	14,2	15,1	16,1	16,8	17,6	17,4
Länder (Ost)	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3	3,2
Gemeinden (West)	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1	2,9
Gemeinden (Ost)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6
Länder und Gemeinden (West)	17,4	18,2	19,3	20,0	20,6	20,4
Länder und Gemeinden (Ost)	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0	3,8
nachrichtlich:						
Maastricht-Schuldenstand ⁴	58,8	60,3	63,8	65,6	67,8	67,5
	Schulden insgesamt (€)					
je Einwohner	14 622	15 195	16 066	16 909	17 559	17 987
je Erwerbstätigen	30 621	32 054	34 234	35 878	37 263	37 879
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 113,2	2 143,2	2 163,8	2 211,2	2 244,6	2 322,2
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,335	82,475	82,518	82,498	82,438	82,315
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,316	39,096	38,726	38,880	38,846	39,088

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

² Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.

³ West- und Ost-Berlin.

⁴ Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 46,6	- 2,2
2002 ⁵	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003 ⁵	- 87,3	- 79,5	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 68,0	- 3,1
2004 ⁵	- 83,6	- 82,2	- 1,3	- 3,8	- 3,7	- 0,1	- 65,5	- 3,0
2005 ⁵	- 75,6	- 71,5	- 4,0	- 3,4	- 3,2	- 0,2	- 52,3	- 2,3
2006 ⁵	- 37,3	- 40,8	3,5	- 1,6	- 1,8	0,2	- 38,9	- 1,7

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	- 2,8	- 1,1	- 1,9	- 3,2	- 1,2	- 4,0	- 3,7	- 3,2	- 1,7	- 0,6	- 0,3
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,1	0,0	- 2,3	0,2	- 0,1	- 0,2
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,0	- 6,2	- 7,9	- 5,5	- 2,6	- 2,4	- 2,7
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,0	0,0	- 0,2	1,1	1,8	1,4	1,2
Frankreich	0,2	- 2,9	- 2,3	- 5,5	- 1,5	- 4,1	- 3,6	- 3,0	- 2,5	- 2,4	- 1,9
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,6	0,4	1,4	1,0	2,9	1,5	1,0
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,5	- 4,2	- 4,4	- 2,1	- 2,2
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,4	- 1,2	- 0,3	0,1	0,4	0,6
Niederlande	- 3,9	- 3,5	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,8	- 0,3	0,6	- 0,7	0,0
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,5	- 5,6	- 1,9	- 1,6	- 1,2	- 1,6	- 1,1	- 0,9	- 0,8
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 3,3	- 6,1	- 3,9	- 3,5	- 3,2
Slowenien	-	-	-	-	- 3,9	- 2,8	- 2,3	- 1,5	- 1,4	- 1,5	- 1,5
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,5	2,3	2,7	3,9	3,7	3,6
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 3,0	- 2,8	- 2,5	- 1,6	- 1,0	- 0,8
Bulgarien	-	-	-	- 3,4	- 0,5	- 0,9	2,2	1,9	3,3	2,0	2,0
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,9	3,2	0,0	2,0	4,7	4,2	3,7	3,6
Estland	-	-	-	0,4	- 0,2	2,0	2,3	2,3	3,8	3,7	3,5
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,6	- 1,0	- 0,2	0,4	0,2	0,1
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 0,3	- 0,4	- 1,0
Malta	-	-	-	-	- 6,2	-10,0	- 4,9	- 3,1	- 2,6	- 2,1	- 1,6
Polen	-	-	-	- 4,4	- 3,0	- 6,3	- 5,7	- 4,3	- 3,9	- 3,4	- 3,3
Rumänien	-	-	-	-	- 4,6	- 1,5	- 1,5	- 1,4	- 1,9	- 3,2	- 3,2
Schweden	-	-	-	- 7,5	3,8	- 0,9	0,8	2,1	2,2	2,2	2,4
Slowakei	-	-	-	- 1,8	-11,8	- 2,7	- 2,4	- 2,8	- 3,4	- 2,9	- 2,8
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 2,9	- 3,5	- 2,9	- 3,9	- 3,6
Ungarn	-	-	-	-	- 2,9	- 7,2	- 6,5	- 7,8	- 9,2	- 6,8	- 4,9
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,6	- 5,7	1,6	- 3,2	- 3,1	- 3,1	- 2,8	- 2,6	- 2,4
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,3	- 4,1	- 2,3	- 1,5	- 1,4	- 1,4
EU-27	-	-	-	-	-	- 3,1	- 2,7	- 2,4	- 1,7	- 1,2	- 1,0
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,6	- 3,7	- 2,3	- 2,6	- 2,9
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,6	- 7,9	- 6,2	- 6,4	- 4,6	- 3,9	- 3,5

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Für die Jahre 2003 bis 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

(alle Angaben ohne UMTS-Erlöse)

Stand: Mai 2007.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	63,9	65,7	67,9	67,9	65,4	63,6
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	98,6	94,3	93,2	89,1	85,6	82,6
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	111,6	107,8	108,5	107,5	104,6	100,9	97,6
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,8	46,2	43,2	39,9	37,0	34,6
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,1	56,7	62,4	64,3	66,2	63,9	62,9	61,9
Irland	69,0	100,6	93,2	81,1	37,8	31,2	29,7	27,4	24,9	23,0	21,7
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,8	106,2	106,8	105,0	103,1
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,6	6,1	6,8	6,7	6,0
Niederlande	45,5	69,6	76,1	76,1	53,8	52,0	52,6	52,7	48,7	47,7	45,9
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,9	63,5	62,2	60,6	59,2
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	56,8	58,2	63,6	64,7	65,4	65,8
Slowenien	–	–	–	–	27,6	28,6	28,9	28,4	27,8	27,5	27,2
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,1	41,4	39,1	37,0	35,2
Euroraum	33,5	50,3	56,7	72,4	69,2	69,2	69,7	70,5	69,0	66,9	65,0
Bulgarien	–	–	–	–	73,6	45,9	37,9	29,2	22,8	20,9	19,0
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	45,8	44,0	36,3	30,2	25,0	20,0
Estland	–	–	–	8,8	5,2	5,7	5,2	4,4	4,1	2,7	2,3
Lettland	–	–	–	–	12,3	14,4	14,5	12,0	10,0	8,0	6,7
Litauen	–	–	–	11,9	23,7	21,2	19,4	18,6	18,2	18,6	19,9
Malta	–	–	–	–	56,0	70,4	73,9	72,4	66,5	65,9	64,3
Polen	–	–	–	–	35,9	47,1	45,7	47,1	47,8	48,4	49,1
Rumänien	–	–	–	–	23,9	21,5	18,8	15,8	12,4	12,8	13,1
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	53,5	52,4	52,2	46,9	42,1	37,7
Slowakei	–	–	–	22,0	50,2	42,4	41,5	34,5	30,7	29,7	29,4
Tschechien	–	–	–	14,6	18,5	30,1	30,7	30,4	30,4	30,6	30,9
Ungarn	–	–	–	–	54,2	58,0	59,4	61,7	66,0	67,1	68,1
Vereinigtes Königreich	52,3	51,8	33,4	51,0	41,2	38,8	40,3	42,2	43,5	44,0	44,5
Zypern	–	–	–	–	58,8	69,1	70,3	69,2	65,3	61,5	54,8
EU-27	–	–	–	–	61,8	61,8	62,2	62,9	61,7	59,9	58,3
USA	42,0	55,8	63,6	71,3	55,5	61,2	62,0	62,2	61,2	62,5	63,0
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,6	160,3	167,3	173,1	175,7	175,7	175,3

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Stand: Mai 2007.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
Deutschland^{2,3}	22,5	24,6	22,3	22,7	22,7	21,1	20,6	20,8
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,3	31,0	31,5
Dänemark	37,0	42,4	45,6	47,7	47,6	46,5	47,7	48,6
Finnland	28,9	27,5	32,7	31,6	35,7	32,7	32,3	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	26,8	27,3	28,0
Griechenland	15,3	15,9	20,0	21,4	25,8	23,3	22,8	.
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,6	24,5	25,5	26,0
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,4	28,7	28,4
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,6	15,8	16,5	16,8
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,3	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,4	27,1	27,0
Niederlande	22,1	25,9	25,8	23,4	24,1	23,5	23,7	26,0
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,0	33,1	34,5	36,0
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,4	28,2	27,5
Polen	–	–	–	25,8	23,0	20,4	20,3	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,8	23,5	.
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	35,6	36,1	36,8
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,0	22,9
Slowakei	–	–	–	–	19,9	18,5	18,4	18,4
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,2	22,7	23,8
Tschechien	–	–	–	22,0	20,1	21,2	22,2	22,1
Ungarn	–	–	–	27,1	27,4	26,5	26,6	25,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	30,9	28,9	29,3	30,2
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	18,9	18,8	20,2

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
Deutschland^{2,3}	32,3	37,5	35,7	37,2	37,2	35,5	34,7	34,7
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,7	45,0	45,4
Dänemark	38,5	43,1	46,5	48,8	49,4	47,7	48,8	49,7
Finnland	31,7	35,9	43,9	45,6	47,7	44,6	44,2	44,5
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,1	43,4	44,3
Griechenland	21,9	23,6	28,7	31,7	37,3	36,3	35,0	.
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	28,7	30,1	30,5
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,8	41,1	41,0
Japan	19,6	25,4	29,1	26,9	27,1	25,7	26,4	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,5	33,5
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,0	39,1	38,2	37,8	37,6
Niederlande	34,1	41,8	41,1	40,2	39,5	37,0	37,5	.
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,0	42,9	44,0	45,0
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,9	42,6	41,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,9	34,4	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	35,0	34,5	.
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	53,4	50,1	50,4	51,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,4	29,2	30,0
Slowakei	–	–	–	–	33,1	31,2	30,3	29,4
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,3	34,8	35,8
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,6	38,4	38,5
Ungarn	–	–	–	42,1	38,7	38,1	38,1	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,2	35,4	36,0	37,2
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	25,7	25,5	26,8

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland¹	46,6	44,9	43,4	48,3	45,1	48,5	47,1	46,8	45,7	44,3	43,7
Belgien	54,7	58,3	52,1	51,9	49,0	51,1	49,2	52,2	49,1	48,7	48,5
Griechenland	–	–	50,2	51,0	51,1	49,4	49,9	47,1	45,8	45,4	45,2
Spanien	–	–	–	44,4	39,0	38,2	38,7	38,2	38,4	38,3	38,5
Frankreich	45,6	51,1	49,6	54,5	51,6	53,3	53,2	53,6	53,5	53,2	52,7
Irland	–	53,2	42,8	41,0	31,6	33,5	34,1	34,4	34,1	35,1	35,5
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,3	47,7	48,2	50,1	48,1	48,3
Luxemburg			37,7	39,7	37,6	42,0	43,2	42,8	40,4	39,0	38,0
Niederlande	55,4	57,1	54,4	51,6	44,2	47,1	46,3	45,4	46,6	47,0	46,2
Österreich	50,2	53,7	51,5	55,9	51,3	50,9	50,2	49,8	49,1	48,3	47,9
Portugal	33,5	38,8	40,0	42,8	43,1	45,4	46,4	47,5	46,1	45,8	45,5
Slowenien	–	–	–	–	48,2	48,0	47,4	47,0	46,3	45,4	44,4
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,6	48,3	49,9	50,0	50,3	48,5	47,7	47,3
Euroraum	–	–	–	50,7	46,3	48,2	47,6	47,6	47,4	46,5	46,2
Bulgarien	–	–	–	–	–	40,9	39,3	39,5	36,6	37,3	37,6
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,2	53,5	55,0	54,7	52,6	50,9	50,1	49,6
Estland	–	–	–	42,4	36,5	35,3	34,2	33,2	33,2	32,4	32,4
Lettland	–	–	31,6	38,8	37,3	34,8	35,8	35,5	37,0	37,3	36,4
Litauen	–	–	–	35,7	39,1	33,2	33,4	33,6	33,6	34,8	36,0
Malta	–	–	–	–	41,0	48,6	46,8	46,0	45,2	44,3	43,4
Polen	–	–	–	47,7	41,1	44,6	42,6	43,4	43,3	42,4	41,4
Rumänien	–	–	–	–	48,4	33,6	32,6	33,7	32,0	33,6	34,2
Schweden	–	–	–	67,2	57,1	58,0	56,6	56,3	55,3	53,0	52,5
Slowakei	–	–	–	47,0	51,7	40,0	37,7	38,1	37,3	36,0	35,6
Tschechien	–	–	–	54,5	41,8	47,3	44,4	44,0	42,5	43,1	43,0
Ungarn	–	–	–	–	46,5	49,1	48,9	50,0	52,9	50,9	49,0
Vereinigtes Königreich	47,3	48,8	41,5	44,3	36,8	42,4	42,7	43,7	44,1	44,2	44,3
Zypern	–	–	–	–	37,0	45,1	42,9	43,6	43,9	44,0	43,9
EU-27 ²	–	–	–	50,5	45,0	47,4	46,8	46,9	46,7	46,0	45,7
USA	33,8	36,1	36,0	35,4	32,5	34,8	34,5	34,8	34,5	35,0	35,3
Japan	33,5	33,2	32,3	36,9	50,6	50,0	48,5	50,0	39,6	39,2	39,0

¹ 1990: nur alte Bundesländer.

² 1995 und 2000: EU-15.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: April 2007.

18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	104,84	107,38
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,47	50,13
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,76	32,34
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	7,97	8,91
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,01	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,31	5,86	6,19	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,14	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	2,98	2,44
Ausgleichszahlungen				1,41	1,31	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 4,1	6,4	6,4	10,6	4,7	2,4
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	3,4
Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 4,2	- 1,3
Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	9,8	11,8
Externe Politiken	10,2	4,5	- 2,9	7,5	8,7	7,2
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,9	10,4	5,6	7,6
Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	- 22,2	228,6
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	28,0	36,2	- 2,3	- 18,1
Ausgleichszahlungen					- 7,1	- 18,3
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	46,2	46,7
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	31,2	30,1
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	8,3
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	4,8	5,0
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	5,9	6,2
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	2,8	2,3
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,29	95,43	93,47	103,51	107,09	107,38
davon:						
Zölle	12,81	7,95	9,46	10,59	12,02	13,87
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,78	1,26	1,39	1,71	2,05	1,01
MwSt-Eigenmittel	31,32	22,39	21,26	13,91	16,02	17,20
BSP/BNE-Eigenmittel	34,88	45,95	51,24	68,98	70,86	68,92
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	1,2	- 2,1	10,7	3,5	0,3
davon:						
Zölle	- 2,3	- 37,9	19,0	11,9	13,5	15,4
Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 17,6	- 29,2	10,3	23,0	19,9	- 50,7
MwSt-Eigenmittel	- 11,0	- 28,5	- 5,0	- 34,6	15,2	7,4
BSP/BNE-Eigenmittel	- 7,2	31,7	11,5	34,6	2,7	- 2,7
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	8,3	10,1	10,2	11,2	12,9
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,3	1,5	1,7	1,9	0,9
MwSt-Eigenmittel	33,2	23,5	22,7	13,4	15,0	16,0
BSP/BNE-Eigenmittel	37,0	48,2	54,8	66,6	66,2	64,2

Bemerkungen:

2001 bis 2005: Ist-Angaben gem. EU-Jahresrechnung der EU-Kommission.

2006: EU-Haushalt einschl. Berichtigungshaushalte Nr. 1-6.

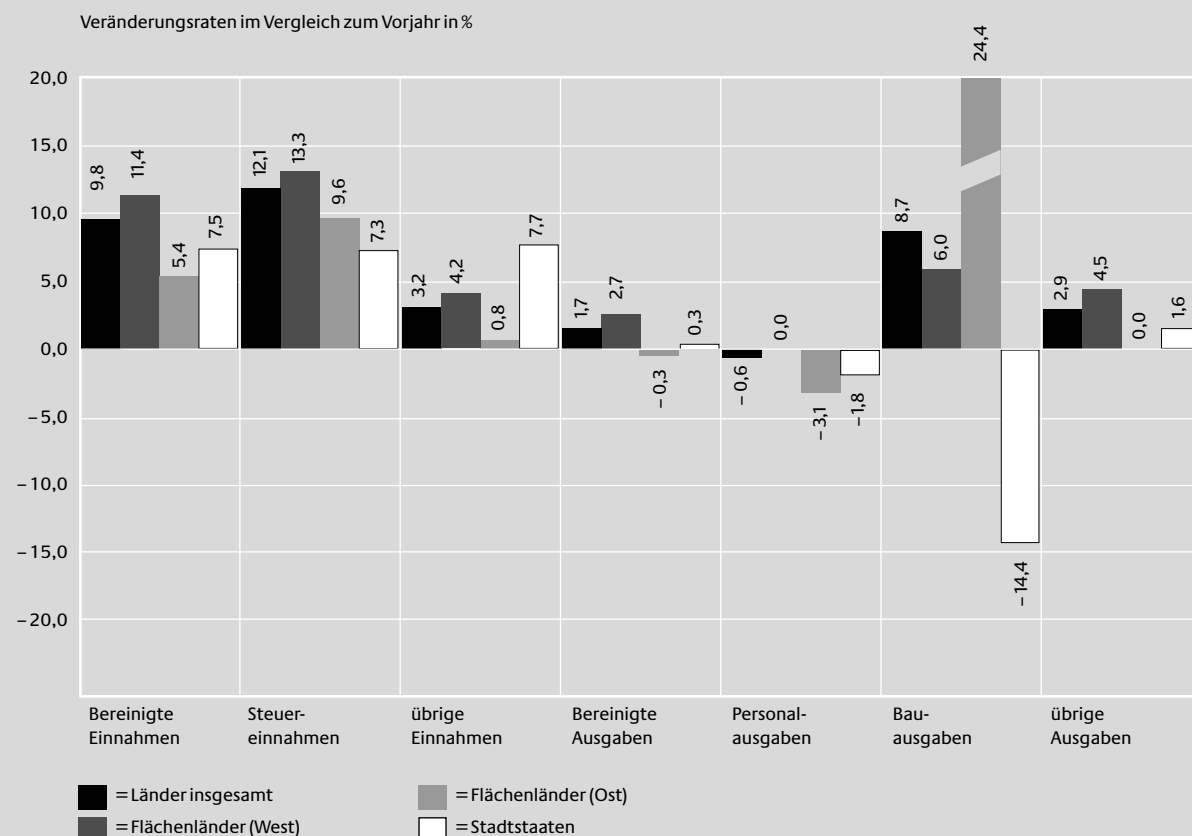
Stand: Februar 2007.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	176 369	118 456	50 863	32 207	32 272	21 221	253 414	167 900
darunter:								
Steuereinnahmen	142 110	95 757	25 761	17 458	19 844	13 327	187 714	126 542
übrige Einnahmen	34 259	22 699	25 102	14 748	12 429	7 894	65 699	41 358
Bereinigte Ausgaben	184 493	120 116	52 382	31 751	34 322	22 903	265 107	170 787
darunter:								
Personalausgaben	72 509	48 671	12 422	8 007	10 889	7 259	95 820	63 936
Bauausgaben	2 385	1 153	1 659	789	673	262	4 717	2 204
übrige Ausgaben	109 600	70 292	38 301	22 954	22 759	15 382	164 570	104 646
Finanzierungssaldo	- 8 121	- 1 660	- 1 519	456	- 2 052	- 1 682	- 11 692	- 2 887

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2007



3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	August 2006			Juli 2007			August 2007		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	141 626	152 956	284 002	142 225	148 440	280 272	161 584	167 900	317 930
111	darunter: Steuereinnahmen	122 740	112 892	235 632	125 221	109 226	234 447	142 877	126 542	269 419
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	169 080 ³	47 055	216 135	136 681 ³	36 022	172 703	152 700 ³	41 705	194 406
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	180 954	167 993	338 366	168 091	151 525	309 223	187 662	170 787	346 895
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	17 361	64 302	81 663	15 326	56 323	71 649	17 634	63 936	81 571
122	Bauausgaben	2 834	2 029	4 863	2 328	1 839	4 167	2 936	2 204	5 141
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–283	–283	–	141	141	–	100	100
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	141 708	41 176	182 884	125 291	45 068	170 359	151 413	49 397	200 810
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 39 328	– 15 037	– 54 365	– 25 866	– 3 086	– 28 951	– 26 079	– 2 887	– 28 965
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	27 716	5 448	33 163	11 615	–9 120	2 495	2 357	–7 687	–5 330
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–191	–191	–	535	535	–	535	535
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–180	–180	–	165	165	–	165	165
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	7 852	11 949	19 801	5 520	9 249	14 769	1 838	10 010	11 848
32	Vorschüsse	–	12 304	12 304	–	12 879	12 879	–	11 569	11 569
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	6 051	6 051	–	9 781	9 781	–	9 546	9 546
34	Saldo (31–32+33)	7 852	5 696	13 548	5 520	6 150	11 670	1 838	7 987	9 826
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–3 760	–4 265	–8 025	–8 731	–5 355	–14 086	–21 883	–1 887	–23 770
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	3 760	3 573	7 333	8 731	3 926	12 657	21 883	3 251	25 135
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	195	195	–	641	641
56	Zusammen	3 760	3 573	7 333	8 731	4 121	12 852	21 883	3 892	25 776
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	–692	–692	0	–1 234	–1 234	0	2 005	2 005
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	–	664	664	–	1 667	1 667	–	997	997
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	2 165	2 165	–	3 507	3 507	–	3 201	3 201

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.
Stand: Oktober 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklb.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	21 335,2	24 122,1	6 130,8	12 991,6	4 106,3	14 773,0	31 113,5	7 876,2	1 828,3
111	darunter: Steuereinnahmen	16 972,8	19 678,5	3 513,3	11 129,5	2 133,9	10 539,5	26 384,5 ⁶	5 743,1	1 469,5
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	306,7	–	332,3	160,3	30,9	256,1	83,9
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	4 015,0	1 907,4	1 391,0	1 505,5	64,4	4 321,6	11 200,6	4 326,0	832,0
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	21 121,7	23 272,6	6 231,3	13 870,6	4 234,9	15 182,0	31 086,1	8 463,4	2 169,4
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	9 284,2	10 549,5	1 407,1	4 575,3	983,0	5 656,3 ³	12 223,7 ³	3 329,3	884,8
122	Bauausgaben	200,5	485,8	103,2	215,5	116,2	52,8	72,5	23,9	30,8
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 118,2	1 448,6	–	2 291,4	–	–	– 169,0	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	4 824,9	2 155,6	2 092,1	3 216,4	898,1	5 668,4	11 667,7	3 962,2	732,6
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	213,5	849,5	– 100,5	– 879,0	– 128,6	– 409,0	27,4	– 587,2	– 341,1
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	– 793,4	– 179,9	– 444,3	– 1 795,2	– 833,6	– 1 336,9	– 494,4	385,1	97,3
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	535,2	–	–	–	–	–	–	–	–
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	535,2	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	153,9	–	0,1	10,7	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 642,5	1 329,0	328,2	776,4	278,7	114,5	1 162,7	1 343,3	236,7
32	Vorschüsse	1 909,3	5 510,0	26,5	20,4	0,7	568,8	107,2	1 143,6	– 3,7
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	292,0	3 357,6	0,0	723,4	187,6	1 356,3	591,9	2,7	6,9
34	Saldo (31–32+33)	25,2	– 823,4	301,7	1 479,4	465,6	902,0	1 647,5	202,5	247,3
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 19,5	0,0	– 243,1	– 1 194,7	– 485,9	– 843,9	1 180,5	0,4	3,5
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	–	353,5	1 124,0	462,0	–	–	0,0	108,3
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	221,0	–	420,0	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	353,5	1 345,0	462,0	420,0	–	0,0	108,3
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	– 19,5	0,0	110,4	150,3	– 23,9	– 423,9	1 180,5	0,4	111,8
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	997,3	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 356,3	563,7	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne September-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 381,826 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Oktober 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	10 435,8	5 840,0	5 021,9	5 693,6	12 774,7	2 033,0	6 631,2	167 900,0
111	darunter: Steuereinnahmen	5 511,1	3 163,0	3 839,8	3 136,9	6 415,7	1 330,9	5 580,2	126 542,2
112	Länderfinanzausgleich ¹	747,0	408,6	74,9	430,0	1 788,5	188,0	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	–42,0	2 647,1	2 479,8	1 282,1	4 698,9	1 475,4	–399,4	41 705,4
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	9 236,9	6 201,8	5 556,2	5 845,6	13 825,2	2 675,4	6 620,6	170 786,5
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	2 616,1	1 438,1	2 167,5	1 562,8	4 383,3	850,0	2 025,4	63 936,4
122	Bausausgaben	357,0	89,6	71,3	123,2	70,3	40,2	151,6	2 204,4
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	218,2	100,2
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 136,3	2 456,7	2 476,0	1 171,4	5 850,3	1 088,4	–	49 397,1
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	1 198,9	–361,8	–534,3	–152,0	–1 050,5	–642,4	10,6	–2 886,5
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	–1 482,2	189,7	28,6	108,3	–1 137,6	395,9	–394,5	–7 687,1
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	535,2
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	164,7
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	362,1	516,0	0,0	–86,4	1 243,3	73,1	690,0	10 010,1
32	Vorschüsse	1 658,3	515,6	0,0	133,6	–	–24,7	3,1	11 568,7
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 472,3	138,5	0,0	2,2	453,5	204,9	755,8	9 545,6
34	Saldo (31–32+33)	176,1	139,0	0,0 ⁵	–217,8	1 696,8	302,6	1 442,7	7 987,2
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–107,2	–33,2	–505,7	–261,5	–491,3	56,0	1 058,8	–1 886,8
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	465,3	503,0	–33,0	268,0	3 251,1
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	641,0
56	Zusammen	0,0	0,0	0,0	465,3	503,0	–33,0	268,0	3 892,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	–107,2	–33,2	–505,7	203,8	11,7	23,0	1 326,8	2 005,3
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	–	0,0	997,3
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	453,5	71,5	755,8	3 200,8

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne September-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 381,826 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Oktober 2007.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
			Veränderung in % p. a.						
	Mio.	in %	Mio.	in %				in %	
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2
1992	38,1	- 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	- 1,3	49,7	2,8	6,9	- 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	- 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	- 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	- 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	- 0,6	51,2	3,2	7,6	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	- 0,9	51,3	3,7	8,7	- 0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,1	0,7	0,5	17,5
2005	38,8	- 0,1	51,7	3,9	9,1	0,8	0,9	1,3	17,4
2006	39,1	0,6	51,5	3,4	8,1	2,9	2,2	2,4	18,0
2001/1996	38,3	1,0	50,4	3,1	7,6	2,1	1,1	1,9	21,0
2006/2001	39,0	- 0,1	51,4	3,5	8,3	0,9	1,0	1,4	18,2

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: August 2007.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten ²
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	- 0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,1	0,8
2004	2,2	1,1	- 0,4	1,3	1,6	1,6	- 0,4
2005	1,5	0,7	- 1,3	1,2	1,6	2,0	- 0,7
2006	3,5	0,6	- 1,5	1,1	1,4	1,7	- 1,1
2001/1996	2,4	0,3	- 1,0	0,7	1,0	1,4	0,2
2006/2001	1,9	1,0	0,0	1,1	1,4	1,5	- 0,2

¹ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2007.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,93	44,76	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	9,9	7,5	111,03	98,51	38,3	33,3	5,0	4,5
2005	8,3	9,2	113,33	105,76	40,9	35,8	5,0	4,7
2006	14,0	14,3	126,38	121,80	45,1	39,6	5,4	5,2
2001/1996	9,5	9,0	22,5	- 14,3	29,8	28,6	1,1	- 0,7
2006/2001	7,3	5,8	96,2	69,3	38,4	34,1	4,3	3,1

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2007.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks-einkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmerentgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹	bereinigt ²	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	- 0,1
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,3	- 0,7
2004	4,2	13,4	0,4	68,2	69,6	0,6	0,8
2005	1,4	5,9	- 0,6	66,8	68,4	0,3	- 1,2
2006	3,6	7,2	1,7	65,6	67,2	0,9	- 1,5
2001/1996	1,9	1,4	2,2	71,1	71,9	1,2	0,4
2006/2001	2,3	6,5	0,5	69,1	70,4	0,9	- 0,6

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2007.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	- 0,2	1,2	0,9	2,7	2,5	2,4
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,1	3,1	2,3	2,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,8	4,7	3,7	4,3	3,7	3,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,0	3,2	3,5	3,9	3,7	3,4
Frankreich	2,0	2,7	2,2	4,0	1,1	2,3	1,2	2,0	2,4	2,3
Irland	3,1	7,6	9,8	10,2	4,3	4,3	5,5	6,0	5,0	4,0
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,2	0,1	1,9	1,9	1,7
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	1,3	3,6	4,0	6,2	5,0	4,7
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,9	0,3	2,0	1,5	2,9	2,8	2,6
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,1	2,4	2,0	3,1	2,9	2,5
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 0,7	1,3	0,5	1,3	1,8	2,0
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,7	4,4	4,0	5,2	4,3	4,0
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,7	2,9	5,5	3,1	2,7
Euroraum	2,4	3,5	2,4	3,9	0,8	2,0	1,4	2,7	2,6	2,5
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	5,0	6,6	6,2	6,1	6,1	6,2
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,4	2,1	3,1	3,1	2,3	2,0
Estland	-	-	4,5	7,9	7,1	8,1	10,5	11,4	8,7	8,2
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,7	10,6	11,9	9,6	7,9
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,6	7,5	7,3	6,3
Malta	-	-	6,2	6,4	- 2,3	0,4	3,0	2,9	3,0	2,8
Polen	-	-	7,0	4,2	3,8	5,3	3,5	6,1	6,1	5,5
Rumänien	-	-	7,1	2,1	5,2	8,5	4,1	7,7	6,7	6,3
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	1,7	4,1	2,9	4,4	3,8	3,3
Slowakei	-	-	5,8	0,7	4,2	5,4	6,0	8,3	8,5	6,5
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,2	6,1	6,1	4,9	4,9
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,1	4,9	4,2	3,9	2,4	2,6
Vereinigtes Königreich	3,5	0,7	2,9	3,8	2,7	3,3	1,9	2,8	2,8	2,5
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,8	4,2	3,9	3,8	3,8	3,9
EU-27	-	-	2,6	3,9	1,3	2,5	1,7	3,0	2,9	2,7
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	1,4	2,7	1,9	2,2	2,3	2,1
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,9	3,2	3,3	2,2	2,7

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, statistischer Anhang, Mai 2007.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

Stand: Mai 2007.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	1,4	1,0	1,8	1,9	1,8	1,9	1,7
Belgien	1,6	1,5	1,9	2,5	2,3	1,8	1,8
Griechenland	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	3,2	3,1
Spanien	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	2,4	2,6
Frankreich	1,9	2,2	2,3	1,9	1,9	1,5	1,7
Irland	4,7	4,0	2,3	2,2	2,7	2,6	2,2
Italien	2,6	2,8	2,3	2,2	2,2	1,9	2,0
Luxemburg	2,1	2,5	3,2	3,8	3,0	2,4	2,0
Niederlande	3,9	2,2	1,4	1,5	1,7	1,5	2,1
Österreich	1,7	1,3	2,0	2,1	1,7	1,8	1,7
Portugal	3,7	3,3	2,5	2,1	3,0	2,3	2,3
Slowenien	7,5	5,7	3,7	2,5	2,5	2,6	2,7
Finnland	2,0	1,3	0,1	0,8	1,3	1,5	1,7
Euroraum	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2	1,9	1,9
Bulgarien	5,8	2,3	6,1	6,0	7,4	4,2	4,3
Dänemark	2,4	2,0	0,9	1,7	1,9	1,9	2,2
Estland	3,6	1,4	3,0	4,1	4,4	5,1	5,3
Lettland	2,0	2,9	6,2	6,9	6,6	7,2	6,2
Litauen	0,3	– 1,1	1,2	2,7	3,8	4,7	4,4
Malta	2,6	1,9	2,7	2,5	2,6	1,4	2,1
Polen	1,9	0,7	3,6	2,2	1,3	2,0	2,5
Schweden	1,9	2,3	1,0	0,8	1,5	1,2	1,9
Slowakei	3,5	8,4	7,5	2,8	4,3	1,7	2,4
Tschechien	1,4	– 0,1	2,6	1,6	2,1	2,4	2,9
Ungarn	5,2	4,7	6,8	3,5	4,0	7,5	3,8
Vereinigtes Königreich	1,3	1,4	1,3	2,1	2,3	2,3	2,0
Zypern	2,8	4,0	1,9	2,0	2,2	1,3	2,0
EU-27	2,5	2,1	2,3	2,3	2,3	2,2	2,1
Japan	– 0,9	– 0,3	0,0	– 0,3	0,2	0,0	0,4
USA	1,6	2,3	2,7	3,4	3,2	2,3	1,9

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.
Stand: Mai 2007.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	9,0	9,5	9,5	8,4	7,3	6,5
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,2	7,8	7,6
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,7	10,5	9,8	8,9	8,5	8,1
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,6	9,2	8,6	8,1	7,8
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	9,4	9,6	9,7	9,4	8,9	8,5
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,7	4,5	4,3	4,4	4,5	4,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	6,8	6,6	6,4
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,7	4,6	4,4
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,2	2,7
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	4,8	4,4	4,3
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	6,3	6,7	7,6	7,7	7,7	7,5
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,0	5,8	5,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	7,2	6,8
Euroraum	9,3	7,6	10,4	8,2	8,7	8,8	8,6	7,9	7,3	6,9
Bulgarien	–	–	12,7	16,4	13,7	12,0	10,1	9,0	8,2	7,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,9	3,3	3,3
Estland	–	–	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,9	6,6	6,2
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	6,8	6,3	6,0
Litauen	–	0,0	6,9	16,4	12,4	11,4	8,3	5,6	4,8	4,3
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,4	7,4	7,3
Polen	–	–	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,8	11,0	9,0
Rumänien	–	–	6,1	7,2	7,0	8,1	7,2	7,4	7,2	7,1
Slowakei	–	–	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	13,4	12,2	11,7
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,4	7,0	6,4	5,9
Tschechien	–	–	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,1	6,4	6,1
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,5	7,8	7,8
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,3	4,9	4,7	4,8	5,3	5,0	4,9
Zypern	–	–	2,6	4,9	4,1	4,6	5,2	4,7	4,8	4,8
EU-27	–	–	–	8,6	9,0	9,0	8,7	7,9	7,2	6,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,1	4,1	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,6	4,7	5,0

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, statistischer Anhang, Mai 2007.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

Stand: Mai 2007.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	6,6	7,7	7,8	7,0 ↓	12,1	9,4	8,9	8,3	8,8	7,6	4,3 ↓	1,8 ↓
darunter												
Russische Föderation	6,4	6,7	7,0	6,8	12,7	9,7	8,1 ↑	7,5	11,1	9,7	5,4 ↓	1,8 ↓
Ukraine	2,7	7,1	6,7	5,4 ↓	13,5	9,0	11,5	10,8	2,9	− 1,5	− 3,5 ↓	− 6,2 ↑
Asien	8,6	9,2	9,3 ↑	8,5 ↓	3,5	3,7	4,7 ↑	4,2 ↑	4,5	5,8	6,6	6,7 ↓
darunter												
China	10,4	11,1	11,5	10,2 ↓	1,8	1,5	4,3 ↑	3,9 ↑	7,2	9,4	11,7 ↓	12,6 ↓
Indien	9,0	9,7	8,9 ↓	8,4	4,2	6,1	6,1 ↑	4,2 ↑	− 1,0	− 1,1	− 1,9 ↓	− 2,3 ↓
Indonesien	5,7	5,5	6,2 ↑	6,3	10,5	13,1	6,3 ↑	6,2 ↑	0,1	2,7	1,8 ↑	1,5 ↑
Korea	4,2	5,0	4,8	4,8 ↓	2,8	2,2	2,5	2,5	1,9	0,7	0,2 ↑	− 0,3
Thailand	4,5	5,0	4,0	4,5	4,5	4,6	2,3	2,0	− 4,5	1,6	1,9	1,1
Lateinamerika	4,6	5,5	5,0	4,3 ↓	6,3	5,4	5,2	5,4	1,4	1,5	0,3	− 0,5
darunter												
Argentinien	9,2	8,5	7,5	5,5	9,6	10,9	9,5	12,6	1,9	2,4	0,9	0,2 ↑
Brasilien	2,9	3,7	4,4	4,2	6,9	4,2	3,6 ↑	3,9 ↑	1,6	1,2	0,7 ↓	0,0 ↑
Chile	5,7	4,0	5,9 ↑	5,2 ↓	3,1	3,4	3,4 ↑	3,1 ↑	1,1	3,6	3,7 ↓	2,6 ↑
Mexiko	2,8	4,8	2,9 ↓	3,1 ↓	4,0	3,6	3,8	3,5 ↑	− 0,6	− 0,3 ↓	− 1,3 ↓	− 1,7 ↓
Venezuela	10,3	10,3	8,0 ↑	5,0 ↑	16,0	13,7	18,0 ↓	19,0 ↓	17,8	15,0	6,9 ↑	2,1 ↓
Sonstige												
Türkei	7,4	6,1	5,0	5,5 ↓	8,2	9,6	8,2 ↓	4,2	− 6,2	− 7,9	− 7,5 ↓	− 7,0 ↓
Südafrika	5,1	5,0	4,7 ↓	4,3 ↓	3,4	4,7	6,3	5,9	− 4,0	− 6,5	− 6,7 ↓	− 6,2 ↓

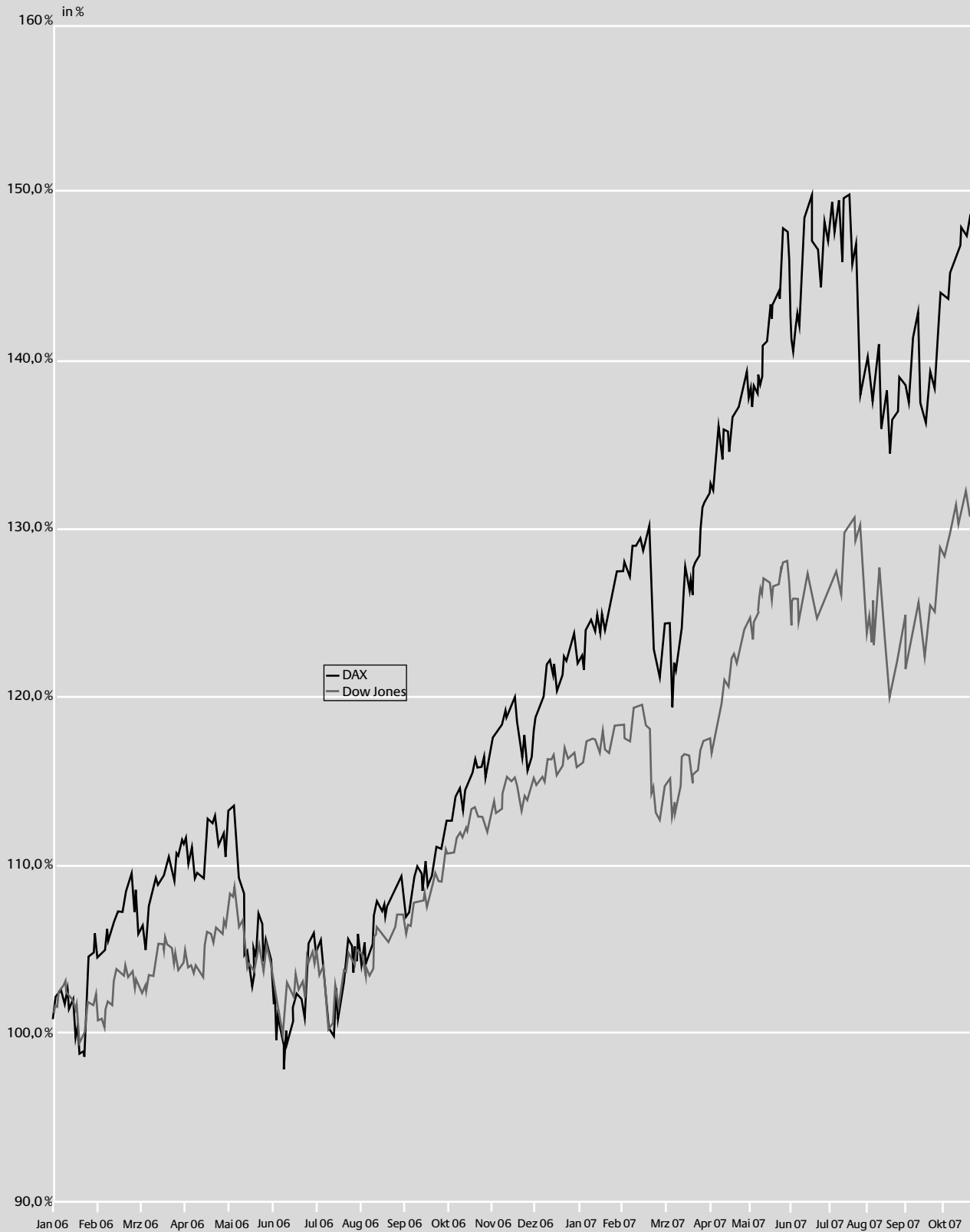
¹ Prognosen des IWF [↑ / ↓ = aktuelle Prognose ggü. der vorigen (September 2006) angehoben/gesenkt].

Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2007, II. Update vom 5. Oktober 2007.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2./3. Januar 2006 = 100 %

(2. Januar 2006 bis 12. Oktober 2007)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Aktuell 12.10.2007	Anfang 2007	Änderung in % zu Anfang 2007	Tief 2006	Hoch 2006
Dow Jones	14 093	12 475	12,97	10 667	12 511
Eurostoxx 50	3 932	3 747	4,95	3 204	3 739
Dax	8 041	6 681	20,36	5 292	6 597
CAC 40	5 844	5 618	4,02	4 615	5 618
Nikkei	17 331	17 354	- 0,13	14 219	17 563

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 12.10.2007	Anfang 2007	Spread zu US-Bond	Tief 2006	Hoch 2006
			in %		
USA	4,69	4,69	-	4,33	5,25
Bund	4,43	3,95	- 0,25	3,26	4,12
Japan	1,70	1,72	- 2,98	1,43	2,00
Brasilien	11,45	12,35	6,77	12,57	16,91

Währungen

	Aktuell 12.10.2007	Anfang 2007	Änderung in % zu Anfang 2007	Tief 2006	Hoch 2006
Dollar/Euro	1,42	1,32	7,42	1,18	1,33
Yen/Dollar	117,30	119,00	- 1,43	110,00	120,00
Yen/Euro	166,76	157,00	6,22	138,00	157,00
Pfund/Euro	0,70	0,67	3,90	0,67	0,70



HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT KOMMUNIKATION
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, OKTOBER 2007

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES

BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:

TELEFONISCH 0 18 05 / 77 80 90¹

PER TELEFAX 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ JEWEILS 0,12 €/MIN. AUS DEM FESTNETZ, ABWEICHENDE PREISE AUS
ANDEREN NETZEN MÖGLICH.

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.